

Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz

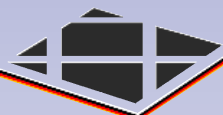


deNIS II
auf der CeBIT
vorgestellt

2-03



BUNDESVERWALTUNGSAMT
Zentralstelle für Zivilschutz





Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

der amerikanische Präsident George W. Bush hat am 01. Mai die Hauptkampfhandlungen im Irak für beendet erklärt. Damit geht ein hoffentlich einmaliges militärisches Abenteuer zu Ende, das von einem Großteil unserer Bevölkerung in Frage gestellt oder abgelehnt wurde.

Nachdem man im Vorfeld des Krieges mutmaßte, dass dieser bis zu 100.000 Tote fordern und eine noch wesentlich höhere Zahl von Flüchtlingen verursachen würde, hatten die Staatengemeinschaften und deren Hilfsorganisationen in einer beispiellosen Kraftanstrengung Vorkehrungen für die Opfer dieses Krieges getroffen. Auch die Bundesregierung und die deutschen Hilfsorganisationen haben einen maßgeblichen Beitrag hierzu geleistet.

Durch die Entwicklung des Kriegsverlaufes, die so nicht vorhersehbar war, hat die Zahl der zu versorgenden Kriegsoffer Gott sei Dank nicht die dramatischen Ausmaße angenommen, wie zunächst prognostiziert wurde. Wieder aber hat sich gezeigt, dass die Zivilbevölkerung im Krieg und bei bewaffneten Auseinandersetzungen das Hauptleid zu tragen hat!

Die Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) stand, wie auch andere deutsche Sicherheitsbehörden, während des Irakkrieges unter einer ganz besonderen Anspannung und war zeitweilig rund um die Uhr besetzt. Besondere Ereignisse gab es zum Glück aber nicht, sodass es bei den vorsorglich getroffenen Vorbereitungen bleiben konnte.

Vorbereitungen anderer Art - leider aus immer wiederkehrendem Anlass - trifft das neu geschaffene Havariekommando der Bundesrepublik in Cuxhaven. Auch damit und mit Beiträgen über den europäischen Küstenschutz befasst sich diese Ausgabe des Magazins.

Eine interessante und anregende Lektüre wünscht Ihnen

Ihr
Redaktionsteam

Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz

2

Politik und Gesellschaft

Globale Klimaerwärmung und Ernährungssicherheit

Risiken innerhalb und außerhalb Deutschlands und Europas, Teil 2

3

Überlegungen zu einer europäischen Küstenwache

7

Das Havariekommando

Sonderstelle des Bundes und der Küstenländer

12

CeBIT 2003 in Hannover

Deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) vorgestellt

15



Bei seinem Rundgang über die CeBIT ließ sich Bundesinnenminister Otto Schily (rechts), hier im Gespräch mit dem Präsidenten des Bundesverwaltungsamtes, Dr. Jürgen Hensen (links) und dem Projektleiter deNIS, Bernhard Corr (Mitte), die Ausbaustufe deNIS II erläutern.
(Foto: U. Schulz)

INHALT 2-2003

Aus der Praxis

- ABC-Erkundungsübung** 18
Erste überregionale Übung im Landkreis München
- Aus der Oderflut nichts gelernt?** 22
Gemeinsame Auswertungsveranstaltung von SKK und AKNZ
- Prävention im Einsatzwesen** 25
Forschungsvorhaben zur Psychosozialen Belastung von Einsatzkräften
- Katastrophenschutz in Dänemark** 32
Das Bereitschaftscenter Südjütland in Haderslev

Technik und Wissenschaft

- Mitteilungen der Fachinformationsstelle der ZfZ** 28
- Neuer Seenotkreuzer** 36
Stationierung auf Helgoland vorgesehen



Hauptleidtragende auch des aktuellen Irak-Krieges war wieder einmal die Zivilbevölkerung. Der vorbildliche Einsatz der Hilfsorganisationen kann das Elend allenfalls mildern. (Foto: IFRC/ T. Thorkelsson)

Aus den Organisationen

- Arbeiter-Samariter-Bund** 38
- Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft** 40
- Deutscher Feuerwehrverband** 42
- Deutsches Rotes Kreuz** 45
- Johanniter-Unfall-Hilfe** 47
- Malteser Hilfsdienst** 48
- Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V** 49
- Technisches Hilfswerk** 50

Rubriken

- Rundblick** 52
- Für Sie gelesen** 54
- Kopfnuss** 55
- Termine** 56
- Kulturgutschutz in Deutschland** 57

Staatssekretär Diwell besuchte ZfZ

Der für Zivil- und Katastrophenschutz zuständige Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Lutz Diwell, stat-

(AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler, wo er sich u.a. über die Weiterentwicklung des deutschen Notfallvorsorge-Informationssystems (deNIS) und das Satellitenwarnsystem informierte.

Lutz Diwell war vor seiner Ernennung zum Staatssekretär in verschiedenen Positionen in der Berliner Justiz tätig, zuletzt als Staatssekretär in der

O zur Abteilung IS in die Referate IS 5 (Zivil- und Bevölkerungsschutz; Fachaufsicht ZfZ) und IS 6 (Katastrophenschutz; THW; NATO-/EU-Angelegenheiten) verlagert.

Der bisher zuständige Abteilungsleiter Klaus Henning Rosen trat mit Erreichen der Altersgrenze Ende April 2003 in den gesetzlichen Ruhestand.

Auszeichnung für Leiter der Kölner Feuerwehr

Der souveräne Malteser Ritterorden hat dem Leiter der Kölner Berufsfeuerwehr, Stephan Neuhoff, das Offizierskreuz „pro merito melitensi“ verliehen. Der Vertreter des Oberbürgermeisters bei der Abwehr von Großschadenslagen erhielt die hohe Auszeichnung am 18. März 2003 aus den Händen des Landesleiters des Malteser Hilfsdienstes Nordrhein-Westfalen, Wilfried Graf Schall-Riau, im Rahmen einer Feierstunde in Ehreshoven bei Köln.

Der Malteserorden würdigte damit den Einsatz des Feuerwehrdirektors für die Integration der Hilfsorganisationen in den städtischen Katastrophenschutz und Rettungsdienst. Darüber hinaus hat sich Neuhoff stets als Förderer des Ehrenamtes erwiesen. So legt er großen Wert darauf, auch qualifizierte ehrenamtliche Mitarbeiter in den Rettungsdienst einzubinden, und räumt dem Ehrenamt weit reichende Beteiligungsmöglichkeiten bei der Bewältigung von Großschadensereignissen ein. Nicht zuletzt war Neuhoff Mitinitiator und treibende Kraft bei der Einrichtung einer gut organisierten Notfallseelsorge der beiden großen christlichen Kirchen in Köln. *MHD*



Besuchen die ZfZ (v. l.): Joachim Steig, Abteilungsleiter IS im BMI, Dr. Jürgen Hensen, Präsident des BVA, Staatssekretär Lutz Diwell. (Foto: W. Glass)

tete am 26. März 2003 der Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) einen informellen Antrittsbesuch ab. Diwell ist seit 10. Januar 2003 im Amt.

Auf dem Besuchsplan standen das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder (GMLZ) in Bonn und die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz

Senatsverwaltung für Justiz. Der 52-jährige Jurist ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Begleitet wurde der Staatssekretär von Ministerialdirektor Joachim Steig, dem Abteilungsleiter IS (Innere Sicherheit) im BMI. Zum 1. März 2003 wurden die Belange des Zivil- und Katastrophenschutzes im BMI von der Abteilung

Globale Klimaerwärmung und Ernährungssicherheit

Risiken innerhalb und außerhalb Deutschlands und Europas, Teil 2

von Dipl.-Ing. agr. Uwe Platz, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

Veränderungen der Vegetationsdecke

Neben den Unsicherheiten der Ernten in Zentraleuropa und der Reduzierung der Erträge in Südeuropa ist mit einer Veränderung der Vegetationsdecke, also der gesamten Pflanzengemeinschaft in Europa, zu rechnen. Davon wird auch die deutsche Landwirtschaft berührt werden. Der Anstieg der CO₂-Konzentration in der Luft macht sich in Form einer „Düngung“ bemerkbar. Dies bedeutet, dass die Pflanzen schneller wachsen und eine größere Pflanzenmasse produzieren¹.

Die „CO₂-Düngung“ sorgt bei Pflanzen nach derzeitigem Kenntnisstand für eine effizientere Nutzung von Wasser und Stickstoff. Die effizientere Nutzung von Stickstoff ist derzeit in Laborversuchen nachweisbar und zeigt sich in Form eines erweiterten C/N-Verhältnisses in der Pflanze. Mit konstanter verfügbarer Stickstoffmenge nimmt die Pflanze mehr Kohlenstoff auf und produziert mehr Pflanzenmasse. Bei Weizen bedeutet ein erweitertes C/N-Verhältnis eine schlechtere Backqualität wegen der abnehmenden Proteinkonzentration im Korn. Eine Vorhersage, ob dies Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Weizen mit guten Backeigenschaften haben wird, ist derzeit nicht möglich. Die Pflanzenzüchtung selektiert ständig neue Weizentypen nach erwünschten Merkmalen. So ist es durchaus möglich, dass Weizensorten mit hohen

Proteingehalten und guten Backeigenschaften langfristig verfügbar bleiben.

In Abhängigkeit von der möglichen Ausnutzung dieser Düngewirkung durch die Pflanzen wird es „Gewinner- und Verliererpflanzen“ geben.

nen. Abbildung 1 zeigt die Pyramide der bekannten Pflanzen und die davon genutzten Arten. Von 250.000 höheren Pflanzenarten haben sich drei Arten in der menschlichen Ernährung als Hauptnahrungsquelle durchgesetzt². Ge-

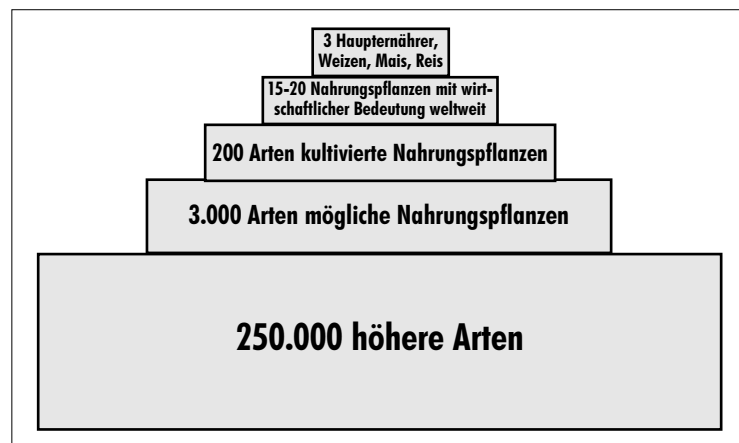


Abb. 1: Pyramide der bekannten Pflanzen.

Die Verliererpflanzen werden nach einiger Zeit an ihren bisherigen Standorten aussterben. Hierdurch ändert sich die Flora auch in Europa und Deutschland. Von diesem Wandel bleiben die landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzten Pflanzen nicht verschont. Durch die Konzentration auf ertragreiche Pflanzen mit hohem wirtschaftlichem Nutzwert haben wir in den letzten 100 Jahren bereits 75 % unserer Kulturpflanzen verloren. Mit dem Verlust von Pflanzenarten, Sorten oder Züchtungslinien gehen auch genetische Reserven verloren, die für Züchtungszwecke sinnvoll verwendet werden kön-

nennzeichnet sind diese Pflanzen durch die leichte Kultivierbarkeit sowie gute Lagereignung und günstige Verarbeitungseigenschaften der Samen, die als Nahrungsmittel verwendet werden. Die Reste der Pflanzen liefern dazu nützliche Nebenprodukte, die bereits in frühen Kulturen eine breite Verwendung fanden. Diese Reduzierung des Pflanzenbaus auf sehr wenige Arten birgt bisher nicht abschätzbare

¹ Fangmeier, Andreas, 34. Hohenheimer Umwelttagung 2002; Tagungsband S. 52 ff.

² Sauerborn, Joachim; 34. Hohenheimer Umwelttagung 2002; Tagungsband S. 65 und eigene Mitschrift.

Risiken durch die Verdrängung von Wildpflanzen und die Verkleinerung der genetischen Vielfalt, sobald eine Verschiebung des bisherigen Anbaus in neue Regionen erfolgt.

Über die dargestellten Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Nutzpflanzen

nimmt. Eine Reduzierung oder Veränderung der jahreszeitlichen Verteilung der Niederschläge schafft möglicherweise die Voraussetzungen für im Boden lebende Tiere, ihre Population ebenfalls auszuweiten, da die Gefährdung durch nasse Böden abnimmt.

gienischen) Bedingungen und einer verstärkten Ausbreitung tropischer Krankheiten wie Malaria, Denguefieber, Hirnhautentzündung, Cholera und Durchfallerkrankungen zu rechnen^{6,7}. Durch Auslandsreisen und Zuwanderung besteht für Deutschland ein steigendes Einschleppungsrisiko. Als Überträger dieser Krankheiten sind aber auch thermophile Insekten denkbar, die sich von Süden kommend ausbreiten. Eine Verbreitung von eingeschleppten Krankheiten durch heimische, insbesondere Blut saugende, Insekten ist ebenfalls möglich. Nach einem Bericht der Zeitung „Die Welt“ vom 13.9.1999 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bereits eine Sondereinheit eingerichtet, deren Aufgabe es ist, die Ausbreitung der Malaria und anderer tropischer Krankheiten zu überwachen. Die Zeitung zitiert britische Wissenschaftler, die eine Ausbreitung der Malaria in Südspanien schon bald für möglich halten.



In Mitteleuropa werden sich die Menschen noch mehr als bisher schon auf Hochwasserlagen einstellen müssen. (Foto: Rinkens)

hinaus werden andere Pflanzengemeinschaften ebenfalls betroffen sein. Hierunter fallen insbesondere die Wälder. Durch die Veränderungen der Temperatur und der Wasserverfügbarkeit bei steigender CO₂-Konzentration ändert sich die Artenzusammensetzung der Wälder. Ganze Waldtypen können so verschwinden³.

Veränderung der Gestaltung der Lebensräume

Unter Veränderung der Gestaltung von Lebensräumen sind die Auswirkungen des Klimawandels auf die konkreten Standorte zusammen zu fassen. Eine Verkürzung der Winterperiode und mildere Winter begünstigen das Überwintern frostgefährdeter Arten. Insbesondere wärmeliebende Insekten erhalten so die Möglichkeit, den Winter zu überstehen. Dies bedeutet für unsere heimischen Arten aber auch, dass die Populationsdezimierung durch den Winter ab-

Aber auch ganz neue Krankheiten können sich in den erwärmten Regionen ausbreiten. Die Landwirtschaft steht in Deutschland wie insgesamt in Europa einer neuen Herausforderung gegenüber, denn andere Pflanzen und Schädlinge werden die Interaktionsmuster zu unseren heimischen Nützlingen verändern⁴. Ebenso bedeutend ist die temperaturabhängige Entwicklung bestimmter Pflanzen, Insekten und Tiere, die auf eine zeitliche Abfolge angewiesen sind um Nahrung zu finden. Wird diese Abfolge gestört, so können z.B. Fraßschädlinge vor ihren Wirtspflanzen entwickelt sein und dadurch verhungern. Die Folge ist, dass Nützlinge, die von den Schädlingen leben, keine Nahrung finden und ebenfalls verhungern⁵.

Neben den Bedingungen für die Landwirtschaft verändern sich auch die Lebensbedingungen für Menschen. Insbesondere in den tropischen und subtropischen Regionen ist mit einer Veränderung der (hy-

Direkt spürbar für den einzelnen Bürger in Deutschland werden Extremereignisse wie Stürme, Trocken- und Hitzeperioden sowie eine Häufung von besonders „heißen Tagen“ sein oder die Zunahme der sommerlichen Starkregen, die zu Hochwasserwellen führen. Neben den Sommerhochwassern werden die Winterhochwasser an Bedeutung gewinnen. In Deutschland fallen im Winter die meisten Niederschläge des Jahres. Zu dieser Zeit ist der Wasserverbrauch der Vegetation gering und die Verdunstungsrate niedrig. Eine Steigerung der Niederschlagsmenge im Winter führt unmittelbar zu höheren Pegelständen. Fallen nun starke Nieder-

³ Bunge, Thomas, Wasserkraftanlagen als erneuerbare Energiequelle, UBA-Text 01/01, S. 6 f.

⁴ Kern, Manfred, 34. Hohenheimer Umweltagung, S. 28 ff.

⁵ Visser, M., Globale Erwärmung zerstört „ökologische Feinabstimmung“.

⁶ Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), 2001; Third Assessment Report, S. 18

⁷ Troge, Andreas, 34. Hohenheimer Umweltagung, S. 203.

schläge und Schneeschmelze zusammen, so steigt die Gefährdung durch extreme Winterhochwasser an.

Eine drastischere Veränderung ihres Lebensraumes erfahren die Bewohner der Küstenregionen, da die Klimaerwärmung einen Anstieg des Meeresspiegels zur Folge hat. Dieser wird zu einem Teil durch eine Reduzierung des in Gletschern gebundenen Wassers und zum anderen Teil durch die temperaturbedingte Ausdehnung des Wassers in den Ozeanen hervorgerufen. In den nächsten 100 Jahren wird ein Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 88 cm erwartet⁸, nachdem bereits im vergangenen Jahrhundert ein Anstieg um 10 – 20 cm gemessen wurde. Durch den Anstieg des Meeresspiegels drückt verstärkt salzhaltiges Wasser in die Böden der Küsten. Die Brackwasserbereiche (Mischung aus Süß- und Salzwasser) im küstennahen Grundwasser vergrößern sich und beeinträchtigen den Anbau von Kulturpflanzen. An den europäischen und deutschen Küsten führt der Anstieg des Meeresspiegels nicht zu größeren Landverlusten, da hier Deiche das Land schützen. Küstenregionen in anderen Teilen der Welt werden überflutet. In Bangladesch ist ohne Deichbau oder andere Anpassungsmaßnahmen mit einem Verlust von 18 % und für die Marshall-Inseln mit 80 % der Landfläche zu rechnen. Deutlich geringer wäre der Flächenverlust für die Niederlande mit 6 %.

Eine weitere, für den Menschen nur langsam wahrnehmbare Veränderung eines Lebensraumes ist die Degradation der Böden. Durch Abholzung von Wäldern, Überweidung von Grasland und einer den Bedingungen nicht angepassten Landwirtschaft insbesondere in tropischen und semi-ariden Regionen, kommt es zur Bildung von Savannen und Wüsten sowie zur Bodenversalzung. Die Folge ist ein Rückgang der Erträge, bis zur völligen Unfruchtbarkeit der

Böden. Global resultiert daraus ein weiterer Anstieg der Anzahl Menschen pro Quadratkilometer biologisch produktiver bzw. landwirtschaftlich nutzbarer Fläche⁹.

Reaktionen auf die Veränderungen

Anthropogene Strategien

Zwei grundlegende Strategien des Menschen sind bei sich verändernden Umweltbedingungen unter der Annahme, dass die Betroffenen keine direkten Eingriffsmöglichkeiten haben, zu erwarten. Eine Alternative wäre, am bisherigen Aufenthaltsort zu bleiben und mit technischer Unterstützung die Situation zu bewältigen. Die andere Alternative ist die Abwanderung.

- Alternative 1: Verbleiben in der Region unter folgenden Voraussetzungen:
 - Möglichkeiten zur Wassergewinnung
 - Anpassung der Landwirtschaft und Aufrechterhaltung der Nahrungsproduktion
 - Änderung der Lebens- und Ernährungsgewohnheiten
 - Reduzierung der Haustiere
 - Reduzierung des Fleischverzehr
 - Steigender Verzehr von Getreide und anderen Nahrungsmitteln

In Regionen mit einer niedrigen jährlichen Erneuerungsrate der Süßwasserreserve ist die Gewinnung von Trinkwasser derzeit mit hohem technischem Aufwand verbunden. Die Kosten dieses Aufwandes liegen jedoch in der Regel über der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Regionen. Die Einführung wassersparender und ressourcenschonender Landbewirtschaftung erfordert Wissen, politische Umsetzungsbereitschaft und technische Möglichkeiten. Von Wasserknappheit betroffene oder bedrohte Gebiete leiden heute

bereits unter fehlender Bildung, politischer Instabilität und nicht vorhandenen finanziellen Möglichkeiten.

- Alternative 2: Abwanderung unter folgenden Voraussetzungen:
 - Wasserreserven der Nachbarregion sind ausreichend für Bewohner und Flüchtlinge
 - Landwirtschaftliche Produktion in der Nachbarregion ermöglicht die Ernährung der Bewohner und der Flüchtlinge

Aus dieser Alternative sind Völkerwanderungen und Verteilungskämpfe in den von Wassermangel betroffenen Regionen zu erwarten. Für die Sicherheit in Europa und Deutschland bedeutend sind hierbei die Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika nördlich des Äquators. Insbesondere in den südlichen Mittelmeer-Anrainerstaaten bestehen Risiken, da hier sowohl Wanderungsbewegungen als auch bewaffnete Konflikte auf die europäische Südgrenze Auswirkungen haben können. In der MENA-Region besteht zusätzlich die Möglichkeit einer Ausweitung der Konflikte auf globale Wirtschaftskrisen, wenn die Erdölvorkommen zur Durchsetzung eigener Interessen genutzt werden („Erdölwaffe“).

Es ist wahrscheinlich, dass auch in Deutschland Anpassungen an das veränderte Klima erfolgen. So wurde im Jahr 2001 in Berichten der Tagespresse auf die Wasserstände des Rheins hingewiesen, die durch den Rückgang der alpinen Schneefelder und Gletscher deutlich stärker schwanken werden als bisher. Nach diesen Berichten sind länger andauernde und stärker ausfallende Niedrigwasser des Rheins möglich. Auswirkungen

⁸ Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), 2001; Third Assessment Report, S. 2.

⁹ Sauerborn, Joachim; 34. Hohenheimer Umwelttagung 2002; Tagungsband S. 64 f.

gen auf die zur Beregnung nutzbaren Wassermengen und die Trinkwasserreserven aus Uferfiltrat sind bei zunehmenden Niedrigwasserphasen zu erwarten, jedoch derzeit nicht quantifiziert. Die Schifffahrt auf dem Rhein und der Donau, den beiden bedeutenden europäischen Wasserstraßen ist von dieser Entwicklung ebenfalls betroffen. Bei einer möglichen Verschiebung der Klimazonen um bis zu 550 km nach Norden ist für den Süden Deutschlands mit nahezu mediterranen Klimabedingungen zu rechnen. Die Landwirtschaft muss sich diesen Veränderungen durch Änderungen der Fruchtfolgen, der Bewirtschaftungsmethoden und der angebauten Pflanzenarten anpassen. Eine Konsequenz könnte sein, dass Mais, Zuckerrüben und Kartoffeln aus den Fruchtfolgen verschwinden und andere Pflanzen wie Hirse oder Sonnenblumen aufgenommen werden. Möglicherweise müssen in der Folge Ernährungsgewohnheiten angepasst werden. Wärmeres Klima verändert neben den Lebensräumen der Nutzpflanzen auch die Lebensräume von Schadorganismen. Heimische Insekten wie die Stechmücken der Aenes-Arten finden bessere Lebensbedingungen und können sich stärker vermehren. Hinzu kommen möglicherweise Arten, die mit der steigenden Temperatur nach Norden wandern und sich ausbreiten. Verbleibende Feuchtgebiete und Flusstäler könnten zu bevorzugten Verbreitungsgebieten werden und die Lebensbedingungen in diesen Gebieten deutlich verschlechtern. Eine Einschleppung von übertragbaren Krankheiten könnte eine weitere Folge sein.

Strategien der Landwirtschaft

- Veränderung des Vegetationszeitraumes
 - frühere Aussaat von Getreide und Rüben
 - frühere Aussaat von Kartoffeln

- Veränderung der Kultivare
 - Wintergetreide statt Sommergetreide
 - Hirse statt Mais
 - Sonnenblumen statt Raps
- Den veränderten „CO₂-Düngungs-“, Niederschlags- und Bodenfeuchtebedingungen angepasste Nutzung der Dünger und Pflanzenschutzmittel
- Effizientere Bewässerung und Bodenbearbeitung
 - zum Schutz vor Verdunstung Ernterückstände auf dem Feld belassen
 - Tropfberegnung anstelle von Großflächenberegnung zur Reduzierung des Wasserverbrauchs
- Anpassung in der Land-/Anbauverteilung
 - klimaangepasste Ausweitung der Anbaugebiete für Winterweizen, Mais und Gemüse
 - Einschränkung der Gebiete für Sommerweizen, Gerste und Kartoffeln
- Substitution von Getreide und anderen Feldfrüchten
 - Mais und Raps in nördlichen Regionen anpflanzen
 - Getreide und Gemüse in den nördlichsten Gebieten anbauen
 - Trockenheitsempfindliche Pflanzen im Süden durch trockenheitsresistente Arten austauschen (Hirseanbau statt Mais, Sonnenblumen anstelle von Raps)
- Einsatz von Sorten mit Toleranzen gegen:
 - Hitze
 - Dürre
 - Bodenversalzung

Salzresistenz wird insbesondere in tiefliegenden Küstenregionen mit ausgedehnten Brackwasserbereichen in Oberflächennähe und in Gebieten mit überwiegender Beregnungsproduktion bedeutsam werden. Die Bodenversalzung hat zwei unterschiedliche Ursachen. Einerseits das Eindringen von salzhaltigem Meerwasser in die Böden der Küstenregionen bei steigendem Meeresspiegel und andererseits die

Versalzung der Oberböden durch Beregnung. Solche Bodenversalzungen sind bereits in ariden Beregnungsgebieten zu beobachten (GUS, Aralsee-Region)^{10,11}.

Herausforderungen in den kommenden Jahren/Jahrzehnten

Unter sich verändernden Klimabedingungen muss für eine steigende Anzahl Menschen weltweit Nahrung und Trinkwasser bereitgestellt werden. Bis 2025 benötigen wir eine Verdopplung der weltweiten Nahrungsproduktion. Insbesondere die sich ändernden Essgewohnheiten und die Änderungen der Nahrungsmittelnachfrage durch steigende Kaufkraft in sich entwickelnden Regionen der Welt stellen zukünftig besondere Anforderungen an die Nahrungsproduktion. Die in den kommenden 30 Jahren zusammen zu produzierende Menge an Nahrungsmitteln entspricht der Menge, die in den letzten 10.000 Jahren zusammen produziert wurde¹²!

In der Zukunft ebenso wesentlich wie die Nahrungsmittelproduktion ist die Zusammensetzung der Nahrung im Zusammenhang mit der Süßwasserverfügbarkeit. So werden für die Erzeugung von 2.500 kcal pflanzlicher Nahrungsmittel 350.000 Liter Süßwasser benötigt. Werden von dieser Menge 20 % mit tierischen Nahrungsmitteln gedeckt, steigt der Süßwasserverbrauch auf 900.000 Liter an¹³.

Eine weitere Aufgabe wird die Minderung des CO₂-Ausstoßes und anschließend die Reduzierung des CO₂-Gehaltes in der Atmosphäre sein.

¹⁰ Benndorf, Jürgen, <http://www.tu-dresden.de/dfg-wasserkommission/Einleitung.doc>

¹¹ Unbekannt, http://www.tu-harburg.de/ww/vorlesung/wrm_1.pdf und [wrm_2.pdf](http://www.tu-harburg.de/ww/vorlesung/wrm_2.pdf)

¹² Kern, Manfred; 34. Hohenheimer Umweltagung, S. 28 f.

¹³ Neubert, Susanne, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2001

Überlegungen zu einer europäischen Küstenwache

von Detlef Lorenzen, Kiel

Ausgangslage – von der Pallas über die Erika bis zur Prestige

Ende Oktober 1998 sorgte die Havarie des eher unauffälligen mit Holz beladenen Frachters Pallas vor Amrum für Aufregung. Gegenüber nachfolgenden Ereignissen wie dem Sinken des Tankers Erika vor der Bretagne im Oktober 1999 sowie dem Untergang des Einhüllentankers Prestige vor der galizischen Küste im November 2002 waren die Folgen der Pallas-Havarie allerdings eher gering. Die Liste von Schiffshavarien in europäischen Gewässern vom Baltikum bis zum Bosphorus allein in den letzten vier Jahren ließe sich fortsetzen. Nun wird mancher einwenden mögen, dass jede Havarie ein singuläres Ereignis darstellt. Dass dieser Gedanke trotz aller Unterschiede zwischen den Einzelereignissen zu kurz gegriffen ist, soll nachstehend zu entkräften versucht werden.

Bei genauerer Betrachtung einer Vielzahl von Schiffshavarien fällt auf, dass sie eine Vielzahl grundsätzlicher Gemeinsamkeiten aufweisen, wenn auch mit von Fall zu Fall unterschiedlicher Ausprägung. Für 80% aller Havarien kommt als Ursache menschliches Versagen in Betracht (vgl. EU-Kommission, 6.4.2001: 8); weitere Ursachen sind technische Mängel und schwierige Witterungsbedingungen. Ein auffälliges Merkmal ist die häufige Verwicklung von Schiffen unter „Billigflagge“, ein weiterer Aspekt sind „Einschiffsgesellschaften“. Letztgenannte Merkmale führen zu

Problemen bei der Haftung und der Kontrolle sowie der Ahndung von Regelverstößen, aber auch zu den Arbeitsbedingungen von Seeleuten. Im letzten Punkt werden v.a. die „Seelenverkäufer“ zu einem Problem. Diese Gedanken weisen auf das über Jahrhunderte gewachsene Gewohnheitsrecht der „Freiheit der Meere“ hin, welches besagt, dass das Meer außerhalb der nationalen Hoheitsgewässer grundsätzlich Jedem zur Nutzung offen steht.

klare Zuständigkeiten einzelner Einsatzkräfte konfliktträchtig und für eine erfolgreiche Bergung hinderlich sind. Diese Probleme werden erweitert, wenn von einer Havarie mehrere Staaten mit ihren unterschiedlichen Einsatzstrukturen betroffen sind. Gerade in Europa, wo viele Staaten an ein Meer – wie etwa die Ostsee – auf engem Raum angrenzen, kann das schwierig werden. Hinzu kommt, dass Teile der europäischen Gewässer zu den



Der Frachter „Pallas“ war vor der dänischen Küste in Brand geraten und schließlich vor Amrum gestrandet. (Foto: V. Frenzel)

Derzeit gilt die Seerechtskonvention (UNCLOS) von 1982, in der auch die „Freiheit der Meere“ näher geregelt ist.

Neben diesen „zu Wasser“ angesiedelten konfliktträchtigen Erscheinungen lassen sich auch „zu Lande“ Parallelen zwischen den einzelnen Havarien erkennen, wie im Folgenden noch gezeigt wird. Es sei an dieser Stelle nur darauf hingewiesen, dass in einer Küstenschutzstruktur angelegte un-

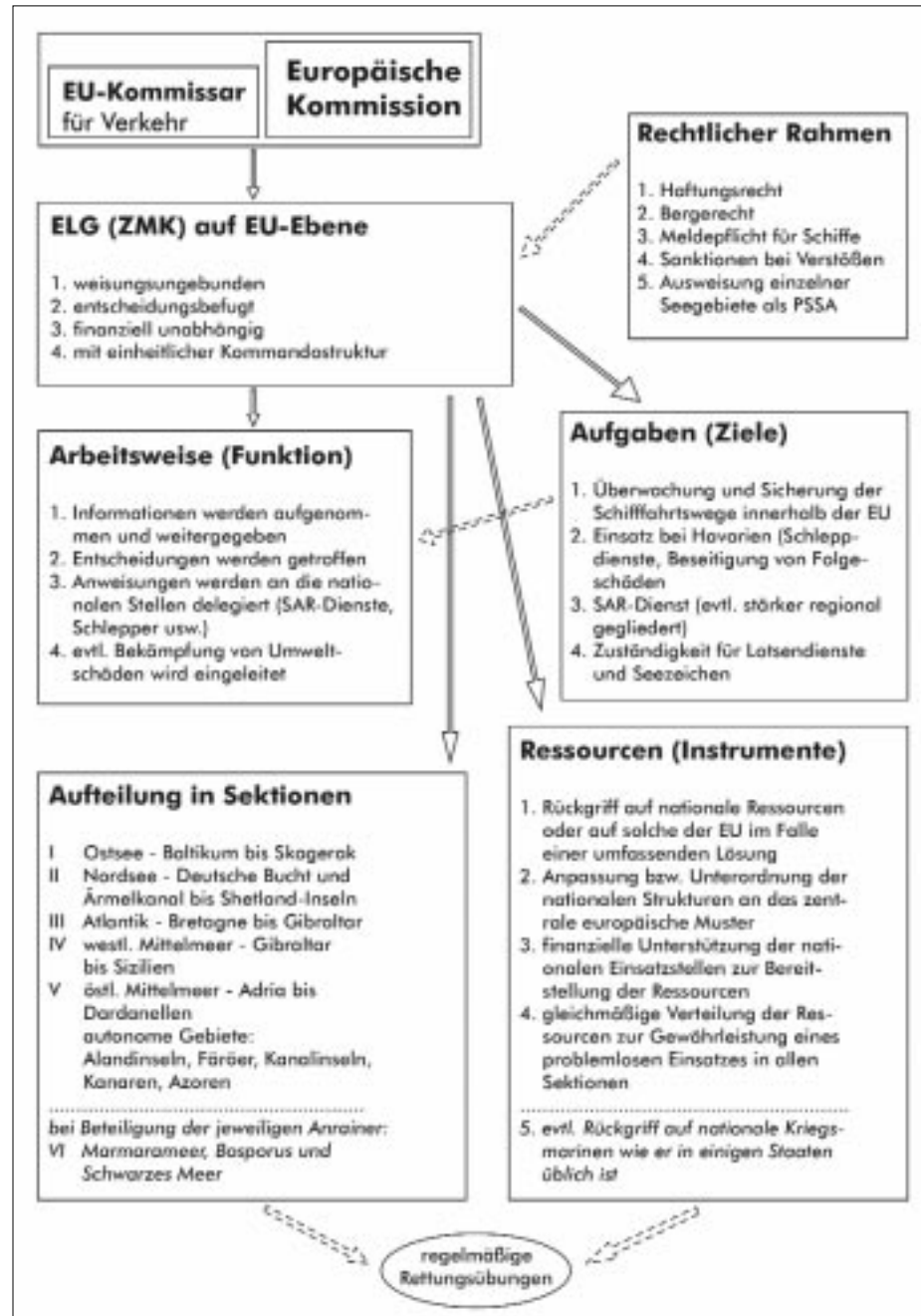
weltweit am meisten befahrenen gehören; hierzu gehören der Ärmelkanal und die Deutsche Bucht. Vor diesem Hintergrund gilt es darauf zu verweisen, dass jede Havarie für sich genommen ein Signal für Schwachstellen ist, wobei zu differenzieren ist zwischen solchen Mängeln, die im kausalen Sinne zu der Havarie selbst führen, und jenen Problemen, die sich infolge einer erfolgreichen Bergung zusätzlich erge-

Politik und Gesellschaft

ben. Beide Ebenen sind für diese Thematik gleichermaßen relevant. Dennoch sind die Lösungsansätze zu beiden Berei-

Prävention vollständigen Schutz bieten kann. Hier geht es um eine effiziente Organisation sämtlicher für Rettungsmaß-

Hinweise, dass dem Problem der Sicherheit in europäischen Gewässern nur mit einer gemeinschaftlichen Lösung in-



Grafik 1: Ziele, Aufgaben und erforderliche Ressourcen sowie eine denkbare regionale Gliederung der MARES.

chen unterschiedlich anzusiedeln. Daher sind zum einen präventive Maßnahmen gefragt, um die Gefahr einer Havarie im Vorhinein zu reduzieren; gedacht ist an hinreichende Maßnahmen der Kontrolle. Zum Zweiten geht es darum, eine optimale Abwehrstruktur zu entwerfen, um im Havariefall effizient agieren zu können, da keine - noch so gute -

nahmen relevanter Einsatzkräfte, aber auch um die Beseitigung eventueller Umweltschäden. Beide Tätigkeitsfelder gilt es in einer Sicherheitskonzeption zu vereinen.

Eine europäische Küstenwache als Problemlösung

Die skizzierten Rahmenbedingungen geben eindeutige

nerhalb der EU (und angrenzender Staaten?) begegnet werden kann.

Dafür sind v.a. zwei Gründe zu nennen:

In Europa liegen auf verhältnismäßig kleinem Raum viele Staaten, von denen heute 15 und ab 2004 gar 25 der EU angehören.

Die internationale Seeschifffahrt hat sich zu einem weit

verzweigten Wirtschaftsfaktor entwickelt, dem nationale Lösungen nicht mehr gewachsen scheinen.

Da bereits im Titel von einer europäischen Küstenwache die Rede ist, sollen nunmehr ihre Ziele und Aufgaben skizziert werden. Unter der Bedingung der Unmöglichkeit, die Kluft zwischen Ökologie und Ökonomie als solche beseitigen zu können, muss sich die europäische Küstenwache darauf konzentrieren, die Folgen des Konflikts „zu Wasser“ zu reduzieren bzw. zu regulieren. Dieses Ziel lässt sich in fünf Unterziele präzisieren:

- Die gesamte Strategie ist auf Prävention auszulegen.
- Mittels einer schlanken Struktur ist effizientes Handeln anzustreben.
- Es sind permanente Kontrollen der Seewege und der Schiffe zu gewährleisten.
- Es muss umfassende Optionen der Ahndung von Verstößen gemäß eines allgemein gültigen Kataloges von Sanktionen geben.
- Es gilt in Schadensfällen, das Verursacherprinzip stärker als bisher anzuwenden.

Zur Erreichung dieser Ziele sind verschiedene Formen der Organisation denkbar, wobei der Erhalt des Status quo nicht erörtert werden soll. Ein Minimum ist in einer Angleichung der Rechtsvorschriften sowie der Kommunikationsstrukturen für den EU-Raum denkbar. Denkbar ist eine europäische Einsatzleitzentrale, die den Schiffsverkehr überwacht sowie notwendige Rettungsmaßnahmen unter Rückgriff auf die nationalen Kräfte koordiniert. Ergänzen ließe sich diese Variante durch feste Regelungen zur Nachbarschaftshilfe, wie sie bereits praktiziert wird, wie sie auch jetzt in Schadensfällen praktiziert wird. Das Maximum bestünde in einer neuen Behörde unter der Hoheit der EU – vorzugsweise dem Kommissar für Verkehr unterstellt – mit der Konsequenz, dass die Mitgliedstaaten ihre diesbezügliche Souve-

ränität aufgaben. Kern dieser Behörde, im Folgenden MARES (Maritime Agency for Rescue in the European Seas) genannt, wäre eine ständig besetzte Überwachungszentrale, der als Vollzugsorgan die Einsatzkräfte der Mitgliedstaaten zur Verfügung stünden. Als Vorbild diene die US Coastguard. Zwischen beiden Extrema ist eine Vielzahl von Varianten denkbar, die sich auch (zumindest näherungsweise) an dem bereits bestehenden Konzept des einen oder anderen EU-Staates orientieren können. Großen Stellenwert sollte unabhängig einer eventuellen europäischen Küstenschutzstruktur die Verschärfung bzw. konsequentere Anwendung, teils bereits bestehender, rechtlicher Bestimmungen genießen, wie beispielsweise der Hafensaatkontrolle (Port State Control)¹. Das gilt nicht nur im Hinblick auf ein geschlossenes Auftreten gegenüber der internationalen Seeschifffahrt, sondern auch aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit zwischen den Häfen der EU-Staaten. Weiterhin ist darauf hinzuwirken, dass trotz zu erwartender Widerstände das Verursacherprinzip stärker als bisher zur Anwendung kommt. Die Ziele eines solchen Vorgehens sind zum einen die Schärfung des Verantwortungsbewusstseins seitens aller an Schiffs-transporten Beteiligten und zum Zweiten eine Entlastung der von den Folgen einer Havarie betroffenen Regionen und ihrer Bewohner. Die Folgen der Prestige-Havarie führen diese Mängel einmal mehr vor Augen. Besonders prekär sind „Einschiffsgesellschaften“, da dort die Haftung durch verzweigte Verantwortlichkeiten und jeweils begrenzte Kapitaleinlagen der Beteiligten für das Schiff und seine Ladung reduziert ist.

Grafik 1 zeigt die Verknüpfungen zwischen Zielen, Aufgaben und erforderlichen Ressourcen sowie eine denkbare regionale Gliederung der MARES.

Ein abschließender Gesichtspunkt liegt auf Faktoren,

die vordergründig wenig mit den originären Zielen (s.o.) einer Küstenwache zu tun haben. Gedacht ist an die Sicherung der EU-Außengrenze auf See² sowie – nach den Anschlägen des 11. September 2001 – die Abwehr von Terrorattacken auf Schiffe bzw. Seehäfen. Bezüglich der Abwehr möglicher terroristischer Anschläge beschloss die IMO im Dezember 2002 Maßnahmen zur verstärkten Sicherung von Häfen und Schiffen, die am 1. Januar 2004 in Kraft treten sollen. Weiterhin kann eine scheinbar so altertümliche Erscheinung wie die Piraterie in Betracht kommen, auch wenn sie derzeit eher außerhalb Europas eine Bedrohung für die Schifffahrt darstellt. Die Bündelung dieser letztgenannten Aufgaben mit dem originären Sicherungsauftrag erhöhte die Auslastung und in der Folge die Kosten-Nutzen-Relation der MARES. Das führt nunmehr zu der abschließenden Frage:

Welche Aussichten hat die Realisierung einer europäischen Küstenwache?

Man kann sicherlich festhalten, dass Schiffshavarien so alt sind wie die Schifffahrt selbst. Jedoch haben sich die mit einer Havarie verbundenen möglichen ökologischen Auswirkungen zunehmend verändert; der Untergang eines 250.000-Tonnen-Tankers hat schon eine andere Dimension als der einer Hansekogge. Ökonomische Schäden bis hin zum Totalverlust von Schiff

¹ Unter dem Eindruck der folgenschweren Prestige-Havarie und der daraufhin von der EU angekündigten Verschärfung von Schiffskontrollen kündigte Russland diesbezüglich seine Kooperation an. Im Gegensatz dazu verweigert Russland bislang seine Zustimmung zu einer Lotsenpflicht – gerade für Tanker – in der Ostsee und hier insbesondere in der nautisch schwierigen Kadettrinne.

² Zu erwähnen ist die Tatsache, dass insbesondere im Mittelmeer immer wieder mit Flüchtlingen (über-)besetzte Schiffe in Havarien verwickelt sind, sodass eine Bergung Schiffbrüchiger zugleich auch die Einwanderungsbehörden betrifft. Als weitere Aufgabe des Grenzschutzes ist die Bekämpfung illegaler Warentransporte zu nennen.

und Ladung im Fall eines Untergangs sind allerdings in beiden Fällen zu beklagen. Entscheidend ist jedoch der Wandel in der Wahrnehmung und Beurteilung von Schäden. Während für die Kaufleute der Hanse die Havarie des Schiffes oft den direkten Ruin nach sich zog, scheinen heute Versicherungen vieles abzufedern. Hinzu kommt der Aspekt der Haftpflichtversicherung, deren Umfang nicht nur in Relation zur Versicherung vor eigenen Verlusten gering ausfällt, sondern auch im Hinblick auf die potenziellen Schäden an Dritten – der Umwelt oder den Küstenbewohnern. Aber warum soll nun eine europäische Küstenwache eingerichtet werden, wo doch das nordfriesische Wattenmeer nicht betroffen ist, wenn im Bosphorus ein Schiff havariert oder umgekehrt?

So singular jede Schiffshavarie (vordergründig) auch sein mag, so liegen doch stets die gleichen strukturellen Mechanismen zu Grunde (s.o.). Demzufolge dürften punktuelle – also nationale – Lösungsansätze auf Dauer nicht ausreichen. Gravierender ist jedoch das in unserer Zeit bestehende Primat der Ökonomie, sodass das vorliegende Konzept gerade hier ansetzt. Unterliegen wir nach Norbert Elias doch alle wirtschaftlichen Zwängen (vgl. Elias, 1997 Bd. 2: 339) und dem damit verbundenen Ziel, eigene Aufwendungen möglichst niedrig zu halten, sodass der Preis als geeignetes Regulierungsinstrument anzusehen ist. Es darf sich für einen Reeder nicht rentieren, marode Schiffe auf große Fahrt zu schicken. Es muss also den ökonomischen Anreiz geben, künftig vermehrt sichere Schiffe einzusetzen. Da kann die von der EU beschlossene „Schwarze Liste“ gefährlicher Schiffe nur ein erster Schritt bleiben. Jedoch ist jedes Sicherheitssystem nur so gut wie seine Kontrollen. Wo Sanktionen gegen Regelverstöße nicht wirksam umgesetzt werden (können), entstehen schnell

Lücken. Dies erfordert ein einheitliches Überwachungssystem, das sowohl für die Kontrolle der Schiffe als auch für die Sicherheit der Seewege zuständig ist. Denn Schiffe, die auf Grund von Sicherheitsmängeln keine Häfen mehr anlaufen dürfen, bringen ihrem Reeder keinen Profit – selbst wenn dieser etwa in Monrovia ansässig ist. Das Hauptaugenmerk des dargestellten Ansatzes liegt somit in der Prävention. Da jedoch keine noch so gute Vorsorge eine umfassende Garantie geben kann, ist selbstverständlich eine Vorhaltung von Rettungskapazitäten von Nöten, deren reibungsloser Einsatz eine einheitliche Kommandostruktur erfordert. Diese wird durch die MARES gegeben. Denn was wäre Europa ohne die Meere?

„Eine der beständigsten und fruchtbarsten Gemeinsamkeiten der Europäer ist das Meer.“ (Mollat du Jourdin, 1993: 281) Im Laufe der Geschichte waren die Meere – je nach Situation – mal ein trennendes Element, mal ein stärker einender Faktor, wie zahlreiche Beispiele zeigen. Andererseits wird der Seehandel immer noch weit stärker von ökonomischem Konkurrenzdenken denn von einem auf Gemeinsamkeit zielenden Handeln bestimmt – eine Vorstellung, die sich ohne weiteres auf die Sicherheit zur See übertragen lässt. Aber was wäre Europa ohne die Schifffahrt?

Wir profitieren von ihr, da viele für unseren Alltag notwendige Güter auf dem Seeweg nach Europa transportiert werden bzw. eine Vielzahl unserer Exportgüter auf dem Seeweg in andere Teile der Erde gebracht werden³. Und: Wir klagen, wenn beispielsweise die Ladung eines Tankers ins Meer fließt und neben Schäden an Flora und Fauna auch menschliche Lebensgrundlagen wie Fischgründe oder für den Tourismus attraktive Küstenregionen beeinträchtigt. Ganz zu schweigen von der sinnlosen und doch vermeidbaren Verschwendung eines wertvollen

Rohstoffes. Dabei zeigte die Pallas-Havarie, dass selbst der Unfall eines unauffälligen Frachters Verheerungen anrichten kann. Sollten dies nicht Gründe genug sein, das Problem des Küstenschutzes infolge von Schiffshavarien entschieden anzupacken und zu einer ebenso gemeinschaftlichen wie umfassenden Lösung zu gelangen?

Die dahingehende Tendenz ist durchaus zu erkennen; man mag eher – zuweilen auch begründet – die notwendige Entschlossenheit vermissen, die mit der Schaffung einer umfassenden Lösung verbundenen Konflikte zielstrebig anzupacken, auch wenn derzeit ein Vorziehen des für 2015 beschlossenen Verbots von Einhüllentankern in EU-Gewässern angestrengt wird. Dennoch wird eine europäische Küstenwache unabhängig von ihrer Struktur mehr die Symptome des Konflikts „zu Wasser“ eingrenzen können denn diesen Konflikt selbst. Letzteres geht denn auch über die Aufgaben und Möglichkeiten der europäischen Küstenwache hinaus und bleibt somit eine Aufgabe der UN, denn auf lange Sicht ist eine Eindämmung der wie ein Damoklesschwert über allem schwebenden „Freiheit der Meere“ nur im Rahmen der IMO mittels entsprechender Verschärfungen der Seerechtskonvention zu erzielen, die dazu erforderliche Willenskraft und Geschlossenheit vorausgesetzt. Schwierigkeiten sind gerade von jenen Ländern mit „Billigflaggen“ zu erwarten. Seitens der Versicherungen und mehr noch der Rückversicherungen dürfte man eher mit Unterstützung rechnen können. Auf den ersten Blick mag die Forderung nach

³ So werden „90% der Waren im Außenhandel der Union und mehr als 35% der Waren im innergemeinschaftlichen Handel [...] per Schiff transportiert“ (EU-Kommission, 6.4.2001: 8) Aber auch die Binnenstaaten der EU wie Österreich und Luxemburg oder nach ihrem Beitritt auch Ungarn, Tschechien und die Slowakei profitieren von einer sicheren Seefahrt, selbst wenn sie nur indirekt – etwa durch die Binnenschifffahrt – am weltweiten Seehandel teilhaben.

einer europäischen Küstenwache radikal oder gar utopisch erscheinen. Dennoch weisen neben vielen Argumenten aktuelle Bestrebungen der EU wie die Pläne für eine europäische Seefahrtsagentur hin zu einem möglichst umfassenden Sicherheitskonzept – jüngst genährt durch die Prestige-Havarie. Zudem sind in der Debatte um eine adäquate Lösung immer Kompromisse einzukalkulieren. Somit hätte die Vorlage eines Minimalziels wohl eher verwundert. Letztlich darf man gespannt sein, welche Ergebnisse die Diskussionen hervorbringen. Unter-

stützende Wirkung kann dabei von den Aufgabenbereichen der Grenzsicherung und der Abwehr von Terroranschlägen ausgehen.

Abschließend sei angemerkt, dass selbst das für den Augenblick beste Konzept keine dauerhafte vollständige Sicherheit bieten wird. Diese Tatsache sollte jedoch, nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer sinkenden Toleranzschwelle in der Bevölkerung gegenüber Schiffsunglücken, kein Hinderungsgrund sein, mit der Einführung der MARES einen Schritt hin zu einer „glänzenden sozialen Problemlösung“

im Sinne einer allumfassenden Friedensstiftung (vgl. FAKKEL-Modell in Clausen, 1994: 26-50) für das Problem mangelnder Sicherheit auf See anzustreben, um Szenarien, wie sie sich gegenwärtig infolge der Prestige-Havarie abspielen, möglichst zu verhindern...

Quellen:

- Clausen, Lars: Krasser sozialer Wandel. Opladen; 1994
- Elias, Norbert: Über den Prozeß der Zivilisation (2 Bde.). Suhrkamp; 1997 [1939]
- EU-Kommission: Mitteilung der Kommission [...] über die Ausbildung und Einstellung von Seeleuten; KOM (2001) 188; 6.4.2001
- Mollat du Jourdin, Michel: Europa und das Meer. München; 1993

Vom „Wasserschutz“ zur „Küstenwache“: Deutschland muss maritimer denken!

Die „Überlegungen zu einer europäischen Küstenwache“ von Herrn Lorenzen wollen und müssen provozieren. Einerseits können es sich die europäischen Küstenanrainer auf Dauer nicht mehr leisten, keine abgestimmte und in wesentlichen Eckpunkten einheitliche Sicherheits- und Schutzstruktur für den gesamten maritimen Sektor aufzubauen und vorzuhalten. Der moderne See- bzw. Schiffsverkehr birgt ein hochkomplexes Risikopotential für Meere, Küsten und Anwohner/Nutzer, das auf Dauer nur durch ebensolche komplexe Sicherheitssysteme getragen werden kann.

Andererseits würde es zumindest für Deutschland bereits einen deutlichen Fortschritt bedeuten, wenn zunächst eine wirklich einheitliche nationale Küstenwache die Sicherheit vor der deutschen Nord- und Ostseeküste gewährleisten würde. So besteht die deutsche „Küstenwache“ aus einem Verbund zahlreicher „Dienstleister“ wie der Polizei, dem BGS, dem Zoll, der Fischereiaufsicht etc., eben dem „Koordinierungsverbund Küstenwache“. Sicherlich haben sich vor allem nach der Havarie des Holzfrachters „Pallas“ in der Deutschen Bucht Bund und Küstenländer auf die Einrichtung eines gemeinsamen Havariekommandos als nationales Kompetenzzentrum zur Optimierung der maritimen Notfallvorsorge verständigt (s. auch Beitrag von Kapitän Boris Klodt in diesem Heft). Gleichwohl ist es erstaunlich, dass es in Deutschland doch sehr lange gedauert hat, bis eine solche dringend erforderliche Institution entstanden ist. Das Fehlen eines nationalen Havariekommandos bis zum Jahresbeginn 2003, das Fehlen einer nationalen komplexen Küstenwache bis dato und die geringen Aktivitäten zur europäischen Regelung auf diesem Sektor mögen mit der starken binnenländischen Orientierung

Deutschlands erklärt werden können, die die maritimen Themen nach Gründung der Bundesrepublik ins Abseits geraten ließ. Dabei liegen Deutschlands Küsten, wenn auch in Randmeeren, doch an den mit am stärksten frequentierten Seeverkehrswegen der Welt und das System „See- bzw. Schiffsverkehr“ stellt sich gerade unter Sicherheitsaspekten als hochrisikoreich dar (vgl. Charles Perrow: „Normale Katastrophen“). Fähren mit bis zu 3.000 Passagieren und zusätzlichem Ladegut, RoRo-Frachter mit gewaltigen Ladekapazitäten, Flüssigkeits- und Gastanker müssen nicht zuletzt unter dem erweiterten Sicherheitsbegriff und unter dem Gesichtspunkt neuer Gefahren und Bedrohungen betrachtet werden.

Schiffssicherheit, Hafensicherheit, Sicherheit der Seeverkehrswege (auch auf künstlichen Wasserstraßen wie dem Nord-Ostsee-Kanal oder in Küstennähe) sind unter den Aspekten technischer, natürlicher, krimineller und terroristischer Gefahren und Bedrohungen komplex zu betrachten. Prävention und aktive Gefahrenabwehr können diese Risiken reduzieren und den See- und Schiffsverkehr sicherer machen. Ein wirksamer Beitrag kann eine einheitliche Küstenwache sein wie sie in anderen Ländern seit langem üblich ist. Sofern sich Deutschland seiner (alten) maritimen Traditionen stärker besinnt und sich den gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen an den Schnittstellen von See und Land stellt, könnten auch die derzeit sicherlich visionären Überlegungen von Herrn Lorenzen für sein europäisches Projekt „MARES“ an Boden gewinnen: denn wer wirklich maritim denkt und handelt, handelt automatisch über Grenzen hinweg. Dies liegt in der Natur der Meere und der Seefahrt!

Dr. Wolfram Geier (AKNZ)

Das Havariekommando

Sonderstelle des Bundes und der Küstenländer

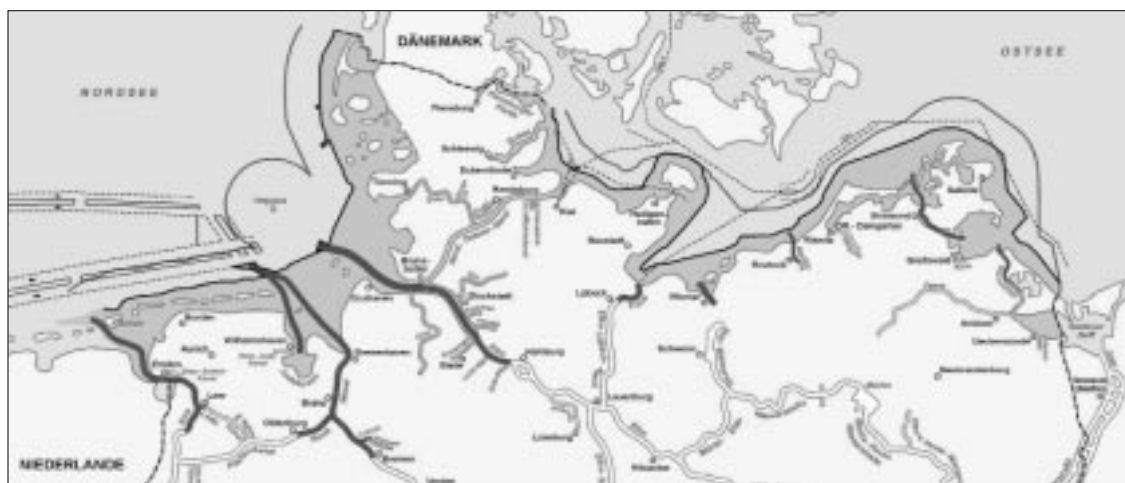
von Kapitän Boris Klodt, Havariekommando

Zum Aufbau und zur Durchführung eines gemeinsamen Unfallmanagements auf Nord- und Ostsee hat das Havariekommando als Sonderstelle des Bundes und der Küstenländer am 01. Januar 2003 seinen Betrieb in Cuxhaven aufgenommen. Diese Einrichtung bündelt die Verantwort-

Senator a.D. Claus Grobecker eingesetzt. Sie erhielt den Auftrag, unter Auswertung der Pallas-Havarie eine umfassende Bewertung des bisherigen Notfallkonzepts vorzunehmen und zu dessen Weiterentwicklung Vorschläge zu unterbreiten. Der Bericht der Kommission wurde am 16. Februar

Ziel dieses interministeriellen Projekts ist die umfassende Optimierung der maritimen Notfallvorsorge in den als defizitär erkannten Bereichen und die Entwicklung von ausgewogenen und tragfähigen Realisierungskonzepten.

Es wurden anhand der Empfehlungen der Expertenkom-



Der Geltungsbereich des Havariekommandos erstreckt sich neben den Ufern und Stränden an den angrenzenden Wasser- und Landflächen auch über Seeschiffahrtsstraßen, Seewasserstraßen bis zur ausschließlichen Wirtschaftszone und darüber hinaus im Rahmen internationaler Vereinbarungen.
Karte: Havariekommando

tung für die Planung, Vorbereitung, Übung und Durchführung von Maßnahmen zur Verletztenversorgung, zur Schadstoffunfall-Bekämpfung, zur Brandbekämpfung, zur Hilfeleistung, sowie zur Gefahrenabwehr bezogenen Bergung auf See und einer strukturierten Öffentlichkeitsarbeit.

Bei der Havarie der „Pallas“ im Oktober 1998 waren hier Abstimmungs- und Koordinationsmängel offen zu Tage getreten. Durch den Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) wurde am 10. Februar 1999 eine unabhängige Expertenkommission unter der Leitung von

2000 vorgelegt. Er identifiziert ein erhebliches Optimierungspotenzial zur Fortentwicklung des Notfallkonzepts, der Sicherheit der Seefahrt und des Seerechts / Seeversicherungsrechts sowohl im Bereich des Bundes und der Küstenländer als auch im internationalen Bereich. Hierzu wurden 30 konkrete Empfehlungen ausgesprochen.

Die Bundesregierung hat darauf im März 2000 den BMVBW beauftragt, zur Bewertung und Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission eine interministerielle Projektorganisation einzurichten und die Küstenländer zu beteiligen. Auftrag und

mission für acht Themenbereiche Teilprojekte gebildet, in denen Fachleute des Bundes und der Küstenländer unabhängig von starren Verwaltungsstrukturen Lösungen erarbeitet haben.

Dabei handelte es sich um die Bereiche:

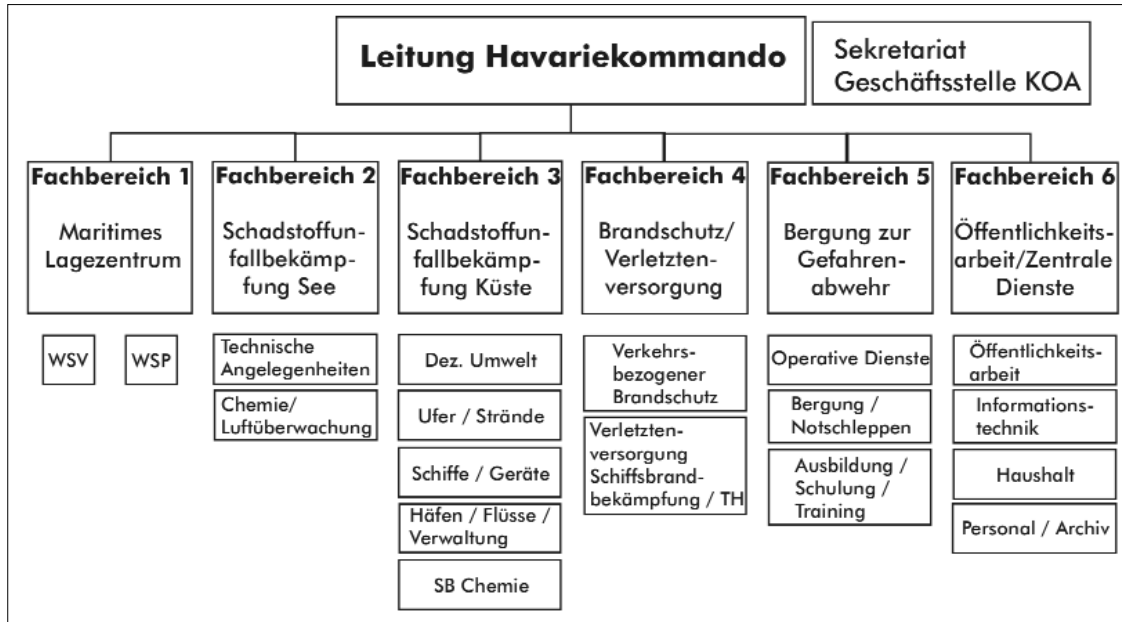
- Notschleppkapazität
- Sicherheit des Schiffsbetriebs
- Vereinbarungen mit Nachbarstaaten
- Seeunfalluntersuchung/ Flaggenstaataufgaben
- Struktur („Havariekommando“)
- Haftung und Versicherung
- Umwelt

- Technik/Meldewesen/Ausbildung

Im See- und Küstenbereich gibt es aufgrund der Kompetenzverteilung nach dem Grundgesetz sowie der ein-

Küstenländer, die bei schweren Seeunfällen tätig wird. Anhand dieser zentralen Empfehlung¹, die die unabhängige Expertenkommission formuliert hat, haben sich der Bund und die Küstenländer nach konstruktivi-

Marine³ und der Koordinierungsverbund Küstenwache⁴ sind durch Vereinbarungen in die Arbeit des Havariekommandos einbezogen. Insgesamt werden jedoch die durch das Grundgesetz vorgegebenen



Allgemeine Aufbauorganisation (AAO).

schlägigen Bundes- und Landesgesetze eine Vielzahl von Zuständigkeiten. Zwar bestehen in wichtigen Bereichen wie insbesondere der Schadstoffbekämpfung, der Brandbekämpfung auf Bundeswasserstraßen und dem schiffahrtspolizeilichen Vollzug isolierte Bund- und Ländervereinbarungen, zusätzlich auch die Zusammenarbeit der Bundesvollzugsorgane Bundesgrenzschutz (BGS), Zoll, Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) und Fischereiaufsicht (BLE) im Koordinierungsverbund „Küstenwache“, eine einheitliche Organisations- und Führungsstruktur zumindest für den Fall der Einsatzleitung eines schwerwiegenden Seeunfalls fehlte jedoch.

An erster Stelle der Bemühungen zur Verbesserung der maritimen Notfallvorsorge stand deshalb der Aufbau eines Havariekommandos, das heißt einer einheitlichen Einsatzleitung über alle Einsatzkräfte des Bundes und der

ven Verhandlungen auf folgendes Konzept geeinigt:

Das Havariekommando steht unter der einheitlichen Leitung eines Bundesbediensteten. Kernzelle ist ein in 24-Stunden-Dienstbereitschaft unterhaltenes „Maritimes Lagezentrum“, das aus dem Bereich der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes und den Wasserschutzpolizeien der Küstenländer aufgebaut wird. Hier laufen über die entsprechenden Meldewege alle relevanten Informationen zusammen. Bei einer schweren Havarie übernimmt der Leiter des Havariekommandos die Führung des Einsatzes. Er wird beraten und unterstützt durch einen Expertenstab.

Der Leiter des Havariekommandos kann allen für den Einsatz notwendigen Bundes- und Landesbehörden Aufträge erteilen und Einsatzabschnitte errichten. Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger², die Bundeswehr insbesondere die Deutsche

Zuständigkeiten zur Gefahrenabwehr auf See nicht geändert.

Rechtliche Schwierigkeiten werden durch die Instrumente der „Organleihe“⁵ und der „Auftragstaktik“⁶ überwun-

¹ Empfehlung Nr.2, Bericht der unabhängigen Expertenkommission „Havarie Pallas“, 16.Febr. 2000, Seite 77

² Zusatzvereinbarung über die Kooperation zwischen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger und dem Havariekommando, unterzeichnet und veröffentlicht im BAnz. Nr. 16 vom 24.01.2003, S. 1171 und VkB1. 2003, S. 37

³ Vereinbarung zwischen dem BMVBW und dem BMVg über die Unterstützung des Havariekommandos bei Transporten über See sowie Zubringerdiensten an Land durch die Bundeswehr, unterschriftsreif jedoch z. Z. noch in der Abstimmung.

⁴ Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Havariekommando und dem Koordinierungsverbund Küstenwache, unterzeichnet am 04.02.2003.

⁵ § 5 HKV - ...Die Küstenländer beauftragen den Leiter des Havariekommandos, die Leitung in ihrem Namen auszuüben. ...Die gesetzlichen Zuständigkeiten bleiben unberührt.

⁶ § 9 Abs. 2 HKV - Im Einsatzfall alarmiert und führt der Leiter des Havariekommandos die Einsatzkräfte und -mittel, die ihm nach dieser oder anderen Vereinbarungen bereitgestellt worden sind. Er gibt die Ziele zur Bekämpfung der komplexen Schadenslage vor und erteilt den insoweit zuständigen Stellen entsprechende Aufträge...

den. Für den Alltagsbetrieb des Havariekommandos wird unter der Leitung des Bundesbediensteten ein „Kompetenzzentrum“ mit sechs Fachbereichen für alle Fragen der maritimen Unfallbekämpfung aufgebaut, in dem dann auch die bisherigen Einrichtungen, wie zum Beispiel der Zentrale Meldkopf und die Sonderstellen zur Schadstoffbekämpfung integriert sind. Für andere Fragen, wie zum Beispiel die Schiffsbrandbekämpfung und die Verletztenversorgung auf See, entsteht mit dem Havariekommando zum ersten Mal bundesweit eine einheitliche Koordinierungsstelle.

Rechtliche Grundlage für die Arbeit des Havariekommandos sind neben weiteren Kooperationsvereinbarungen u. a.:

- die Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Errichtung des Havariekommandos (HKV) sowie
- die Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (BLV SUB)

Havariekommando in der Alltagsorganisation:

Das Havariekommando ist im Alltagsbetrieb ein Kompetenzzentrum mit zur Zeit 37 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in sechs Fachbereichen. Das Maritime Lagezentrum ist im 24-Stunden Dienstbetrieb mit Bediensteten der Wasserschutzpolizei der Küstenländer und Bediensteten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes besetzt. Im Maritimen Lagezentrum wird ständig ein aktu-

elles, maritimes Lagebild vom deutschen Hoheitsgebiet in Nord- und Ostsee erstellt, wobei auch Mitteilungen der Nord- und Ostseerainerstaaten einfließen. Dabei werden alle Informationen über Umstände, die für die Bekämpfung einer komplexen Schadenslage⁷ erheblich sein können, gesammelt, aufbereitet, bewertet und gesteuert, erforderlichenfalls Alarmierungen ausgelöst und Sofortmaßnahmen eingeleitet.

Havariekommandos übernimmt als Gesamteinsatzleiter auch die Leitung des Havariestabes. Die Leitung der Stabsbereiche übernehmen in der Regel die Leiter der Fachbereiche des Kompetenzzentrums.

Es wird damit die unmittelbare, zielgerichtete und umfassende Bekämpfung der Auswirkungen und Folgewirkungen von außergewöhnlichen Schadensereignissen unter einer einheitlichen und strukturierten Führung sichergestellt. Das



Gelände des Havariekommandos: hinter dem Mast das Maritime Lagezentrum, vorne links das Dienstgebäude (FB 4,5,6), links hinten Radarturm (FB 1, 2). (Foto:Havariekommando)

Havariekommando in der Einsatzorganisation (Havariestab):

Bei komplexen Schadenslagen wird ein Havariestab einberufen, der das einheitliche und koordinierte Vorgehen aller Einsatzkräfte des Bundes und der Küstenländer ermöglicht. In der Einsatzorganisation besetzen die Mitarbeiter des Kompetenzzentrums den Havariestab. Dieser ist in vier Stabsbereiche mit entsprechenden Aufgabenzuweisungen gegliedert. Der Leiter des

Havariekommando bedient sich dabei aller auf See und im Küstenbereich zuständigen Behörden und sonstiger Einrichtungen des Bundes und der Länder.

⁷ § 1 Abs. 4 HKV - Eine komplexe Schadenslage liegt vor, wenn eine Vielzahl von Menschenleben, Sachgüter von bedeutendem Wert, die Umwelt oder die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs gefährdet sind oder eine Störung dieser Schutzgüter bereits eingetreten ist und zur Beseitigung dieser Gefahrenlage die Mittel und Kräfte des täglichen Dienstes nicht ausreichen oder eine einheitliche Führung mehrere Aufgabenträger erforderlich ist.

CeBIT 2003 in Hannover

Deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) vorgestellt

von Bernhard Corr, Leiter der Projektgruppe deNIS

Im Rahmen der Initiative „BundOnline 2005“ wurde auf der diesjährigen CeBIT das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Die Projektgruppe deNIS, die seit Mitte 2001 mit dem Aufbau dieses Informationssystems befasst ist, hatte hierbei Gelegenheit, die technischen Möglichkeiten dieses neuen Informationssystems im Bereich der Notfallvorsorge zahlreichen Fachbesuchern aber auch den interessierten Bürgern vorzustellen.

Am 12. März 2003 informierte sich auch Bundesinnenminister Schily über den aktuellen Aufbauzustand des Projektes. Besondere Aufmerksamkeit widmete er dem Prototypen von deNIS II. Hierbei überzeugte er sich persönlich von der Übersichtlichkeit der Darstellung und klaren Bedienung des Systems. Auch die parlamentarische Staatssekretärin Frau Ute Vogt hat sich am 14. März 2003 über das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem informiert.

Bei deNIS II handelt es sich um eine weitere Ausbaustufe des deutschen Notfallvorsorge-Informationssystems, das zur Unterstützung der oberen und obersten Entscheidungsträger bei großflächigen Gefahrenlagen zurzeit realisiert wird.

Warum wird deNIS aufgebaut ?

Nach den Attentaten vom 11. September 2001 und der Flutkatastrophe an Elbe, Donau und ihren Nebenflüssen steht der Zivil- und Katastrophenschutz vor neuen Heraus-

forderungen. Vor allem der Terroranschlag in den USA - aber auch die Flutkatastrophen hierzulande - haben gezeigt, dass wir dringend Vorsorgemaßnahmen auch für großflächige Gefahrenlagen treffen müssen.

Obwohl wir in Deutschland über ausreichende Hilfepotenziale verfügen, hat sich bei der Bewältigung des Elbehochwassers gezeigt, dass Schwierigkeiten beim überörtlichen Ressourcenmanagement auftraten. Defizite bei der Gewinnung, Verarbeitung und

Aus diesem Grund hat Bundesinnenminister Otto Schily bereits Mitte 2001 entschieden, ein deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) aufzubauen. Er beauftragte die Zentralstelle für Zivilschutz im Bundesverwaltungsamt mit diesem Projekt.

Das Internetportal deNIS

Zunächst wurde eine offene Internetplattform geschaffen, um die im Internet verfügbaren Informationen zu Notfallvorsorgemaßnahmen konzen-



Bundesinnenminister Otto Schily lässt sich Darstellung und Handhabung des Systems erläutern. (Foto: U. Schulz)

Übermittlung von Informationen waren oft Ursache für diese Schwierigkeiten. Auch in der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, dass bei großen Katastrophen die notwendigen Informationen nicht oder nicht zeitgerecht zur Verfügung standen.

triert anzubieten. Sehr viele Informationen stehen heute zu drohenden Gefahren bei Naturkatastrophen oder durch Menschen verursachte Katastrophen und Unglücksfälle sowie zu Vorsorge- und Abwehrmaßnahmen im Internet zur Verfügung. Es ist mühsam



und zeitaufwändig, diese Informationen über die bekannten Internet-Suchmaschinen zu finden.

stehen heute dem Nutzer mehr als 2.000 Links zu Internetseiten zur Verfügung. Hier findet er Hintergrundinforma-

wehr. Darüber hinaus sind auch Merkblätter und weitere Informationen der Zentralstelle für Zivilschutz verfügbar.

Seit dem 15. Mai 2002 ist deNIS online für alle Internetnutzer verfügbar. Bis heute wurden rund 410.000 Zugriffe registriert. Während des Elbehochwassers hat sich gezeigt, dass die durchschnittlichen Zugriffe von ca. 800 bis 1.000 pro Tag auf knapp 10.000 Zugriffe gesteigert wurden.

Die 2. Ausbaustufe deNIS

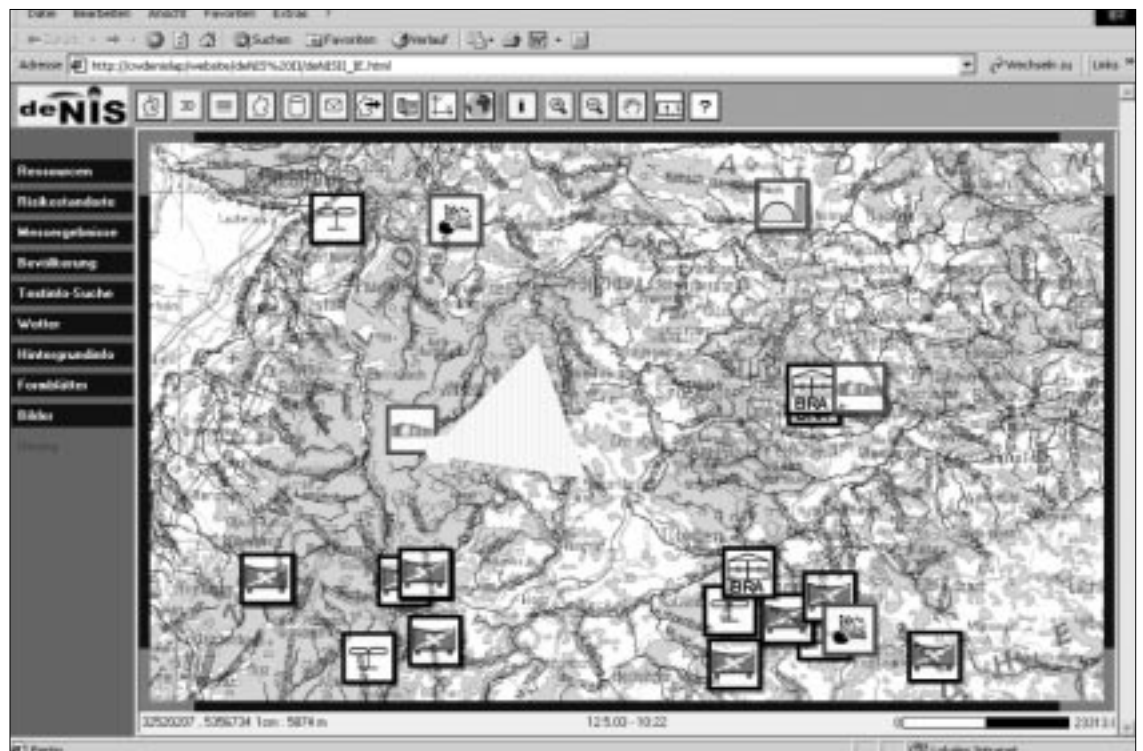
Zurzeit befindet sich eine weitere Ausbaustufe des deNIS im Aufbau. Ziel dieses Informationssystems ist es, ein Netzwerk im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes aufzubauen, um das Krisenmanagement bei außergewöhnlichen Gefahren- und Schadenslagen zu unterstützen. Hierzu sollen Daten von Bundesressorts, Ländern, Instituten und internationalen Institutionen zentral zusammengefasst, auf-



Das Internetportal „deNIS“ ist bereits online und erreichbar unter www.denis.bund.de.

Die Mitarbeiter der deNIS-Projektgruppe haben mehrere tausend Internetseiten recher-

tionen zu Katastrophen, Hinweise für die Bevölkerung über Vorsorgemaßnahmen und



Beispielhafte Darstellung von Hilfeleistungs- und Risikopotenzialen in deNIS II.

chiert und auf Eignung geprüft. Über die Internetadresse: www.denis.bund.de

Verhaltensregeln bei Gefahren sowie Erfahrungsberichte über Maßnahmen zur Gefahrenab-

bereitet und berechtigten Bedarfsträgern zur Verfügung gestellt werden. Zu diesen Daten

gehören Informationen über personelle, materielle und infrastrukturelle Hilfeleistungspotenziale aber auch über Standorte risikobehafteter Anlagen.

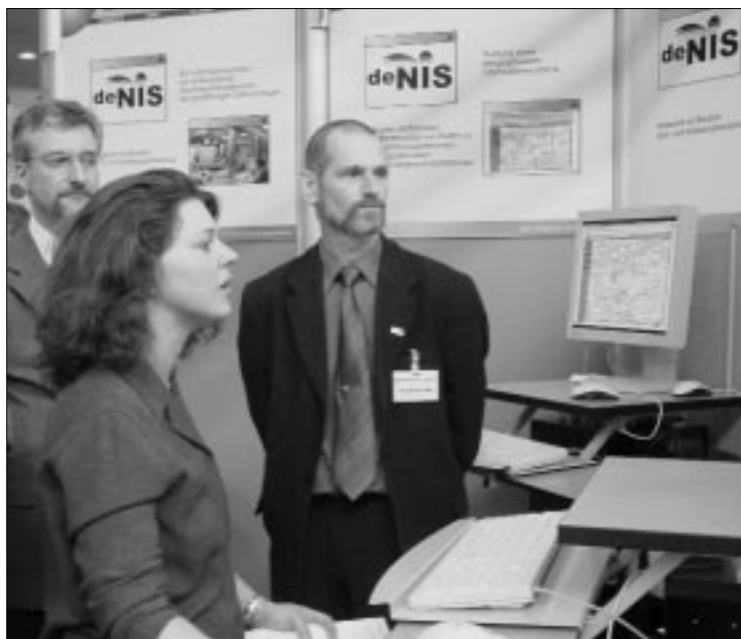
Da hierbei auch vertrauliche Informationen ausgetauscht

tral zusammenzuführen, um sie den Entscheidungsträgern zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollen diese Daten aber auch für die Unterstützung des Krisenmanagements bei großflächigen Gefahrenlagen aufbereitet werden. Hierzu

ner Übung durchgeführt werden. Anschließend werden die Informationsinhalte in dieser zentralen Datenbank erweitert. Sobald ein ausreichendes Informationsangebot zur Verfügung steht, werden die einzelnen berechtigten Bedarfsträger sukzessive an deNIS II angeschlossen.

Abschließend ist festzustellen, dass mit dem deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem den Entscheidungsträgern bei Bund und Ländern eine wichtige Plattform bereitgestellt wird, um das Krisenmanagement bei großflächigen Gefahrenlagen zu unterstützen. deNIS II soll durch die Bereitstellung der vernetzten Informationen die Risikoabschätzung und das Ressourcenmanagement auf der oberen Entscheidungsebene erleichtern. Insbesondere soll die Beurteilung der Lage hinsichtlich der rechtzeitigen Anforderung weiterer Hilfeleistungspotenziale oder von Engpassressourcen aus Nachbarländern oder des Bundes erleichtert werden.

Insgesamt leistet der Bund mit dem deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem einen wichtigen Beitrag zum eGovernment im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes.



Die parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern, Ute Vogt, ließ sich ebenfalls von Mitarbeitern der ZfZ das System erläutern. (Foto: Nadja Schmid)

werden, wird dieses System nur einem eingeschränkten Benutzerkreis zur Verfügung stehen. Hierbei handelt es sich um Entscheidungsträger bei Bund und Ländern, die bei einer großflächigen Gefahrenlage tätig werden. Zu diesem geschlossenen Benutzerkreis zählt die Interministerielle Koordinierungsgruppe, die aus Vertretern der Bundesressorts und der Länder besteht und bei großflächigen Gefahrenlagen zusammentritt. Darüber hinaus werden auch die Lagezentren der Innenministerien der Länder und die obersten Katastrophenschutzbehörden der Länder Zugang zu deNIS II erhalten.

Wichtige Informationen zu Hilfeleistung- und Risikopotenzialen sind weit verstreut bei Spezialbehörden vorhanden. Wie bereits erwähnt, wird eine wichtige Aufgabe von deNIS II sein, diese Daten zen-

triert deNIS II ein geographisches Informationssystem. Kernelement dieses Systems ist eine interaktive Bildschirm-Lagekarte. Vor einem geographischen Hintergrund sollen mit diesem System Informationen über ein Ereignis, über die zur Verfügung stehenden Hilfeleistungspotenziale sowie über weitere Risikopotenziale auf einer Bildschirm-Lagekarte eingeblendet werden können.

Wie ist der aktuelle Aufbaustand deNIS II ?

Mitte Dezember 2002 wurde ein erster Prototyp des deNIS II fertiggestellt. Die Entwicklung der Software soll Anfang Juni 2003 abgeschlossen werden. Nach den einzelnen Abnahmetests soll Mitte des Jahres ein Pilotbetrieb durchgeführt werden. Der Pilotbetrieb dient der Evaluierung des Systems. Er soll mit einzelnen Bedarfsträgern im Rahmen ei-

Heute schon geklickt?

www.denis.bund.de

deNIS

Deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem

ABC-Erkundungsübung

Erste überregionale Übung im Landkreis München

von Dr. R. Plinninger, H. Hübl, Ch. Alheim, Ch. Uhl und G. Deissenböck

Einführung

Am 29. März haben in einer vom ABC-Zug München-Land ausgearbeiteten Einsatzübung drei ABC-Erkundungskomponenten aus dem Regierungsbezirk Oberbayern das Erkunden größerräumiger ABC-Schadenslagen mit dem ABC-Erkundungsfahrzeug (ABC-ErkKW) geübt. Die Kräfte setzten sich dabei aus den ABC-Erkundungskomponenten der Landeshauptstadt München (Freiwillige Feuerwehr München/Stadtmitte), des Landkreises Mühldorf (ABC-Zug Mühldorf) und des Landkreises

gesetzte Messtechnik beherrschten, sondern insbesondere auch zeigen, dass sie in der Lage sind, mehrere Erkundungstrupps parallel zu führen, sich in unbekanntem Terrain zu orientieren, Orts- und Messdaten präzise zu übermitteln und diese Messdaten zu protokollieren und auszuwerten.

Generelle Übungsziele

Die eingesetzten ABC-Messhelfer sollten unter einsatzähnlichen Bedingungen üben

- sich mit Hilfe von Zielkoordinaten, Ortsbeschreibungen und topographischen

- Wetterhilfs- und andere ABC-Erkundungsmeldungen abzusetzen und
- Fahrzeug und Personal nach Einsatz zu dekontaminieren.

Die in der Messleitung eingesetzten Führungsdienstgrade sollten unter einsatzähnlichen Bedingungen üben:

- einen funktionsfähigen und effektiven Einsatzabschnitt „Messleitung“ mit überörtlichen ABC-Führungsdienstgraden zu bilden,
- erste Ausbreitungsabschätzungen durchzuführen,
- ein taktisch sinnvolles Konzept für die ABC-Erkundung zu entwerfen,
- drei ABC-Erkundungstrupps zu führen,
- ABC-Erkundungsmeldungen zu dokumentieren und
- ABC-Erkundungsmeldungen zu interpretieren und eine Lagekarte zu erstellen.

Die Dekontaminationsgruppe sollte unter einsatzähnlichen Bedingungen üben, einen behelfsmäßigen Dekontaminationsplatz P & G zu errichten und zu betreiben.

Ausgangslage und Übungssimulation

Die Übung ging von folgendem Schadensszenario aus: „Ein 4-strahliger Transportflugzeug russischer Bauart auf dem Weg von Sofia nach London meldet um 07:10 über den Alpen Notlage. Die Maschine wird zum Notabstieg auf den Flughafen MUC umgeleitet. Beim Anflug stürzt die Maschine gegen 07:35h im Osten von München auf spärlich bewohnten Gebiet ab. Die letzten Funkverbindungen mit der Crew lassen befürchten, dass



Kartenstudium in der Messleitung.

München (ABC-Zug München-Land) sowie einer Dekontaminationsgruppe des ABC-Zuges München-Land zusammen. Die eingesetzten Führungskräfte und Messhelfer mussten im Rahmen dieser bayernweit bisher wohl einzigartigen Übung nicht nur unter Beweis stellen, dass sie die ein-

Karten in einem größtenteils unbekanntem Einsatzgebiet zu bewegen,

- mit der Ausstattung des ABC-ErkKW Messungen auf radioaktive oder chemische Substanzen durchzuführen,
- Proben zu entnehmen,
- Wetterhilfsbeobachtungen durchzuführen,

das Transportflugzeug unter anderem radioaktive Präparate und/oder chemische Munition geladen hatte. Um 07:45h werden im Rahmen eines Großalarms die ABC-Erkundungskomponenten München-Land, München-Stadt und Mühldorf-Land alarmiert. Die Absturzstelle wurde großräumig (Radius 10 km) abgesperrt.“ Das zunächst problematisch zu erkundende, undif-

ABC-Lageschablone eingezeichnet (Abb. 1). Zusätzlich zu den auf der Schablone angegebenen Dosisleistungsmesswerten, die die eingesetzten Trupps mit Hilfe des radiologischen Systems (FH40G/NBR-Sonde) ermitteln würden, waren Alpha-/Beta-Kontaminationen (Messergebnisse mit Minicont-Kontaminationsnachweisgerät) der Erdoberfläche sowie eine von der Absturzstelle aufsteigende,

sanlage, Kartensoftware und Gefahrgutdatenbanken zur Verfügung, das von zwei Sprechfunkern des ABC-Zuges besetzt wurde. Nachdem der Messleitung um 09:15h die Ausgangslage geschildert worden war, ergingen von der Einsatzleitung (ÖEL) folgende Aufträge:

- Erkunden Sie, ob bei dem Absturz gefährliche Stoffe,

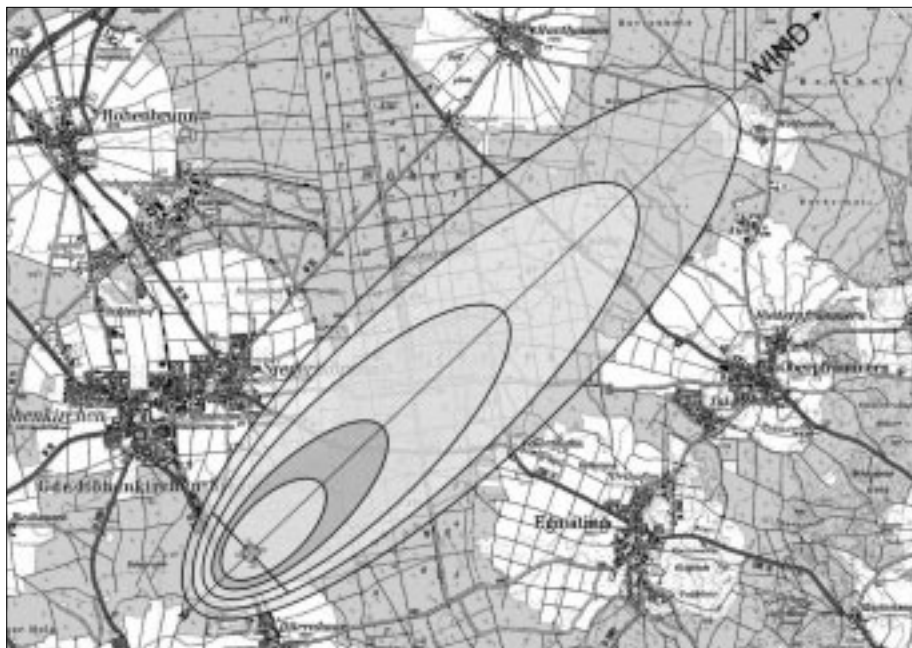


Abb. 1:
TK 50 mit aufgelegter ABC-Lageschablone. Den verschiedenfarbigen Zonen wurden Dosisleistungsmesswerte (Messergebnis des radiologischen Systems FH40G/NBR-Sonde) und Alpha-/Beta-Kontaminationen (Messergebnisse mit Minicont-Kontaminationsnachweisgerät) zugeordnet.

ferenzierte ABC-Szenario wurde im Laufe der Übung gegen 09:40h konkretisiert und in eine reine A-Schadenslage überführt.

Die Absturzstelle wurde am Ortsrand der Ortschaft Dürnhaar, im Südosten des Landkreises München, angenommen. Bei Verwendung der vorherrschenden Windzugrichtung Nordost konnte so im „Höhenkirchener Forst“ ein Übungsareal genutzt werden, das einerseits ein gut erschlossenes Wegenetz bot, andererseits aber minimale Beeinträchtigung von Straßenverkehr und Bevölkerung erwarten ließ.

Die fiktiven Messergebnisse sowie weitere Beobachtungen wurden den Erkundungstrupps von einem auf dem Fahrzeug mitfahrenden Übungsleiter anhand einer

tiefschwarze Rauchfahne beschrieben. Die Sichtbarkeit dieser Rauchfahne entsprach etwa der gelben Zone auf der Lageschablone. An der Absturzstelle selbst waren (fiktiv) das brennende Flugzeugwrack sowie zahlreiche Sekundärexplosionen und um den Rumpf herum verstreut liegende Munitionskisten und Container zu beobachten.

Ablauf der Übung

Durch drei Führungsdienstgrade der Erkundungskomponenten wurde um 09:00h eine Abschnittsleitung „ABC-Erkundung“ („Messleitung“, Abb. 2) gebildet. Dieser Messleitung stand als mobile Einsatzzentrale das ABC-Führungsfahrzeug des ABC-Zuges München-Land mit Kommunikationsausstattung, PC, Wettermes-

insbesondere radioaktive oder C-Kampfstoffe, freigesetzt wurden.

- Im Falle einer Freisetzung gefährlicher Stoffe erstellen Sie eine Prognose für die Anpassung des derzeitigen Absperrgebietes, konkretisieren Gefahrstoff(e) und Gefahrengebiet und führen eine provisorische Absperrung des kontaminierten Gebietes durch.
- Informieren Sie die Einsatzleitung umgehend insbesondere über gefährdete Siedlungen und Wohngebiete sowie abzusperrende Straßen oder Bahnlinien.

Nachdem eine erste Abschätzung der Großwetterlage mit Hilfe der Windmessanlage des ABC-Führungsfahrzeuges und einer Anfrage an den Deutschen Wetterdienst er-

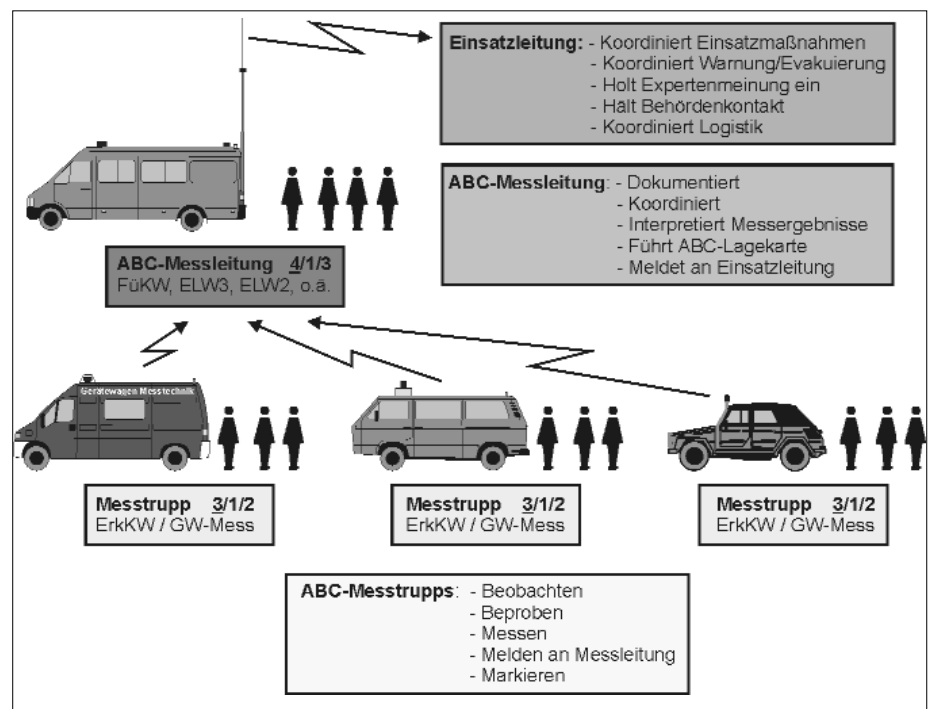
Aus der Praxis

folgt war, wurde eine grobe Ausbreitungsabschätzung unter Verwendung des Kats-Tabellenwerks (ehem. Kats-DV 113) erstellt. Um 09:30h ergingen Erkundungsbefehle an die drei Erkundungsfahrzeuge, die folgende wesentliche Punkte

Nachdem die Trupps gegen 10:00h aus drei Richtungen kommend an das Einsatzareal herangeführt worden waren, wurden bis ca. 12:15h Messfahrten im Übungsareal durchgeführt. Von der Messleitung wurden darüberhinaus 2 Wet-

Einsatz eines Hubschraubers (Polizei/Bundeswehr) zur großräumigen Aufklärung, die Anforderung eines Verbindungsoffiziers der Bundeswehr vor allem zur Vorbereitung des Einsatzes von Berge- und Pioniergerät und zur Fachbera-

Abb. 2:
Schematischer Aufbau der beübten Führungsstruktur (aus: Pflünger, et. al., 2003)



umfassten:

- Einsatzraum, bzw. anzufahrende Messpunkte
- Spürart: Erkundung mit KFZ
- Spürverfahren „Umgehen“ (Rückzug / sofortiger Stop bei positivem Messergebnis)
- Inbetriebnahme aller verfügbarer radiologischer und chemischer Messgeräte
- persönliche Schutzausstattung der Truppmitglieder: Einsatzschutzanzug, persönliche Dosimetrie
- Rückmeldungen bei positiven Messergebnissen oder besonderen Beobachtungen über 4m-Funk

Insbesondere die Möglichkeiten der persönlichen Schutzausrüstung der Trupps (fiktiver Einsatz von Atemschutzvollmasken für die Fahrzeugführer) wurden zu diesem Zeitpunkt als problematisch beurteilt und kontrovers diskutiert.

terhilfsbeobachtungen sowie die Entnahme von einigen Luft- und Bewuchsproben zur externen Untersuchung angeordnet. Die eingespielten, zusätzlichen Beobachtungen, wie Lage und Zugrichtung der von der Absturzstelle ausgehenden Rauchwolke dienten darüberhinaus als Anhaltspunkt für das weitere Annähern an die Schadensstelle.

Gegen 10:00 Uhr ergingen an die ÖEL Empfehlungen für Warnhinweise an die Bevölkerung über Radio, Ortsvorschläge für einzurichtende Bereitstellungsräume weiterer Katastrophenschutzkräfte sowie Empfehlungen für abzusperrende Bundesstraßen und Bahnlagen. Eine Evakuierung wurde für rd. 15 Personen eines nahegelegenen Weilers erwogen.

Anforderungen, bzw. Anfragen, die von der Messleitung an die ÖEL/FÜGK gestellt wurden, umfassten u. a. den

tion hinsichtlich im Flugzeug transportierter Munition, den Einsatz eines Messtrupps einer Werkfeuerwehr mit zusätzlichem Neutronenstrahlungsmessgerät sowie die Einrichtung eines kombinierten K-Nachweis/Dekontaminationsplatzes P&G.

Im kombinierten K-Nachweis- & Dekontaminationsplatz für Gerät und Personal wurden folgende Stationen eingerichtet:

- Grobdekontamination der rückkehrenden Erkundungsfahrzeuge mit Rückentragespritze (Möglichkeit der Zumischung von Detergenzien) und Hochdruckdampfstrahlgerät HDS 1200 BK auf einer provisorisch mit Plane ausgelegten Fläche.
- Abstellplatz, auf dem die Fahrzeuge bis zur Klärung der weiteren Kontamination/Dekontamination, vor allem auch im Innenbereich verblieben wären.

- Aussteigen der ErkKW-Besatzung und Durchführen eines Kontaminationsnachweises.
- Ablegen der Schutzbekleidung und Ganzkörperdusche in der Dekon-P-Anlage.

Fazit

Großräumige ABC-Schadenslagen können leicht Ausmaße erreichen, in denen der überörtliche und integrierte Einsatz benachbarter ABC-Erkundungskomponenten notwendig wird. Die Einsatzübung vom 29. März hat bewiesen, dass der gemeinsame Einsatz benachbarter ABC-Komponenten erfolgreich möglich ist. Alle Übungsziele wurden nach einhelliger Meinung erreicht. Folgende Einzelpunkte sind als Fazit der Übung besonders hervorzuheben:

- Die Zusammenarbeit dreier Führungskräfte aus verschiedenen Einheiten funtionierte reibungslos und effizient,
- Die technischen Voraussetzungen für die Führung von drei unabhängig voneinander eingesetzten Erkundungstrupps sind mit dem von der Kommunikationsausrüstung einem ELW 2 entsprechenden Führungsfahrzeug gegeben,
- Die Einsatzorts- und Positionsübermittlung mittels Kombination aus geographischen Daten und UTM-Koordinaten hat sich als effektiv und problemlos herausgestellt. Auf den Einsatz von UTM-Koordinaten wird vor allem in mit wenig markanten Orientierungspunkten ausgestatteten Gebieten nicht verzichtet werden können.
- Die Dokumentation der Messergebnisse in einem Einsatztagebuch war von den beiden Sprechfunkern zu bewältigen.
- Die ABC-Lagedarstellung wurde auf topographischen Karten 1:50.000 mit aufgelegten Transparentfolien und verschiedenfarbigen Folienmarkern geführt. Als nützliche Hilfsmittel haben

sich zudem Entfernung- und Winkelschablonen sowie Kartenwinkelmesser und Planzeiger bewährt.

- Die Technik der ABC-ErkKW wurde von allen Messtrupps beherrscht. Auch Wetterhilfsbeobachtungen und Probennahmen an Bewuchs und Luft wurden zufriedenstellend bewältigt.
- Die beschriebene Übungssimulation mit Hilfe von fiktiven Messergebnissen, die von Übungsleitern auf den Fahrzeugen eingespielt wer-

persönlicher Schutzbekleidung erfolgen. Obwohl die Verwendung einer Atemschutzvollmaske vor allem für den Fahrzeugführer als problematisch eingestuft wurde, wird im Realeinsatz auf diesen Mindestschutz kaum verzichtet werden können.

- Während mit dem im ABC-ErkKW vorhandenen radiologischen Messsystem Gamma-Dosisleistungen gut detektiert und permanent überwacht werden können,



Dekon-G eines ABC-ErkKW nach erfolgreichem Einsatz.

(Fotos: Pflininger)

den, hat sich als effizient und zielführend erwiesen.

Probleme und Möglichkeiten

Folgende taktische und technische Probleme beim großräumigen Erkundungseinsatz sind während der Übung von den Teilnehmern erkannt worden:

- Eine unbekannte A- oder C-Schadenslage ist nahezu unmöglich zu erkunden und erfordert äußerste Vorsicht bei der Annäherung.
- Die ErkKW verfügen nicht über gasdichte Innenräume, über die Lüftung können Schadstoffe aus der Umgebung ins Innere der Fahrzeuge gelangen. Der Schutz des Erkundungstrupps muss daher zwangsläufig unter

ist das Aufspüren von Alpha-/Beta-Kontaminationen nur im abgesetzten Einsatz mit Minicont möglich. Eine abgesetzte Messung birgt jedoch eine erhöhte Kontaminationsgefahr für Besatzung und Fahrzeuginneres.

- Der Nachweis der hinsichtlich ihrer biologischen Wirkung problematischen Neutronenstrahlung ist mit keinem der mitgeführten Messgeräte möglich.
- Die Dekontaminationsfähigkeit der ABC-ErkKW ist vor allem im Innenraum als problematisch einzustufen. Der komplexe ABC-Messcontainer mit PC und Drucker sowie die handelsübliche Lüftung sind nicht oder nur sehr eingeschränkt dekontaminierbar.

Aus der Oderflut nichts gelernt?

Gemeinsame Auswertungsveranstaltung von SKK und AKNZ

von Dr. Jan Kämpen, AKNZ

Nach anhaltenden intensiven Regenfällen wurde der Osten Deutschlands im vergangenen Sommer von einer Flutkatastrophe heimgesucht, die das vermeintliche Jahrhundert-Ereignis Oderhochwasser 1997 völlig in den Schatten gestellt hat. Weißeritz, Müglitz und Mulde wurden zu reißenden Gewässern, und bald darauf stiegen auch die Elbpegel.

Vergessen wird oft, dass kurz zuvor auch schon die Donau über die Ufer getreten war; doch da dies - ähnlich

staatsanwaltschaftlicher Prüfung. Und obwohl die Fluten Sachsen-Anhalt mit deutlicher Verzögerung erreichten, wurde auch hier noch manche Kommune von den Fluten „überrascht“.

Die Nachbereitung

Am 11. und 12. April 2003 trafen sich rund 80 Führungskräfte im Steigenberger-Hotel Bad Neuenahr zur „Gemeinsamen Auswertung des Elbehochwassers 2002 von SKK

Analysen erstellt, und auch die von der Sächsischen Staatsregierung eingesetzte unabhängige Kommission unter General a.D. Hans-Peter von Kirchbach hatte ihre Arbeit noch im vergangenen Jahr abgeschlossen.

In Bad Neuenahr waren aber erstmals alle Beteiligten an einem Tisch: leitende Beamte aus den zuständigen Innenministerien, Kreisbrandmeister und andere Feuerwehrleute aus den betroffenen Kommunen, daneben Vertreter des Technischen Hilfswerkes, aller Hilfsorganisationen, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr.

Die Plenarsitzung

Nach Grußworten des Vorsitzenden der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz, dem früheren Kölner Oberbürgermeister Dr. h.c. Norbert Burger, von Ministerialdirigent Klaus-Hennig Rosen aus dem Bundesinnenministerium und von Ministerialrat Armin Klab als Vertreter des AFKzV stellte Dietrich Lämpke, Leiter der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz, den geplanten Verlauf der Veranstaltung vor.

Dabei waren zunächst Berichte aus Sachsen und Sachsen-Anhalt vorgesehen.

Ministerialrat Karl Bey aus dem sächsischen Innenministerium rief noch einmal den Verlauf der Hochwasserkatastrophe in Erinnerung und

**Ministerialdirigent
Klaus-Hennig
Rosen (BMI)
begrüßte die
Teilnehmer.**



wie an Rhein und Mosel - mit einiger Regelmäßigkeit geschieht, waren die Bayern auf das Hochwasser weitgehend vorbereitet.

Anders im Freistaat Sachsen. Alle Verantwortlichen gaben im Kampf gegen die unerwarteten Fluten sicherlich ihr Bestes - gleichwohl stehen viele Entscheidungen nun unter

und AKNZ“, um die Defizite in der Bekämpfung der Fluten herauszuarbeiten und Maßnahmen zu strukturellen Verbesserungen vorzuschlagen.

Diese Veranstaltung war nicht die erste ihrer Art - z.B. hatten der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) oder das Technische Hilfswerk (THW) für ihren Bereich bereits früher

verdeutlichte, vor welchen Herausforderungen die Verantwortlichen gestanden haben: Am 16. August waren allein in Dresden über 61.000 Men-

Dietrich Löpke, Leiter der AKNZ, erläuterte den Verlauf der Veranstaltung.



Die Arbeitsgruppen

Im Anschluss an die Plenarsitzung bildeten die Teilnehmer dann fünf Arbeitsgruppen

sollten Lösungswege zur Beseitigung dieser herausgearbeiteten Defizite vorgeschlagen werden.

Führung und Einsatzleitung

Von der ersten Gruppe wurde die Forderung erhoben, dass die DV 100 konsequenterweise in allen Ländern für die Feuerwehr und den Katastrophenschutz verbindlich einzuführen ist. Im Gegensatz zur DV 100 der Polizei zeigt die FwDV 100 eine geringere Regelungstiefe; hier stellte sich die Frage, ob Teile der Vorschrift nicht konkretisiert oder zumindest kommentiert werden sollten.

Wesentliche Bedeutung wird künftig der Aufgabe zufallen, einen besseren Informationsaustausch zwischen den parallelen Führungsstrukturen der einzelnen Organisationen zu gewährleisten. Noch besser wäre es natürlich, die parallelen Strukturen von vornherein enger zu verknüpfen.

Um die Schichtfähigkeit der einzelnen Führungsebenen sicherzustellen, ist mehr qualifiziertes Personal erforderlich.

schen von Evakuierungen betroffen, darunter auch das Dresdner Uniklinikum und zahlreiche Altenpflegeheime. Knapp 30.000 Häuser wurden durch die Fluten beschädigt oder fielen ihnen ganz zum Opfer, ebenso 180 Brücken, 740 km Straßen und 540 km Schienenwege.

Zur Verbesserung der Gefahrenabwehr sollen nun Strukturen auf den Prüfstand gestellt, Zuständigkeiten vereinfacht sowie Führungseinrichtungen und besonders die Warnung der Bevölkerung verbessert werden.

Hartmut Eipper aus dem Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt stellte anschließend dar, welche Schäden die Flut im weiteren Verlauf der Elbe angerichtet hatte.

Auch dort bestand kein Mangel an Einsatzkräften; zum Teil verloren allerdings örtliche Einsatzleitungen oder sogar die Regierungspräsidien den Überblick, welche Kräfte wo eingesetzt waren und welche wo benötigt wurden. Eipper konstatierte auch, dass der Ausbildung im Katastrophenschutz vielerorts nicht die erforderliche Beachtung geschenkt worden war.

und setzten sich näher mit den folgenden Problemfeldern auseinander:

1. Führung und Einsatzleitung
2. Eingesetzte Ausstattung
3. Überregionale Kräfte
4. Zusammenwirken der BOS
5. Führungsausbildung



Blick in den Tagungsraum während der Plenarsitzung.

Dabei galt es herauszuarbeiten, welche Aspekte des jeweiligen Problemfeldes sich in den Elbe-Einsätzen bewährt haben und welche Defizite zu erkennen waren. Anschließend

Eingesetzte Ausstattung

Die zweite Gruppe beschäftigte sich zunächst mit der persönlichen Ausstattung der eingesetzten Helfer und stellte

fest, dass die übliche Schutzkleidung nach der EN 469 nicht für Sonderlagen (wie eben eine Hochwasserbekämpfung im Hochsommer) geeignet ist.

Eine geeignete Einsatzkleidung muss der jeweiligen Lage und der vorherrschenden Witterung anzupassen sein. Darüber hinaus sollte für längerfristige Einsätze ausreichend Kleidung zum Wechseln vorgesehen werden.

Die Unterbringung der Einsatzkräfte wird auch künftig oftmals nur in Feldlagern möglich sein; die hierfür erforderliche Ausstattung muss schneller verfügbar sein. Ein

und ein einheitliches Kartenmaterial für unverzichtbar angesehen.

Überregionale Kräfte

In der dritten Arbeitsgruppe wurde die Frage diskutiert, ob nicht oberhalb der Großschadenslage der Begriff einer "nationalen Katastrophe" definiert werden sollte, um einheitliche Anforderungswege und Mindestanforderungen für überörtliche Kräfte festzulegen. Dass Politiker Einheiten an den Einsatzleitungen vorbei aus ihren Partnerstädten anfordern, muss künftig unterbunden werden.



Arbeit in den Arbeitsgruppen.

(Fotos: Dieter Franke)

Vorschlag der Gruppe war, diese Gegenstände in den einzelnen Bundesländern an zentraler Stelle einzulagern.

Beklagt wurde die mangelnde Geländegängigkeit der Einsatzfahrzeuge; die Flutkatastrophe hat gezeigt, dass Straßen auch in zivilen Einsatzlagen großflächig unpassierbar werden können. Für den Transport der Ausstattung und der Hilfsgüter werden zudem mehr Transportmittel mit Ladebordwand oder Ladekran für nötig gehalten.

Darüber hinaus wurden digitale Kommunikationsmittel

Das Informationssystem deNIS und das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) werden als Möglichkeit gesehen, verfügbare Kapazitäten festzustellen.

Zusammenwirken der BOS

Die vierte Gruppe kam zu dem Ergebnis, dass die Probleme zwischen den einzelnen Organisationen zumeist personenabhängig sind und oftmals auf mangelnder Kenntnis und Wertschätzung der Partner beruhen.

Der persönliche Kontakt und die Einübung der Zusammenarbeit werden als Garant für eine erfolgreiche Einsatzbewältigung angesehen.

Augenmerk legte die Gruppe auch auf die Integration der Spontanhelfer, die - unter geeigneter Anleitung - eine wertvolle Unterstützung darstellen können.

Führungsausbildung

Nach Einschätzung der fünften Gruppe hat sich die bisherige Führungsausbildung prinzipiell bewährt. Allerdings besitzt der Katastrophenschutz gegenüber dem „Tagesgeschäft“ immer noch einen viel zu geringen Stellenwert.

Regelmäßige Fortbildungen, z.B. in Form von Übungen (auch über mehrere Führungsebenen!) sind unerlässlich.

Weitaus größere Bedeutung als bisher muss schließlich der richtigen Auswahl der Führungskräfte beikommen. Dabei ist auch die Sozialkompetenz der Agierenden zu berücksichtigen.

Das Fazit?

Ruft man sich vor diesem Hintergrund nun noch einmal die Forderungen in Erinnerung, die nach der Oderflut von 1997 erhoben wurden, so wird man in den wesentlichen Punkten - erschreckt - Übereinstimmung feststellen und sich fragen, warum sich in den fünf Jahren zwischen den beiden Katastrophen so wenig verbessert hat.

Abgesehen von der uneinheitlichen Rechtslage und einem immer geringeren finanziellen Spielraum beobachtet man - auf allen Ebenen - leider auch, dass bereits nach kurzer Zeit das Vergessen einsetzt und die Aufmerksamkeit anderen, vermeintlich aktuelleren Themen geschenkt wird. Muss erst das nächste Hochwasser kommen?

Prävention im Einsatzwesen

Forschungsvorhaben zur Psychosozialen Belastung von Einsatzkräften

von Dipl.-Psych. Marion Krüsmann, München

Die Ausgangssituation

Seit langem ist unbestritten, dass in der Bevölkerung nach schweren Unfällen oder Gewalttaten erhebliche psychische Stressreaktionen auftreten können. Dass sich die gleichen Reaktionen auch bei Einsatzkräften der Polizei, der Feuerwehren oder der Rettungsdienste und des Technischen Hilfswerkes zeigen können, wurde dagegen weitgehend ignoriert.

Zunehmend wendet sich die Aufmerksamkeit in den letzten 15 Jahren auch denjenigen Personen zu, die durch ihre berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit den unmittelbaren Begleitumständen von Unfällen und Katastrophen konfrontiert sind, oder – im Extremfall – durch lebensbedrohliche Einsätze direkt betroffen sind. Es wird zunehmend berücksichtigt, dass das Miterleben von Extremsituationen, wie auch die Verantwortung für das Leben anderer, eine ernsthafte psychosoziale Belastung darstellen kann.

Um diesen berufsbedingten Erkrankungen präventiv zu begegnen, haben sich in den letzten Jahren unterschiedliche Konzepte zur primären und sekundären Prävention im Einsatzwesen entwickelt. Dies in erheblichem Ausmaß durch selbstgesteuerte Initiativen betroffener Einsatzkräfte oder Hilfsorganisationen.

Kollegiale Betreuungsangebote

So entstanden im Rahmen von primärer Prävention eine

Vielzahl kollegialer Betreuungsangebote und die Thematik wurde in Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen referiert, wobei einheitliche Konzepte zur Integration dieser Angebote weder auf Länderebene noch auf Bundesebene eingeführt sind.

Die Betreuung von Einsatzkräften nach belastenden Ereignissen, also die sekundäre Prävention, haben bundesweit einige, meist organisationsübergreifende, Nachsorgeteams übernommen. Diese sind mittlerweile zu einem festen Bestandteil in der psychosozialen Versorgung geworden. Die meisten deutschen Teams für die psychosoziale Unterstützung der Einsatzkräfte wenden ein einfaches und praktikables Konzept an, das bei amerikanischen Feuerwehren und Rettungsdiensten entstanden und schon seit längerem von der UNO offiziell anerkannt ist. Das CISM-Konzept (Critical Incident Stress Management) geht grundsätzlich von der Annahme aus, dass belasteten Einsatzkräften am besten von erfahrenen Kollegen geholfen werden kann. Dazu wird geeignetes, internes Personal in psychologischen Grundlagen geschult, um selbst in Ausbildungsmaßnahmen die Bewältigungskompetenz der Helfer zu erhöhen und durch Betreuungsmaßnahmen vor, in und nach belastenden Einsätzen die Belastungen zu reduzieren, Erkrankungen zu erkennen und weiterführende Hilfe zu organisieren.

Die vielleicht bekannteste Maßnahme des CISM ist das

sogenannte „Debriefing“, ein nach festen Regeln ablaufendes Gruppengespräch zwischen den belasteten Helfern und den psychologisch geschulten Kameraden (Peers). Geleitet wird das Debriefing von einer psychosozialen Fachkraft, meist einem Psychologen, einem Notfallseelsorger oder einem speziell ausgebildeten (Fach-)arzt.

Das CISM-Konzept ist weltweit verbreitet und wird wegen seiner klaren und einfachen Struktur nach Katastrophen verwendet, allerdings ist die spezifische Wirksamkeit dieser Intervention – sofern sie als isolierte Massnahme eingesetzt wird – nicht eindeutig belegt und wird kontrovers diskutiert¹.

Praxisnahe Prävention

Über die langfristigen protektiven Auswirkungen der unterschiedlichen Konzeptionen zur primären und sekundären Prävention ist insgesamt gesehen noch zu wenig differenzielles und praxisorientiertes Wissen bekannt. Um offene

¹ Mayou, R.A., Ehlers, A. & Hobbs, M. (2000). Psychological debriefing for road traffic accident victims. *British Journal of Psychiatry*, 176, 589-593.

Lewis, S.J. (2001). Do one-shot preventive interventions for PTSD work? A systematic research synthesis of psychological debriefings. *Aggression and Violent Behavior*, 7, 1-15.

v. Emmerik, A.A.P., Kamphuis, J.H., Hulsbosch, A.M. & Emmelkamp, P.M.G. (2002). Single session debriefing after psychological trauma: a meta-analysis. *The Lancet*, 360, 766-771.

Everly, G.S., Flannery, R.B., & Eyer, V.A. (2002). Critical Incident Stress Management (CISM): A statistical review of the literature. *Psychiatric Quarterly*, 73(3), 171-182.

Fragen klären zu können, hat daher das Bundesministerium des Innern im laufenden Jahr drei bundesweite Forschungsvorhaben vergeben:

1. Entwicklung eines praxisnahen zielgruppenorientierten Anti-Stress-Trainingsprogramms zur primären Prävention einsatzbedingter Belastungsreaktionen und -störungen auf der Grundlage einer systematischen Untersuchung der Wirksamkeit vorhandener Trainingskonzepte,

ter der Leitung von Prof. Dr. W. Butollo durchgeführt. In den ausgewählten Studienregionen werden sich die Vorhaben auf laufende Programme zur Prävention von Einsatzkräften beziehen und mit bestehenden Gruppen (Nachsorgeteams, Notfallseelsorge, Notfallpsychologie) kooperieren, in Bayern mit Unterstützung des Staatsministeriums des Innern.

Das dritte Forschungsprojekt wird von Frau Prof. Dr. Beerlage, Hochschule Magde-

aber auch andere psychische Störungen nach sich ziehen können. Die Zahlen schwanken allerdings beachtlich und liegen, z.B. im Bereich der Feuerwehren, nur für die Berufsfeuerwehren vor.

Als häufige und folgenschwere Erkrankung ist die Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) zu nennen. Sie beschreibt ein Muster typischer Symptome, wie sie nach einer traumatischen Erfahrung auftreten können, manchmal praktisch unmittelbar danach, manchmal auch erst nach Monaten oder Jahren³.

Trias der Symptome

Posttraumatische Symptome äußern sich vor allem in drei Bereichen:

- als sogenannter Erinnerungsdruck: Die Erinnerung an das traumatische Ereignis kehrt immer wieder und belastet die betroffene Person schwer. So können sich immer wieder die Bilder, Geräusche, Gerüche oder Gefühle aufdrängen, die man erlebt hat. Solche ungebeten, quälenden Vorstellungen werden Intrusionen genannt. Viele Betroffene erleben die Ereignisse in quälenden Alpträumen. Posttraumatisches Wiedererleben äußert sich andererseits auch in psychischen und körperlichen Belastungsreaktionen bei Konfrontation mit solchen Reizen, die an das traumatische Ereignis erinnern.
- als Vermeidungs- und Rückzugssymptome: Es ist verständlich, dass die Betroffenen solche Erinnerungen meiden möchten, berufsbe-



Forschungsteam (v. l.): Dr. C. Schwarz (SFS Geretsried), R. Karl und M. Krüsmann (LMU), P. Klein (SFS Geretsried), Horst Schülke (StMI), Prof. Dr. W. Butollo (LMU) – nicht im Bild die Mitarbeiter M. Schmelzer und A. Müller-Cyran. (Foto: Schülke)

2. Untersuchung bestehender Maßnahmen zur sekundären Prävention (Intervention/Nachsorge) und Entwicklung einer Methodik und eines zielgruppenorientierten Programms zur effektiven sekundären Prävention einsatzbedingter Belastungsreaktionen und -störungen,

3. Entwicklung von Standards und Empfehlungen für ein Netzwerk zur bundesweiten Strukturierung und Organisation psychosozialer Notfallversorgung.

Die ersten beiden Forschungsprojekte werden durch das Department Psychologie, Lehrstuhl für Klinische Psychologie und Psychotherapie der Ludwigs-Maximilians-Universität München (LMU) un-

burg-Stendal, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen durchgeführt.

Die Forschungsvorhaben werden in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Zivilschutzforschung in der ZfZ durchgeführt.

Traumabedingte Störungen im Einsatzwesen

In epidemiologischen Untersuchungen wurde festgestellt, dass Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute ein erhöhtes Risiko aufweisen nach stark belastenden Einsätzen traumabedingte Störungen zu entwickeln². Man fand heraus, dass die Betroffenen Einsatzkräfte psychischen Belastungen ausgesetzt sind, die unbearbeitet posttraumatische Belastungsreaktionen (PTB),

² Wagner, D., Heinrichs, M. & Ehlerl, U. (1998). Prevalence of Symptoms of Posttraumatic Stress Disorder in German Professional Firefighters. *American Journal of Psychiatry*, 155. (12). 1727 - 1732.

Teegen, F. Domnick, A. & Heerdegen, M. (1997). Hochbelastende Erfahrungen im Berufsalltag von Polizei und Feuerwehr Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis, 29. (4), 583 - 599.

³ Butollo, W., Hagl, M. & Krüsmann, M. (1999). Destruktivität und Konstruktivität posttraumatischer Anpassung. München: Pfeiffer.

dingt ist dies aber häufig nicht möglich. Es kann sich in Folge auch bei Einsatzkräften phobisches Vermeidungsverhalten entwickeln. Die Betroffenen versuchen innere und äußere Auslöser (Gedanken, Gefühle) zu vermeiden, aber auch das Sprechen über das Ereignis, und bestimmte Personen, Orte, Situationen und Tätigkeiten. Gerade im Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeit im Rettungswesen, kann dieses Vermeidungsverhalten zu einem Rückzug aus der ehrenamtlichen Tätigkeit führen, der von außen betrachtet nicht als einsatzbedingte Reaktion zu verstehen ist. Neben diesem gezielten Vermeidungsverhalten kann es zu einem allgemeinen Abstumpfen der Gefühle kommen, einem „In-sich-Zurückziehen“. Betroffene können das Interesse an Dingen verlieren, die ihnen früher Freude gemacht haben, ihren Mitmenschen ge-

genüber fühlen sie sich entfremdet.

- als anhaltende Übererregung: Nach einer traumatischen Erfahrung kann sich das Erregungsniveau einer Person dauerhaft ändern (sogenanntes Hyperarousal). Die Betroffenen bleiben regelrecht in der zunächst normalen Aufregung gefangen. Sie sind übermäßig wachsam oder schreckhaft, leiden an Schlafstörungen und Konzentrationsschwierigkeiten. Manche berichten von einer Reizbarkeit, die sie so vorher nicht an sich gekannt haben, sie sind ständig auf dem Sprung und können sich kaum entspannen.

Ausblick

Einsatzbedingte Belastungen können durch psychosoziale Betreuungsangebote reduziert werden, ein wichtiger Effekt präventiver Konzepte. Aber auch einsatzbedingte

Störungen lassen sich, wenn sie erkannt und entsprechend behandelt werden, in einigen Sitzungen psychotraumatologisch orientierter Behandlung, in der Regel heilen. Oft aber werden die Symptome weder von den Betroffenen noch von dem sozialen Umfeld als klinisch manifeste Störungen erkannt. Unbehandelt ziehen sie dann erhebliche Einschränkungen der Lebensqualität, psychosomatische Erkrankungen, familiäre und berufliche Schwierigkeiten, sowie eine Verminderung der Einsatzfähigkeit der betroffenen Einsatzkräfte nach sich. Diese Verläufe sind sicher selten, für die betroffenen Einsatzkräfte aber sind sie quälend auch weil oft über Monate und Jahre keine professionelle Hilfe gefunden wird. Innerhalb präventiver Konzepte kommt dem Erkennen von Störungen innerhalb der Organisation mit dem Einleiten weiterführender professioneller Hilfe somit eine wichtige Rolle zu.

Forschungsprojekt auf freiwillige Teilnehmer angewiesen

Fast 10 Jahre arbeitet das Team in verschiedenen Bereichen des Einsatzwesens bei der psychosozialen Beratung belasteter Einsatzkräfte zusammen. Aus der therapeutischen Behandlung von Einsatzkräften an der Trauma-Ambulanz der LMU-München ist den Mitarbeitern des Teams bekannt, dass langjährige Verschleppung von Symptomen nach belastenden Einsätzen vorkommt, wodurch Lebensqualität und Belastbarkeit bei den betroffenen Personen herabgesetzt sind und sowohl physische als auch psychische Krankheiten (z. B. PTSD) folgen können. Diese unmittelbaren Erfahrungen mit Menschen, die durch ihre Einsatzfähigkeit erkrankten und nicht durch ein entsprechendes Hilfsangebot innerhalb ihrer Organisation aufgefangen wurden, hat im Jahre 1999 zur Anfangskonzeption der hier vorgestellten Forschungsvorhaben beigetragen.

Als Vorbereitung auf die Projekte werden zunächst das Ausmaß der Belastungen, die Bewältigungskompetenzen sowie die bisherigen Erfahrungen mit psychosozialer Betreuung von Einsatzkräften erhoben. Es soll herausgefunden werden, wie verbreitet und wie ausgeprägt Belastungssymptome, gerade bei freiwilligen Helfern sind, damit die beiden Forschungsprojekte zielorientiert durchgeführt werden können.

Dazu werden in den nächsten Monaten Einrichtungen in der Bundesrepublik ausgewählt. Die Einsatzkräfte werden gebeten, Fragebögen auszufüllen und/oder in einem Gespräch ihre Erfahrungen mitzuteilen. Die Teilnahme ist selbstverständlich freiwillig, die Daten werden anonym erhoben und sind nur den Mitarbeitern der Projekte zugänglich. Anschließend werden, im Rahmen des ersten Vorhabens, die gängigen Anti-Stress-Trainingprogramme zur Vorbereitung auf belastende Einsätze mit besonderer Berücksichtigung der Kompetenzen der Einsatzkräfte im Umgang mit den eigenen Möglichkeiten (Ressourcen) in belastenden Situationen erfasst, weiterentwickelt und erprobt.

Das zweite Vorhaben zielt auf die Entwicklung von nachgewiesenen wirksamen Nachsorgemaßnahmen nach belastenden Ereignissen, die den einzelnen Einsatzkräften ermöglichen, das Erlebte angemessen zu verarbeiten.

Bei beiden Forschungsvorhaben sind wir auf die freiwillige Teilnahme der ausgewählten Rettungskräfte angewiesen. Wir möchten, auch durch diesen Beitrag, um eine Teilnahme an den Forschungsvorhaben bitten, da wir nur mit dieser Unterstützung aussagekräftige Ergebnisse erhalten können.

Marion Krüsmann

Neue Aufsätze und Vorschriften

Bundesverwaltungsamt
Zentralstelle für Zivilschutz

Fachinformationsstelle für
Zivil- und Katastrophenschutz

Deutschherrenstraße 93-95

53177 Bonn

**Bitte im
Fensterbriefumschlag
absenden oder
per Fax übermitteln:
01888-358-5808**

Ich bitte um kostenlose Zusendung der unten angekreuzten Titel an meine Anschrift:

Name _____ Vorname _____
Straße _____
PLZ _____ Ort _____
Dienststelle/Firma _____ Funktion im ZS/KatS _____
Tel.nr. für Rückfragen _____

(BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN oder ggf. Stempel verwenden)

**Zivilverteidigungs-, Zivil-
schutz- und Katastrophenschutzrecht**

In: Verhandlungen des Bundesrates : Drucksache 59/03 vom 29.1.2003, 6 Seiten.

In: Schweizerische Feuerwehr-Zeitung (2003), 2, S. 35 - 36

Bestellnummer 2/03/65

Verordnung über die Auskunftspflicht zur Sicherstellung der Versorgung mit Post- und Telekommunikationsdienstleistungen. (Post- und Telekommunikationsauskunftsverordnung - PTK-AuskV) / Verordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

Zivilschutz

Bestellnummer 2/03/83

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz ist operativ.
Neue Strukturen beim Bund

Bestellnummer 2/03/108

„Zivilschutz im Wandel - Herausforderungen, Probleme und Lösungen“ Ausblick in die Zukunft / Friedh. Bartels

In: Rescue 2002 „Bewältigung der Folgen von Terroranschlägen“ - Stuttgart, 2002. 11 Seiten

Hinweis zum Urheberrecht beim Kopienversand:

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie, dass Sie die Kopien nur zum eigenen Gebrauch (§ 53 Urheberrechtsgesetz) verwenden werden.

Behörden fordern die Kopien im Rahmen der Amtshilfe (§ 4 Verwaltungsverfahrensgesetz) an.

Neue Aufsätze und Vorschriften

□ Bestellnummer 2/03/55

Bevölkerungsschutz in Deutschland. Schily: Menschen erwarten enge Zusammenarbeit und wirkungsvolle Hilfe

In: BMI-Pressemitteilung vom 6.2.2003, 8 S.

□ Bestellnummer 2/03/77

Neue Wege im zivilen Bevölkerungsschutz : Zivil- und Katastrophenschutz aus Sicht der Bundesregierung / Ute Vogt

In: Stadt und Gemeinde 58 (2003), 1/2, S. 14 - 15

□ Bestellnummer 2/03/143

Katastrophenschutz. Deutschland / Hoffmann, Ralf

In: Koordinierter Sanitätsdienst (2002), 4, S. 29 - 32

□ Bestellnummer 2/03/50

Krisenmanagement: aktuell, aber nicht neu / Dieter Franke

In: Notfallvorsorge (2002), 4, S. 26 - 29

Katastrophenschutz

□ Bestellnummer 2/03/106

Führungsstrukturen und Führungsaufgaben auf Landesebene / Roland Eisele

In: Rescue 2002 „Bewältigung der Folgen von Terroran-

schlägen“ - Stuttgart, 2002. 8 Seiten.

□ Bestellnummer 2/03/48

Als die Flut über Sachsen kam / Horst Schöttler

In: Notfallvorsorge 33 (2002), 4, S. 16 - 18

□ Bestellnummer 2/03/68

Die Bundeswehr im Hochwassereinsatz an Donau und Elbe: eine Bilanz / Josef Mohr

In: Europäische Sicherheit 52 (2003), 2, S. 50 - 53

□ Bestellnummer 2/03/84

Der Einsatz der Streitkräfte im Katastrophenfall in Niedersachsen / Heinzgeorg Neumann

In: Bundeswehrverwaltung 47 (2003), 1, S. 1 - 3

□ Bestellnummer 2/03/159

Flutkatastrophe 2002 in Sachsen: Gesamtbewertung und Vorschläge (Kirchbach-Bericht 2. Teil und Schluß)

In: Feuerwehrfachzeitschrift: FFZ (2003), 3, S. 154 - 160

□ Bestellnummer 2/03/117

Erstattungskostensätze 2003 einschließlich Betriebsstoff, ohne Kosten für Besatzung, Start-, Lande- und Hafengebühren: Hilfe-

leistungen der Bundeswehr im Frieden ; Änderung

In: VMBl (2003), 2, S. 59 - 62

□ Bestellnummer 2/03/41

Flutkatastrophe 2002 in Sachsen: Gesamtbewertung und Vorschläge (Kirchbach-Bericht 1. Teil)

In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2003), 2, S. 66 - 75

□ Bestellnummer 2/03/115

Vorsorge bei chemischer Bedrohung / Joachim Linder

In: Rescue 2002 „Bewältigung der Folgen von Terroranschlägen“ - Stuttgart, 2002. 4 Seiten

□ Bestellnummer 2/03/45

Das Hochwasser und seine Konsequenzen für den Bund / Klaus-Henning Rosen

In: Notfallvorsorge 33 (2002), 4, S. 5 - 7

□ Bestellnummer 2/03/167

Gefahr im Blick: Zivilschutz / Christiane Rodenbücher

In: Y. : Magazin der Bundeswehr (2003), 3, S. 18 - 19

□ Bestellnummer 2/03/47

Gefährdungs- und Risikoanalysen im Hochwasserschutz / Bruno Merz

INFO-SERVICE

In: Notfallvorsorge 33 (2002), 4, S. 11 - 13

□ Bestellnummer 2/03/107

Die Führungsstrukturen auf Landkreisebene am Beispiel des Schwarzwald-Baar-Kreises / Manfred Pfeffinger

In: Rescue 2002 „Bewältigung der Folgen von Terroranschlägen“ - Stuttgart, 2002. 9 Seiten.

□ Bestellnummer 2/03/80

Katastrophenschutz in Bayern : die Staatliche Feuerweherschule Geretsried erprobt in Nürnberg und Fürth ein neues Fortbildungskonzept / Christian Schwarz

In: Brandwacht 58 (2003), 1, S. 8

□ Bestellnummer 2/03/11h

Großschadenslagen durch biologische Agenzien: Überlegungen für ein bundeseinheitliches Managementkonzept / R. Fock

In: Erster Internationaler Kongress zum 11. September in Hamburg am 27. und 28. September 2002. 10 Seiten.

□ Bestellnummer 2/03/105

Katastrophenschutz - Bereitschaftsplan für eventuelle Notfälle : KOM (2001) 707 endgültig / Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament

In: Rescue 2002 „Bewältigung der Folgen von Terroran-

schlägen“ - Stuttgart, 2002. 12 Seiten.

□ Bestellnummer 2/03/161

Nach der Krise ist vor der Krise / Dieter Farwick

In: Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift 169 (2003), 3, S. 6 - 8

□ Bestellnummer 2/03/7

Wer ist wann und wofür zuständig? Führen und Leiten in besonderen Lagen ; Teil 1 / Hanno Peter

In: Im Einsatz 9 (2002), 6 vom 1.12.2002, S. 36 - 39

Medizin, Rettungsdienst

□ Bestellnummer 2/03/166

Darstellung der Defizite der Katastrophenbewältigung aus der Sicht der Katastrophenmedizin (DGKM e.V.) und Forderungen für eine Verbesserung.

In: Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin (2002) vom 1.11.2002, S. 7 - 9

□ Bestellnummer 2/03/6

Biologische Gefahrstoffe und Bioterrorismus: Aufgaben und Herausforderungen für den ÖGD ; Teil 1 / Stefan Brockmann ; Andreas Manger ; Bernd D. Domres

In: Im Einsatz 9 (2002), 6, S. 30 - 32

□ Bestellnummer 2/03/175

Aktuelle Situation bei einer Pockenepidemie: Katastrophenschutz und Zivilschutz in Deutschland / H.A. Hoffmann

In: Zeit-Fragen. - Zürich. (2003), 7, 7 Seiten.

□ Bestellnummer 2/03/110

Arzneimittelversorgung bei Großschadensereignissen / Wolfgang Wagner

In: Rescue 2002 „Bewältigung der Folgen von Terroranschlägen“ - Stuttgart, 2002. 14 Seiten

□ Bestellnummer 2/03/26

Konsequenzen und Herausforderungen bei bioterroristischen Anschlägen / Reinhard Kurth

In: Das Gesundheitswesen (2002), 12, S. 689 - 691

□ Bestellnummer 2/03/2

Koordination von Luftrettungsmitteln bei Großschadenslagen: Die Regelungen der Bundesländer / Holger Scholl

In: Im Einsatz 9 (2002), 6 vom 1.12.2002, S. 8 - 11

□ Bestellnummer 2/03/169

Positionspapier der BAND zur Präklinischen Versorgungsstrategie des Rettungsdienstes nach den Ereignissen des 11. September 2001 / Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaft

Neue Aufsätze und Vorschriften

ten Notärzte Deutschlands e.V. D. Stratmann [u.a.]

In: Der Notarzt 19 (2003), 1, S. 37 - 39

☐ Bestellnummer 2/03/111

Verbreitung EH/HLW [Erste Hilfe / Herz-Lungen-Wiederbelebung] in der Zivilbevölkerung / Friedhelm Bartels

In: Rescue 2002 „Bewältigung der Folgen von Terroranschlägen“ - Stuttgart, 2002. 14 Seiten

Technik, Feuerwehren

☐ Bestellnummer 2/03/11e

Analyse von Terrorismus-Risiken aus der Sicht von Feuerwehr und Rettungsdienst / Christian Brauner

In: Erster Internationaler Kongress zum 11. September in Hamburg am 27. und 28. September 2002. 19 Seiten.

☐ Bestellnummer 2/03/11f

Konzepte der Feuerwehr Hamburg bei ABC-Gefahren / Franz Petter

In: Erster Internationaler Kongress zum 11. September in Hamburg am 27. und 28. September 2002. 5 Seiten.

☐ Bestellnummer 2/03/100

Dekontamination von Verletzten nach einem Gefahrstoffunfall: Vortrag an-

lässlich der Rescue 2002 in Stuttgart / Eckhard Helms ; Rainer Wenke

In: Rescue 2002 „Bewältigung der Folgen von Terroranschlägen“ - Stuttgart, 2002. 22 Seiten.

☐ Bestellnummer 2/03/8

Einsatzalarmierung mittels Handy und SMS : Technik, die retten hilft / Stefan Osche

In: Im Einsatz 9 (2002), 6 vom 1.12.2002, S. 40 - 41

☐ Bestellnummer 2/03/158

Erläuterungen zur Feuerwehr-Dienstvorschrift 7 „Atemschutz“ / der Ausschuss Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung (AFKzV) des AK V hat auf der 9. Sitzung am 18./19.9.2002 in Bodenheim die FwDV 7 „Atemschutz“ mit Stand 2002 beschlossen und den Ländern zur Einführung empfohlen

In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2003), 3, S. 136 - 138

☐ Bestellnummer 2/03/168

Das Hochwasser in Dresden: Erfahrungen und Maßnahmen eines Stadtwerkes / Wolf-Rüdiger Frank

In: gwf Wasser, Abwasser 144 (2003), 13, S. S8 - S12

☐ Bestellnummer 2/03/12

Wasser, Trinkwasser, Not-Trinkwasser: Teil B / J. Hinterberger ; K. Scheck

In: Wehrmedizinische Monatsschrift 46 (2002), 11/12, S. 238 - 243

☐ Bestellnummer 2/03/70

Nach der großen Flut: Wie der Hochwasserschutz verstärkt werden kann / Matthias Platzeck

In: Der Städtetag 56 (2003), 2, S. 6 - 8

☐ Bestellnummer 2/03/103

Vor-Ort-Analytik bei Kontamination und Inkorporation / Mario König

In: Rescue 2002 „Bewältigung der Folgen von Terroranschlägen“ - Stuttgart, 2002. 6 Seiten.

INFO-SERVICE

Katastrophenschutz in Dänemark

Das Bereitschaftscenter Südjütland in Haderslev

von Claus Tiedemann, Hamburg

Nachdem der Aufbau des 1957 gegründeten Luftschutzhilfsdienstes (LSHD) in Deutschland nur schleppend voran ging, erließ der Bund Mitte der sechziger Jahre die gesetzliche Grundlage zur Schaffung eines kasernierten Zivilschutzkorps nach skandinavischem Vorbild; umgesetzt wurde das Konzept aber nie. Angesichts der derzeitigen Diskussion über die Rolle des Katastrophenschutzes in Deutschland lohnt sich deshalb ein Blick über die Grenze zu unseren nördlichen Nachbarn.

Die Geschichte des Bereitschaftscenters Südjütland beginnt mitten im Zweiten Weltkrieg. Am 24. Oktober 1941 wurde die damals als CBU-Kolonne (Civilbeskyttelses-Udrykning-Kolonne = Zivilschutz-Ausrücke-Kolonne) bezeichnete Einheit aufgestellt. Ihr Stützpunkt befand sich zunächst im heutigen Hotel Norden mitten in der Stadt. Die Fahrzeuggaragen lagen auf dem Gelände einer ehemaligen Privatbahn. Von Juni 1942 bis Kriegsende rückte die Kolonne zu rund 600 Einsätzen aus. Im Oktober 1955 wurde dann die heutige Kaserne am Vilstrupvej, im Süden der Stadt Haderslev, eingeweiht. Sie besteht aus eingeschossigen Flachdachgebäuden. Nach umfangreichen Renovierungs- und Umbauarbeiten konnten im März 2000 auch neue Depot- und Lagerhallen, einschließlich einer neuen Kfz-Werkstatt eingeweiht werden. Vorgesetzter der heute rund 140 Mann

starken Truppe ist seit Mai 2001 Oberst Henning Jensen (47), der seine Karriere 1976 als Wehrpflichtiger der Dänischen Zivilverteidigung (Civilforsvar (CF)) begann. Der Begriff Zivilverteidigung wurde im Zuge der Neuorganisation im Jahre 1993 durch den Begriff „Rettungsbereitschaft“ ersetzt. Diese besteht aus der

wurde der Begriff Beredskabscenter bei allen Einheiten des Bereitschaftskorps durch das Wort Beredskabsstyrelsen (Bereitschaftsleitung) ersetzt; eine Maßnahme, die für den Außenstehenden unverständlich erscheint, da die eigentliche Leitung des Bereitschaftskorps ihren Sitz in Birkerød auf der Insel Seeland hat.



Die Ausrückewache besteht aus Kommunikationswagen, Schlauchgruppenwagen mit TSA, Wassertankwagen und Automobilspritze mit Hochdruckkompressor-Anhänger.

Staatlichen Rettungsbereitschaft (Bereitschaftsleitung, Bereitschaftskorps mit zur Zeit 5 Bereitschaftscentern, 9 Stützpunktbereitschaften und 3 Schulen) sowie der kommunalen Rettungsbereitschaft, zu der neben den kommunalen Katastrophenschutzeinheiten nunmehr auch alle Feuerwehren des Landes gehören. Aus der „Sydjyske CF-Kolonne“ wurde somit am 1. Januar 1993 das „Beredskabscenter Sydjylland“. Am 1. September 2001

Aufgaben

Aufgaben der Rettungsbereitschaft Dänemarks und damit auch des Bereitschaftscenters (BC) in Haderslev sind die Vorbeugung, Begrenzung und Abwendung von Personen-, Eigentums- und Umweltschäden bei Unglücken, Katastrophen sowie im Verteidigungsfall. Die Einsätze erfolgen nach Schadensstufen (Niveau). Während bei Niveau 1 die örtlich zuständige Feuerwehr ausrückt,

gegebenenfalls mit Unterstützung durch eine benachbarte Wehr, erfolgt bei Niveau 2 zusätzlich der Einsatz einer der bereits erwähnten Stützpunktbereitschaften des KatS und/oder einer der nächstgelegenen Einheiten des staatlichen Bereitschaftskorps (Bereitschaftscenter). Großschadensereignisse wie z.B. durch Sturm und Hochwasser, Flugzeugabstürze, Eisenbahnunglücke oder größere Gefahr-

aufläufe. Im Normalfall sind die Kräfte am Einsatzort immer dem kommunalen Einsatzleiter der Feuerwehr unterstellt. Alle Einsätze werden durch die „Ausrückewache“ (Stärke 1/1/12) gefahren, die rund um die Uhr innerhalb von 5 Minuten einsatzbereit ist. Lediglich bei größeren Schadenslagen greift man auf die wachfreien Offiziere und Mannschaften zurück. Aus den Reservisten der jeweils

den Stränden rückten auch Haderslebener Kräfte an. Im Sommer 2002 breitete sich in Südjütland die Geflügelseuche „Newcastle Disease“ aus. Die Katastrophenschützer halfen bei der Beseitigung der Tierkadaver. Neben nationalen beteiligt sich das Bereitschaftscenter auch an internationalen Hilfseinsätzen, so geschehen z.B. während des Balkankrieges in Jugoslawien und bei der Hochwasserkatastrophe 2002. Die orangefarbenen Retter aus Dänemark waren über einen Zeitraum von rund 4 Wochen mit jeweils 12 Mann gleichzeitig in der tschechischen Hauptstadt Prag, um mit Hilfe starker Pumpen Metro-Stationen von den Wassermassen zu befreien. Unter den Einsatzkräften waren auch 6 Mann aus Haderslev.

Für größere Schadensereignisse können mit Zustimmung der politischen Gremien innerhalb von zwei Tagen zusätzliche Kräfte angefordert werden (sogenannte 48-Std.-Bereitschaft). Dafür stehen in Südjütland zwei Einsatzeinheiten zur Verfügung. Sie bestehen überwiegend aus Reservisten der letzten Wehrpflichtjahrgänge. Ihre Stärke besteht jeweils aus 3 Einsatzführern, 10 Gruppenführern und 51 Mann. Die Einsatzfahrzeuge sind teilweise im Bereitschaftscenter vorhanden, teils müssen sie zur Zeit noch aus einem Zentraldepot auf Seeland abgeholt werden. Eine dezentrale Unterbringung ist angedacht. Eine Einsatzeinheit der 48-Std.-Bereitschaft besteht aus einem Einsatzleitwagen, drei Hilfs-Löschfahrzeugen, zwei Schlauchwagen, einem Rüstwagen, einem Warteplatzwagen (Verletzten-Betreuungsstelle), einem Funkkraftwagen, einem AC-Erkundungskraftwagen, einem VersorgungslKW, einem Werkstattwagen sowie einem Krad.

Für den Spannungs- und Verteidigungsfall (sogenannte 3-Monats-Bereitschaft) befindet sich auf dem Gelände des Bereitschaftscenters Südjütland ein großes Materialdepot.



Anders als in Deutschland wird das Material des Schlauchwagens in Säcken verstaut; ebenfalls unbekannt ist hierzulande der Anhänger mit zwei offen nebeneinanderstehenden Tragkraftspritzen.

gutunfälle fallen unter das Niveau 3. Sie sind Schwerpunktaufgaben des staatlichen Bereitschaftskorps.

Einsätze

Das Einsatzgebiet des BC Südjütland mit rund 1,3 Mio. Einwohnern erstreckt sich von der deutschen Grenze im Süden des Landes bis zu einer Linie von Esbjerg an der Nordsee über Billund, Vejle nach Horsens am Kattegat. Seit der Herausnahme des BC Fünen/Middelfart aus dem aktiven Dienst im Jahre 1985 gehört auch der Westteil der Insel Fünen zum Einsatzgebiet der Haderslebener Katastrophenschützer.

Die Alarmierung erfolgt entweder durch den örtlichen Einsatzleiter der Feuerwehr oder direkt durch die Polizei, bei der jeder Notruf über 112

letzten fünf Jahre verfügt das Bereitschaftscenter über eine rund 30 Mann starke Eingreiftruppe, die im Einsatzfall umgehend per Telefon alarmiert werden kann und innerhalb von 2 - 3 Stunden verfügbar ist.

Die Zahl der Einsätze ist starken Schwankungen unterlegen. Während es im gesamten Jahr 2001 insgesamt 34 Einsätze, darunter 16 Feuer und 4 Gefahrguteinsätze, gab, verzeichnete man im vergangenen Jahr 80 Alarmierungen, darunter 9 Feuer und 7 Gefahrguteinsätze. Erwähnenswerte Großeinsätze verzeichnete das BC Südjütland z.B. im Dezember 1999, als ein Orkan über Südjütland hinwegfegte. Im März 2001 verunglückte der Tanker „Baltic Carrier“ in der Kadet-Rinne zwischen Lolland und Rügen; zur Beseitigung der Ölschäden an

Hier ist für zusätzliche Ein-
satzeinheiten von der Uniform
bis zum Tragkraftspritzenan-
hänger alles eingelagert. Der
größte Teil der Fahrzeuge muss
in diesem Fall allerdings aus
dem Zivilbereich beordert wer-
den. Die Fahrzeugausstattung
einer Einheit der 3-Monats-Ber-
eitschaft ist mit der der 48-
Std.-Bereitschaft identisch; sie
wird lediglich durch 3 Kran-
kentransportwagen ergänzt.
Das Bereitschaftscenter kann
in Krisenzeiten zusätzlich bis
zu 1300 Mann aufbieten.

Die reguläre Personalstärke
des BC Südjutland von rund
140 Mann unterteilt sich zur
Zeit in 36 uniformierte „Be-
fehlsmänner“ (12 Offiziere
und 24 Unteroffiziere), 80
Wehrpflichtige (Dienstzeit 6
Monate) und 28 Zivilangestell-
te. Die Wehrpflichtigen schla-
fen in der Woche, sofern sie
nicht in der Nähe wohnen, in
der Kaserne. Dienstzeit ist von
7:20 Uhr bis 16:00 Uhr. An
Wochenenden ist in der
Hauptsache nur die bereits er-
wähnte Ausrückewache anwe-
send.

Ausbildung

Bisher wurden in Dänemark
pro Jahr insgesamt 1.400
Wehrpflichtige zum Bereit-
schaftskorps eingezogen, da-
von 900 für 3 Monate und 500
für 6 Monate. Seit 2003 erfolgt
die Einberufung der Wehr-
pflichtigen (insgesamt 750
Mann) grundsätzlich nur
noch für sechs Monate. In Ha-
dersleben dienen zukünftig je-
des Jahr rund 150 Wehrpflich-
tige. Bei allen Wehrpflichtigen
umfasst die Ausbildung zum
Feuerwehrmann zukünftig
auch die Bereiche Bergung
und Gefahrgut (ABC) sowie
Kommunikation. Ein Teil
durchläuft darüber hinaus
auch die Ausbildung zum
LKW-Fahrer. Die Lehrtätigkeit
erfolgt durch die bereits er-
wähnten „Befehlsmänner“ so-
wie durch länger dienende
Wehrpflichtige (15 Monate),
die zuvor als Gruppenführer
ausgebildet wurden. Für den
praktischen Teil der Grundaus-

bildung steht ein weitläufiges
Übungsgelände mit offenem
Gewässer, Brandgewöhnungs-
anlage, Brandhaus, Trümmer-
haus, Schrottautos, Tanklast-
wagen und diversen Eisen-
bahnwagen zur Verfügung.
Nach dem Orkan im Dezem-
ber 1999 hat man zusätzlich
ein Haus mit Spitzdach und
Pfannendeckung erstellt, um
die Reparatur solcher Schäden
praxisgerecht üben zu können.
Diese realitätsnahen Ausbil-
dungseinrichtungen werden
natürlich auch durch die in
unmittelbarer Nähe der Kaser-
ne liegende Falck-Feuerwehr
sowie andere Einheiten ge-
nutzt. Dazu gehören auch die
nur in Südjutland existieren-
den freiwilligen Feuerwehren.
Deren Ursprünge stammen
aus der Zeit, als Südjutland
(oder auch Nordschleswig ge-
nannt) zwischen 1864 und
1920 zu Deutschland gehörte.

Nach Ableistung ihres Dien-
stes werden die Wehrpflichti-
gen in die Mobilisierungsrer-

Einsatzfahrzeuge

Der Fuhrpark des Bereit-
schaftscenters besteht aus über
40 Fahrzeugen, heute fast aus-
schließlich deutscher Her-
kunft. Die rund 25 schweren
Einsatzfahrzeuge, darunter 3
Tanklöschfahrzeuge und fünf
Wechselader, stammen alle
von Mercedes. Bei den Werk-
stattwagen, Kleintransporter/-
bussen ist Volkswagen der Lie-
ferant (T 4, LT). Die Dienst-Pk-
ws stammen von Opel (Ka-
dett, Astra) und Peugeot; die
Motorräder lieferte BMW (R
65 S). Als neuestes Fahrzeug
erhielten die Haderslebener
einen Geländewagen der Marke
Toyota Landcruiser.

Haupteinsatzfahrzeuge der
Ausrückewache sind Automobi-
lspritze (TLF), Wassertank-
wagen (Wechselader mit Ab-
rollbehälter), Schlauchgrup-
penwagen mit Tragkraftsprit-
zen-Anhänger sowie der Kom-
munikationswagen, der im
Normalfall die Besatzung für



Wehrpflichtige bei der Ausbildung am AB „Warteplatz“, einer Betreuungsstelle für Verletzte. Der Mercedes 2635 Actros ist der neueste Wechselader des Bereitschaftscenters.

ve überführt oder den Ge-
meinden für deren kommunalen
Katastrophenschutz zur
Verfügung gestellt. Eine Her-
anziehung durch das Bereit-
schaftskorps erfolgt dann, wie
bereits erwähnt, lediglich bei
Großeinsätzen oder im Vertei-
digungsfall. Die intensive Aus-
bildung bildet außerdem eine
gute Grundlage, um sich nach
dem Wehrdienst als Berufsfeu-
erwehrmann zu bewerben.

die Schlauchgruppe auf-
nimmt. Darüber hinaus stehen
mehrere Wechselader mit ver-
schiedenen Abrollbehältern
(Schaum, Bergung, Dekonta-
mination, Gefahrgut, Öl-
bekämpfung, Warteplatz (San)
usw.) bereit.

Eher ein Schattendasein
führen die Einsatzfahrzeuge
ohne Sondersignaleinrichtung.
Dazu gehören u. a. das Wald-
brandlöschfahrzeug sowie eine

Anzahl weiterer Pritschenlastwagen, die mit palettierten Einsatzgeräten bestückt werden können. Sie kommen nur bei Großschadenslagen zum Einsatz und dienen deshalb im Normalfall lediglich als Ausbildungsfahrzeuge.

Für die zahlreichen Einsatzfahrzeuge werden daneben noch über 25 Einachs- und Tandemanhänger (u.a. Pulverlöcher, Kohlendioxidlöcher, Hochdruckkompressor, Beleuchtung, Dekontamination, Kleinboot) vorgehalten.

Wissenscenter

Durch die Auflösung der drei bisherigen Materialdepots des dänischen Katastrophenschutzes im Jahre 2000 wurden in den einzelnen Bereitschaftscentern sogenannte Wissens-

schneiderei werden u. a. selbst entworfene Übungspuppen aus schwerem Stoff hergestellt, die anschließend mit einer Kiesfüllung auf das Gewicht von 70 kg gebracht werden.

Stützpunktbereitschaften

Im Zuständigkeitsbereich des BC Südjütland befinden sich seit 1999 drei der bereits erwähnten neun Stützpunktbereitschaften. Sie unterstehen zwar direkt der Bereitschaftsleitung, sind aber den örtlichen Feuerwehren in Esbjerg, Fredericia bzw. Odense/Fünen zugeordnet. Die Einsatzkräfte setzen sich sowohl aus Voll- und Teilzeitkräften der Feuerwehren, als auch aus Freiwilligen (ehemalige Wehrpflichtige des Bereitschaftskorps) zusammen. Die materielle Grundaus-

gen. In 2003 erhalten auch Esbjerg und Fredericia zusätzlich jeweils einen Rüstwagen, allerdings nicht auf Mercedes - sondern auf IVECO - Fahrgestell. Alle drei Stützpunkte sind außerdem mit je einem Lichtmast- und Hochdruckkompressoranhänger sowie einem Reinigungs-Anhänger (Dekontamination) ausgestattet. Insbesondere als Zugfahrzeuge für die diversen Anhänger haben die Stützpunktbereitschaften zwischenzeitlich jeweils einen Geländewagen vom Typ Toyota Landcruiser erhalten.

Musealen Aktivitäten

Über den normalen Fuhrpark hinaus unterhält das Bereitschaftskorps zur Zeit 30 Museumsfahrzeuge. Drei davon stehen im Bereitschaftscenter in Haderslev. Es handelt sich dabei um ein BMW-Motorrad R 26 von 1960, einen Kommandowagen Ford F 3 von 1952 sowie ein LF 20 Typ Mercedes LA 3500 von 1951. Letzteres stammt ursprünglich aus einer LKW-Lieferung von Daimler-Benz an die Volksrepublik China, die damals aber aus politischen Gründen storniert wurde. Der Umbau zum Löschfahrzeug erfolgte 1955 in Dänemark. Die alten Mercedes-Fahrzeuge vom Typ LA 3500, von denen der Dänische Katastrophenschutz recht viele besaß, bewährten sich so gut, dass einige dieser Veteranen bis in die neunziger Jahre, vor allem bei kommunalen Einheiten, im Dienst waren.

Erwähnenswert im Zusammenhang mit dem Dänischen Katastrophenschutz ist schließlich auch eine Einrichtung, die im Einsatzgebiet des BC Südjütland ansässig ist. Unweit der deutsch-dänischen Grenze befindet sich im ehemaligen deutschen Gefangenenlager Frøslev bei Padborg ein sehenswertes, kleines Zivilschutzmuseum, das vom Dänischen Selbstschutzverband betrieben wird und einen Besuch wert ist.



Das Waldbrandlöschfahrzeug mit Palettentanks wird in der Regel als Fahrschulwagen eingesetzt; die weiße Lackierung stammt noch aus dem Balkaneinsatz. (Fotos: Tiedemann)

center eingerichtet. Im BC Südjütland entstand das Wissenscenter für Bekleidungswesen. Unter der Leitung von Nils Jörgen Cassø Fig (34) sind 12 Mitarbeiter tätig. Sie verwalten das Bekleidungs-lager der gesamten dänischen Rettungsbereitschaft. Vom Knopf bis zum orangefarbenen Nomex-Einsatzanzug Typ M 95 mit Gallet-Helm gibt es hier alles. Zur Zeit werden gerade die neuen, dunkelblauen Arbeitsanzüge M 99 (im dänischen „Werktagsanzug“ genannt) ausgeliefert. In der Änderungs-

stattung umfasst in der Regel jeweils einen Wassertankwagen (GTLF 28/80). Der Standort Esbjerg ist zusätzlich mit einem Schlauchgruppenwagen (1500 m A- bzw. B-Schläuche) und Tragkraftspritzenanhänger mit 2 Pumpen bestückt. Des Weiteren ist dort für Großunfälle ein baugleicher Pritschen-Lkw mit Sanitätsmaterial, Zelten und Beleuchtungsgerät zum Aufbau einer Verletztenbetreuungsstelle („Warteplatz“) stationiert. Odense verfügt statt eines Wassertankwagens lediglich über einen Rüstwa-

Neuer Seenotkreuzer

Stationierung auf Helgoland vorgesehen

von Ulf Kaack, DGzRS

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) in Bremen baut zur Zeit einen neuen Seenotkreuzer unter der DGzRS-internen Baunummer SK 29. Er wird im

Herbst 2003 auf der Station Helgoland in der Deutschen Bucht stationiert. Es handelt sich um den bisher größten Seenotkreuzer in der 138-jährigen Geschichte der DGzRS.

Der neue Seenotkreuzer wird – wie alle Einheiten der

hip“ in Danzig unter Bauaufsicht der Fassmer-Werft, der DGzRS sowie des Germanischen Lloyd. Dort erfolgte die – symbolische – Kiellegung im November 2001. Im August 2002 wurde der Kasko auf eigenem Kiel von einem Schlepper an die Unterweser geholt, wo der bei Fassmer zwischenzeitlich fertiggestellte Aufbau aufgesetzt wurde. Bereits Ende September wurden die drei Maschinen eingesetzt.

Voraussichtlich Mitte des Jahres wird „SK 29“ fertiggestellt. Nach einer umfangreichen Erprobungsphase wird der neue Seenotkreuzer ca. im September seinen Dienst auf der Station Helgoland aufnehmen.

Die Taufe des „SK 29“ erfolgt am 27. Juni 2003. Dann wird der Kreuzer auch seinen Namen erhalten.

Mit 46 m Länge und 10,25 m Breite sowie einer Verdrängung von 404 t bei max. Tiefgang 2,8 m wird der SK 29 der größte Seenotkreuzer der DGzRS sein.

(Modell: DGzRS)



Herbst 2003 auf der Station Helgoland in der Deutschen Bucht stationiert. Es handelt sich um den bisher größten Seenotkreuzer in der 138-jährigen Geschichte der DGzRS.

Hintergründe für den Bau sind voraussichtlich veränderte Einsatzbedingungen innerhalb der nächsten Jahrzehnte. Klimaforscher erwarten schlechteres Wetter mit längeren Starkwindperioden und schwereren Stürmen. Zugleich ist von ansteigenden Zahlen im Seeverkehr auszugehen. Beide Perspektiven – Verschlechterung des Wetters und steigender Seeverkehr – erfordern frühzeitige Initiativen im Bereich der Sicherheit auf See.

Der neue Seenotkreuzer wird eine ideale Ergänzung der Gesamtflotte darstellen. Durch seine Größe wird er auch unter schwierigsten Einsatzbedingungen als On-Scene-Coordinator (Einsatzleiter vor Ort) operieren können. Die Kapazität zur Aufnahme von Schiffbrüchigen orientiert sich an möglichen Notfallszenarien. Die technische Ausstattung wurde nach den Erfah-

DGzRS in den letzten Jahrzehnten – ganz aus Aluminium gebaut.

Zur technischen Ausstattung zählen u.a. ein 9,5-m-Tochterboot, leistungsstarke Feuerlösch-Anlagen, ein Bordhospital zur medizinischen Erstversorgung von verletzten oder erkrankten Personen, modernste Kommunikations- und Navigationseinrichtungen sowie ein Hauptdeck, das durchgehend als SAR (Search and Rescue)-Deck genutzt wird. Drei Motoren auf drei Wellenanlagen sollen dem Kreuzer eine Geschwindigkeit von 25 Knoten verleihen. In diesem Zusammenhang verspricht sich die DGzRS einmal mehr Vorteile von der besonderen Konstruktion des Rumpfes im Heckbereich nach Art der Delta-Form, die zudem das Seegangsverhalten positiv beeinflusst. Im Vorfeld sind umfangreiche Tests am Modell in der Hamburgischen Schiffbau-Versuchsanstalt durchgeführt worden.

Der Bau des Rumpfes erfolgte als Teilauftrag der Fassmer-Werft bei der Werft „Alus-



Die besondere Konstruktion des Rumpfes im Heckbereich soll u.a. das Seegangsverhalten positiv beeinflussen. (Foto: DGzRS)

Die Gesamtkosten des Seenotkreuzers betragen knapp 14 Mio. Euro.

AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-SAMARITER-BUND



DEUTSCHE LEBENS-RETTUNGS-GESELLSCHAFT



DEUTSCHER FEUERWEHR-VERBAND



DEUTSCHES ROTES KREUZ



JOHANNITER-UNFALL-HILFE



MALTESER-HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITS-GEMEINSCHAFTEN DER HELFER IN DEN REGIE-EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN DES KATASTROPHENSCHUTZES IN DER BUNDES-REPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (ARKAT)



TECHNISCHES HILFSWERK





Neue Strategien der humanitären Hilfe

Seit über zwölf Jahren engagiert sich der ASB auf dem Balkan. Von der Erstversorgung von Flüchtlingen mit Lebensmitteln und Decken noch während des Krieges bis hin zu komplexen Wiederaufbau- und Rückkehrprogrammen der Europäischen Union ist der ASB in allen Ländern des ehemaligen Jugoslawien tätig. In dieser Zeit wurden unzählige neue Lösungsansätze entwickelt, Strategien entworfen und konkrete Hilfe immer wieder neu definiert. Diese Methoden und Entwicklungen der huma-

nitären Hilfe werden nun im Rahmen eines Forschungsprojektes der EU analysiert. Konflikte, wie beispielsweise in Somalia oder den ehemaligen Sowjetrepubliken. In Südosteuropa kam es zu verheerenden Kriegen. Der Vielvölkerstaat Jugoslawien brach gewaltsam auseinander. Es kam zu den schlimmsten Auseinandersetzungen in Europa seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Die Bilder von zerstörten Häusern, von Menschen auf der Flucht und von unsäglichem Leid lösten eine Welle der Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge und Vertriebene aus. Der ASB richtete erste Flüchtlingslager in Kroatien ein und versuchte die eingeschlossenen Menschen in Bosnien mit Lebensmitteln zu ver-

jetzt in einem Forschungsprojekt analysiert. Unter dem Titel „Bridging the Gap – Involuntary Population Movement and Reconstruction“ (Den Graben überbrücken – Unfreiwillige Bevölkerungsbewegungen und Wiederaufbau) wird ein vierköpfiges Forscherteam aus drei europäischen Ländern sowohl in Universitäten und Bibliotheken als auch vor Ort Methoden der humanitären Hilfe in Theorie und Praxis gegenüberstellen und daraus neue und verbesserte Techniken und Handlungsoptionen für die weltweite humanitäre Hilfe entwickeln. Neben dem Balkan wird auch die Situation im Nahen Osten Gegenstand der Untersuchung sein. Finanziert wird dieses Projekt vom Büro für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (European Commission Humanitarian Aid Office – ECHO) und drei Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO). Neben dem ASB beteiligen sich auch die spanische NRO „Movimiento por la Paz el Desarrollo y la Libertad“ (MPDL) und die italienische NRO „Centro Regionale d’Intervento per la Cooperazione“ (CRIC) an dem Vorhaben.



Der Kindergarten im kroatischen Benkovac Kroatiens wurde durch den ASB errichtet. (Foto: David Haines)

nitären Hilfe werden nun im Rahmen eines Forschungsprojektes der EU analysiert.

Neue Bedingungen in einer veränderten Welt

Mit dem Ende des Ost-West Konfliktes hat eine beispiellose Entwicklung begonnen. Viele Staaten öffneten sich nun dem Westen und konnten unabhängig agieren. Eine friedliche Entwicklung zu mehr Wohlstand und Völkerverständigung setzte ein. Allerdings entstanden nach 1989 auch eine Reihe neuer

sorgen. Aus dieser ersten Nothilfe des ASB entwickelte sich bis heute ein komplexes System unterschiedlicher Arten von Hilfeleistungen für den gesamten Balkan, um die Folgen des Krieges zu beseitigen und beim Wiederaufbau ziviler Gesellschaftsstrukturen mitzuwirken.

Rückkehr und Wiederaufbau

Die Erfahrungen und Strategien, die innerhalb dieser breitgefächerten Unterstützung gemacht wurden, werden

Solidar – Netzwerk für NRO

Sowohl der ASB als auch MPDL und CRIC gehören dem sogenannten Solidar-Netzwerk an. Dieser Zusammenschluss von 25 NRO aus ganz Europa hat sich zur Aufgabe gemacht, die Kräfte im Bereich der internationalen humanitären Hilfe zu bündeln, gemeinsame Aktionen zu planen und die EU hinsichtlich humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe zu unterstützen. Einerseits werden bei der zunehmenden Komplexität humanitärer Einsätze die umfassenden Anforderungen in Vorbereitung, Koordination und Durchführung von Projekten für eine NRO allein kaum noch zu erfüllen sein. Das Forschungsprojekt soll da-

zu beitragen, eventuell bestehende Lücken in Vorbereitung und Durchführung von humanitären Einsätzen zu erkennen und mit geeigneten Methoden und Maßnahmen zu deren Überbrückung beizutragen. Andererseits bietet sich mit dieser Kooperation auch die Möglichkeit, das Profil von Solidar-Mitgliedern zu stärken und für Geber, wie beispielsweise die EU aber auch die Deutsche Bundesregierung, als kompetenter Partner mit einem professionellen und umfassenden Leistungsangebot zur Verfügung zu stehen. Darüber hinaus kann das Solidar-Netzwerk Beratungsleistungen schon bei der Entwicklung von Hilfs- und Unterstützungsprogrammen auf der Ebene der EU einfließen lassen.

Vorbereitung auf neue Herausforderungen

Im Hinblick auf die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen wird nicht mit einer Abnahme von Krisen zu rechnen sein, im Gegenteil: Der Bedarf an humanitärer Hilfe in komplexen Situationen wird eher zunehmen. Das bedeutet für NRO, sich auf diese Situationen einzustellen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass oftmals humanitäre Hilfe nicht die gewünschten Erfolge hatte oder gar die Not der Menschen noch verschlimmert wurde. Darüber hinaus kann bei den derzeitigen Projekten der NRO weltweit keine scharfe Trennung zwischen humanitärer Hilfe, also kurzfristiger Hilfe, die Menschen vor dem Verhungern oder Erfrieren bewahrt, und langfristiger Entwicklungsunterstützung wie zum Beispiel wirtschaftlicher Hilfe unterschieden werden. Die NRO müssen sich auf die veränderten Bedingungen einstellen, aus Erfolgen lernen und gezielt nach neuen Lösungen suchen, um den anstehenden und zukünftigen Problemen gerecht zu werden. Mit dem Forschungs-

projekt der EU sammeln der ASB und das Solidar-Netzwerk neue Impulse für die Zukunft der internationalen humanitären Hilfe.

Hilfslieferungen für den Irak

Mit Beginn des Krieges im Irak hat sich mit jedem Tag eine Notsituation verschärft, die schon vorher Anlass zur Sorge war. Bereits vor Ausbruch der Kampfhandlungen waren 16 Millionen Iraker auf die Hilfe internationaler Organisationen angewiesen. Nun fehlt es den Menschen im Irak am Nötigsten. Sie brauchen medizinische Versorgung, denn die Krankenhäuser sind überfüllt. Mangelernährung und schmutziges Wasser haben die Menschen zusätzlich geschwächt.

Wiederaufbau von Dörfern und sozialer Infrastruktur. Noch heute bestehen enge Kontakte, die die Basis für die aktuellen Hilfsprojekte darstellen.

So konnte der ASB gemeinsam mit der Norwegischen Volkshilfe und dem Schweizer Arbeiterhilfswerk bereits im Vorfeld des Krieges Vorbereitungen im Nordirak für den Einsatz mobiler medizinischer Teams einer kurdischen Partnerorganisation treffen, die nunmehr im Einsatz sind und sich um interne Vertriebene kümmern. In Syrien organisierten zwei ASB-Mitarbeiter zusammen mit dem Roten Halbmond Hilfstransporte in den Irak. Bereits Anfang April wurden Lebensmittel nach Bagdad und medizinische Verbrauchsmaterialien in ein Krankenhaus im Ort Al Kae'em kurz hinter der syrisch-irakischen Grenze transportiert. Das Krankenhaus ist für die



Mit Kollegen des Syrischen Roten Halbmondes belädt ASB-Mitarbeiterin Gudrun Lehmbeck (links) einen LKW-Konvoi mit Hilfsgütern für Bagdad. (Foto: ASB/Christian Vollmer)

In vielen Regionen benötigen sie Lebensmittel, weil sie keine Möglichkeit haben, für ihre Ernährung selbst zu sorgen. Menschen, die aus Furcht vor dem Krieg aus den Städten aufs Land geflohen sind, suchen Unterkünfte.

Bereits zwischen 1991 und 1999 führte der ASB im Nordirak zahlreiche Hilfsprojekte durch. Sie reichten von der Flüchtlingshilfe über medizinische Projekte bis hin zum

Versorgung von 200.000 Menschen zuständig und dringend auf Unterstützung angewiesen. Weitere Projekte sind geplant. Eine Notfallambulanz des ASB Lüneburg, die in der Lage ist, 35.000 Menschen drei Monate lang medizinisch zu versorgen, wurde zusammen mit anderen Hilfsgütern von Deutschland aus auf den Weg gebracht und bald darauf der UN in Syrien übergeben.

Dr. Stefan Sandbrink





DLRG zieht traurige Bilanz

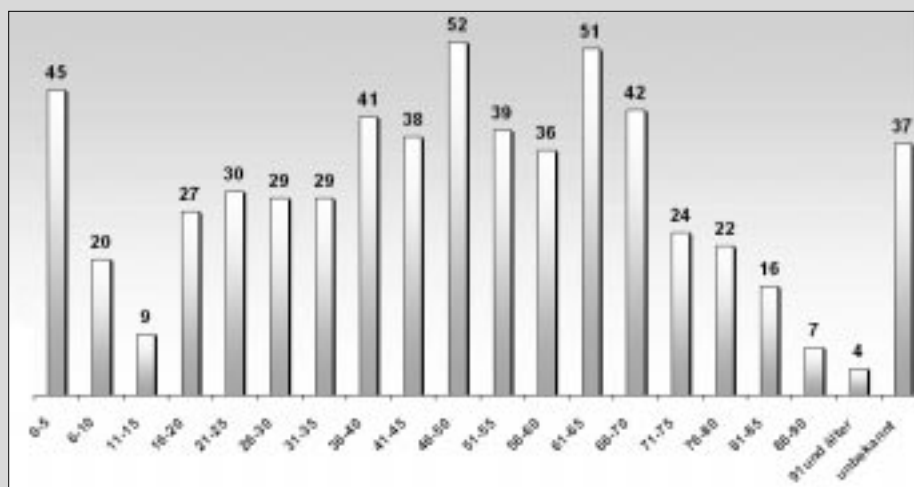
2002 ertranken in Deutschland fast 600 Menschen

Nach Erkenntnissen der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) sind im vergangenen Jahr in Deutschland mindestens 598 Menschen ertrunken. Gegenüber dem Jahr 2001 stieg die Zahl

Sommer, das Hochwasser an der Elbe und ihren Nebenflüssen sowie einen Anstieg bei Wassersportunfällen. Laut DLRG-Statistik ertranken allein 297 Menschen in den Sommermonaten Juni bis Au-

tranken 403 Menschen, das sind zwei Drittel aller Opfer.“ An den Küsten von Nord- und Ostsee ertranken lediglich 30 Menschen. „Es zahlt sich aus, dass in fast allen Badeorten an den Küsten unsere Rettungs-

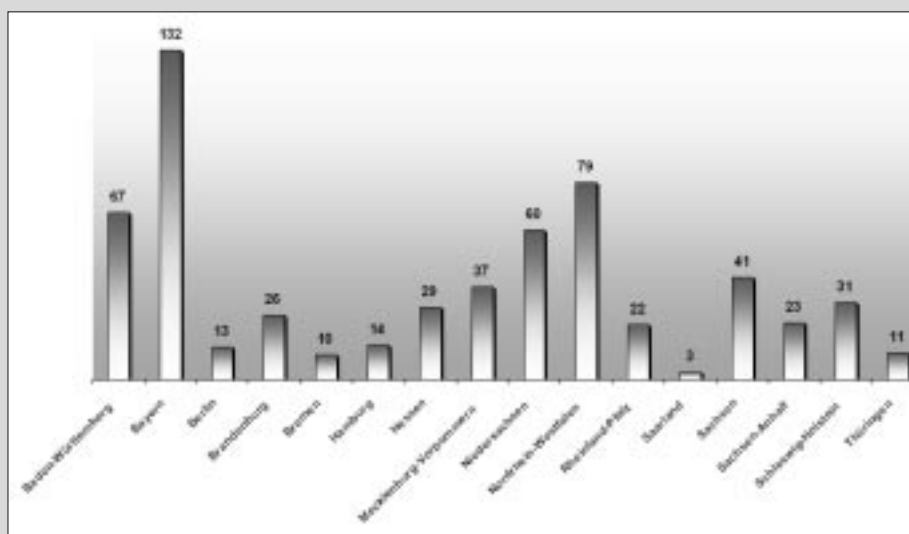
Besonders betroffen waren im vergangenen Jahr ältere Menschen und Kinder im Vorschulalter.



der Opfer um 78 oder 15 Prozent. Dies ist der höchste Stand seit fünf Jahren. Diese Zahlen gab der Präsident der

gust. Nahezu jeder zweite tödliche Unfall (49,7%) ereignete sich damit in der schönsten Jahreszeit.

schwimmer für mehr Sicherheit im und am Wasser sorgen. Unser Konzept eines zentralen Wasserrettungsdienstes



Unfallschwerpunkte waren weniger die Küsten als vielmehr die Binnengewässer.

DLRG, Dr. Klaus Wilkens, auf einer Pressekonferenz in Hannover bekannt.

Zurückzuführen ist der negative Trend auf den schönen

Dr. Wilkens: „Unfallschwerpunkt Nummer eins sind nach wie vor die unbewachten Binnengewässer. In Flüssen, Bächen, Seen und Teichen er-

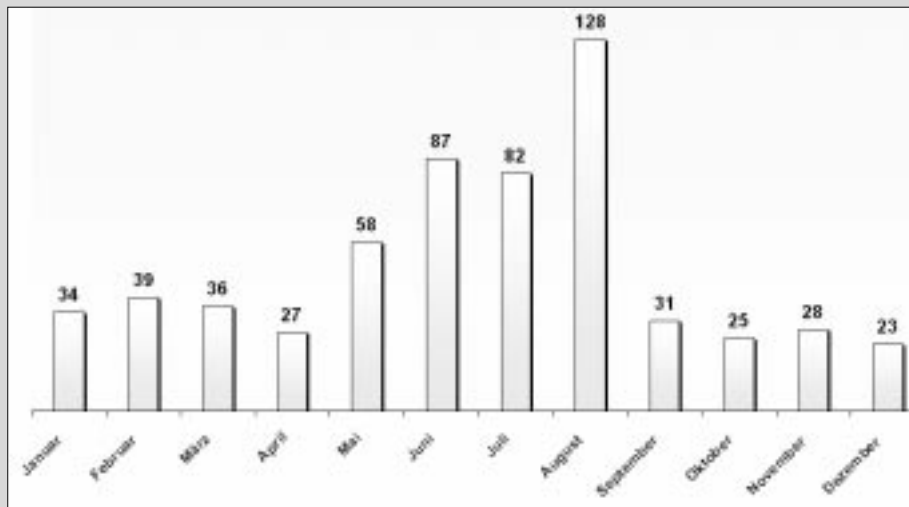
hat sich selbst bei einem großen Ansturm von Badegästen und Wassersportlern in der Hauptsaison bewährt“, begründet der DLRG-Präsident

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

die geringe Zahl von Todesfällen in Nord- und Ostsee. Mit Blick auf die Binnengewässer

rhein-Westfalen mit 79 tödlichen Wasserunfällen, gefolgt von Baden-Württemberg (67)

Versicherungs-AG der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft drei neue hochwasserge-



Beinahe jeder zweite Unfall ereignete sich in der Zeit von Juni bis August.

forderte Wilkens Regelungen für eine verbindliche Absicherung der Binnengewässer, die von Schwimmern, Badegästen und Wassersportlern genutzt werden.

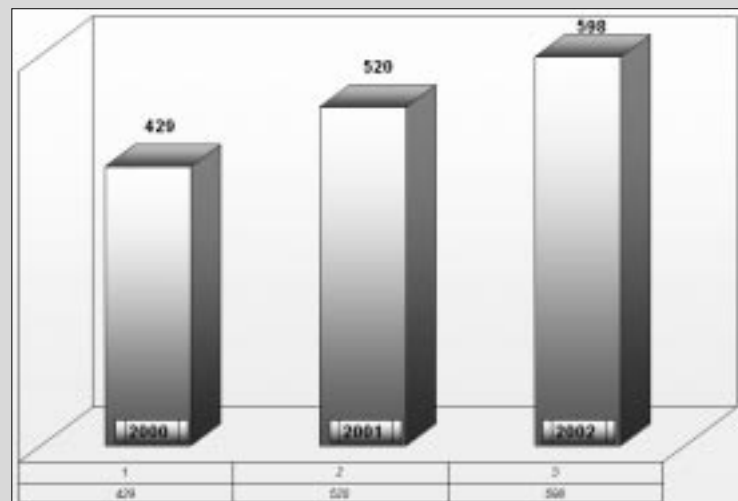
Besonders vom Ertrinken betroffen sind ältere Menschen und Kinder im Vorschulalter. In der Altersklasse von 61 bis 70 Jahren ertranken 93 Personen, bei den Jüngsten bis zu fünf Jahren waren es 45 Jungen und Mädchen. Die meisten Kinder kamen in Gartenteichen, Swimmingpools oder Gewässern im näheren Umfeld der heimischen Wohnung ums Leben. DLRG-Präsident Dr. Wilkens appellierte an die Eltern, die Kleinsten nicht aus den Augen zu lassen. Schon ein flacher Gartenteich könne für sie zur tödlichen Gefahr werden. Zudem forderte er die Einrichtung lokaler Aktionsgemeinschaften zur Ermittlung und Absicherung potenzieller Gefahrenquellen. In allen Bereichen der vorbeugenden Aufklärung seien noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, so Wilkens weiter.

Auch im vergangenen Jahr ertranken die meisten Menschen in Bayern. Laut DLRG-Statistik kamen dort 132 Menschen ums Leben. An zweiter Stelle rangiert Nord-

und Niedersachsen (60). Im Saarland ertranken lediglich drei Personen.

In den fünf neuen Bundesländern waren 138 Opfer zu beklagen, 25 mehr als im Vor-

eignete Motorrettungsboote. Kai Berrer, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Allianz Niederlassung für Norddeutschland taufte die Boote und dankte der DLRG für den



Auch für 2002 musste erneut ein Anstieg der Ertrinkungszahlen verzeichnet werden.

Grafiken: DLRG

jahr. Dabei muss berücksichtigt werden, dass in Sachsen und Sachsen-Anhalt 22 Menschen in den Hochwasserfluten ums Leben kamen.

Die DLRG war während des Augusthochwassers mit 4500 Rettern, davon fast 600 Rettungstauchern, und rund 300 Rettungsbooten im Einsatz.

Im Rahmen der Pressekonferenz übergab die Allianz

großartigen ehrenamtlichen Einsatz in den Überschwemmungsgebieten. Die Mittel für die Rettungsboote stammen aus dem Budget „Hochwasserhilfe“ der Stiftung Allianz direct help, das sich zu großen Teilen aus Spenden der Mitarbeiter des Allianz-Konzern zusammensetzt.

150 Jahre aktiv für die Bürgerschaft

Deutscher Feuerwehrverband begeht Jubiläum in Ulm

„Im Jahre 1853 hatten sich sämtliche noch jungen Feuerwehren mehrerer Städte in Correspondenz gesetzt. Es hatte der Wunsch Ausdruck gefunden eine Zusammenkunft zu halten und es wurde zunächst durch den Commandanten der Tübinger Feuerwehr, Herrn Werksmeister Haller, auf Wunsch der Hechinger Feuerwehr die Aufforderung an mich gerichtet, eine Versammlung auszuschreiben, was denn auch meinerseits sofort geschehen ist.“

So beschreibt Conrad Dietrich Magirus in seinem Stan-

ren eine Eingabe an die württembergische Regierung für eine neue Feuerlöschordnung. Im Laufe der Veranstaltung regte Magirus die Gründung von Feuerwehrverbänden und die Durchführung von deutschen und Landesfeuerwehrtagen an. Diese Versammlung gilt als Gründung des DFV.

Schnell, kompetent, zuverlässig

150 Jahre später treffen sich in Ulm die Delegierten des Deutschen Feuerwehrverbandes und Repräsentanten des

ble an seinen Nachfolger wird in Ulm stattfinden.

Neben der bundes- und landespolitischen Prominenz werden auch tausende Besucher aus der Region, aus Deutschland und aus europäischen Ländern an diesem Großereignis teilnehmen.

„Schnell, kompetent, zuverlässig“ lautet das übergreifende Motto dieser vielschichtigen Veranstaltung. Mannigfaltige Aktivitäten und Ausstellungen für Feuerwehrbegeisterte, Bürger und Gäste der Stadt Ulm in der Innenstadt, Aktionen der Jugendfeuerwehren, Feuerwehrmusik und Feuerwehrwettkämpfe bilden das Programm, in das der Festakt zum DFV-Jubiläum eingebettet ist. Fachlich soll das Symposium „Zukunft der Feuerwehren im 21. Jahrhundert“ neue Impulse vermitteln. DFV-Bundesgeschäftsführer Herbert Becker sagt: „Uns ist für Ulm ein ausgewogenes Programm gelungen, das für jeden etwas bietet.“

Vertretung von mehr als einer Million Hilfskräften

Der Deutsche Feuerwehrverband dokumentiert mit dieser Großveranstaltung auch seine Kompetenz als Deutschlands größte Organisation für den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz. Die tragenden Säulen sind 24.500 Freiwillige Feuerwehren mit mehr als einer Million Einsatzkräften. Dazu gesellen sich 99 Berufsfeuerwehren in den Großstädten mit 28.000 Beamten sowie 900 Werk- bzw. Betriebsfeuerwehren mit 33.000 Aktiven. Mit insgesamt 34.700 Wachen stellen die deutschen



DFV-Präsident Gerald Schäuble, hier im Gespräch mit Altbundespräsident Roman Herzog, wird anlässlich der Delegiertenversammlung in Ulm aus seinem Amt verabschiedet.

dardwerk „Das Feuerlöschwesen in allen seinen Theilen“ die Vorbereitungen zur Gründung des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV). Magirus war zu dieser Zeit Kommandant der Feuerwehr in Ulm und initiierte die erste Versammlung deutscher Feuerwehren in Plochingen am 10. Juli 1853. Hier beschlossen Vertreter von zehn Feuerweh-

öffentlichen Lebens, um den „Geburtstag“ angemessen zu begehen. Gemeinsam mit dem 9. Landesfeuerwehrtag Baden-Württemberg finden die Feierlichkeiten vom 30. Juni bis zum 6. Juli 2003 statt. Bei der Delegiertenversammlung am 4. Juli 2003 wird zudem ein neuer DFV-Präsident gewählt. Die feierliche Stabübergabe von Präsident Gerald Schäu-

Deutscher Feuerwehrverband

Feuerwehren ein flächendeckendes Hilfeleistungsnetz mit kurzen Eingreifzeiten sicher. Neben der Verantwortung für den Brandschutz haben in den letzten Jahren die Einsätze zur Bewältigung technischer Hilfeleistungen mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Nicht erst seit dem „Jahrhunderthochwasser“ im Sommer 2002 besitzt der Katastrophenschutz in dieser Organisation einen hohen Stellenwert.

Um den Nachwuchs sicherzustellen und der gesellschaftspolitischen Aufgabe Jugendarbeit nachzukommen, engagieren sich die deutschen Feuerwehren vorbildlich in der Jugendarbeit. 17.200 Jugendgruppen mit 257.000 Jugendlichen legen dafür ein deutliches Zeugnis ab.

Der DFV ist heute die Interessenvertretung von 16 Mitgliedsverbänden und zwei Bundesgruppen mit der Bundesgeschäftsstelle in Bonn und der Vertretung der deutschen Feuerwehren in Berlin.

Für die Zukunft gerüstet

Mit dem Zukunftssymposium „Feuerwehr im 21. Jahrhundert“ soll der Blick der Feuerwehren nach vorne gerichtet werden. „Unser Programm ist auf zwei Pole angelegt: Auf den Menschen und auf die Technik, die er im Einsatzfall beherrschen muss. Mit dem Symposium wollen wir Bewusstsein schaffen, die vor uns liegende gesellschaftliche Entwicklung und die Möglichkeiten des Hightech-Zeitalters konzeptionell miteinander zu verbinden“, sagt DFV-Präsident Gerald Schäuble.

Der thematische Bogen spannt sich vom bürgerschaftlichen Engagement und der Jugendarbeit über digitale Informationen aus dem Weltall bis hin zur Feuerwehrentechnik, die diese Möglichkeiten vor Ort umsetzen kann. G. Schäuble: „Wir haben hierfür vier Referenten mit richtungweisender Kompetenz gewinnen

können. Multiplikatoren dieser ‚Ulmer Botschaft‘ sind Feuerwehr-Führungskräfte aus ganz Deutschland.“

Hochkarätiges Programm

Dieses einmalige Großereignis, 150 Jahre Deutscher Feuerwehrverband und der 9. Lan-

Briefmarken und Helmen, Schauübungen, Aktionen der Jugendfeuerwehren und Platzkonzerte: Ulm lädt am ersten Juliwochenende zu einem großen Stadtfest in Feuerwehrrot ein. Bereits im Vorfeld finden mehrere Veranstaltungen statt: Am 4. Juni wird im Stadthaus am Ulmer Münster die



Conrad Dietrich Magirus (* 1824, † 1895), Fabrikant und Feuerwehrkommandant in Ulm, gab 1853 den maßgeblichen Anstoß zur Gründung des Deutschen Feuerwehrverbandes.

desfeuerwehrtag Baden-Württembergs, sind doppelter Anlass für eine bunte Mischung aus Ausstellungen und Mitmachangeboten, Feuerwehrowettbewerben, Fachtagungen und Festveranstaltungen. „Bürger, Gäste der Stadt, Philatelisten, Feuerwehrinteressierte und natürlich Feuerwehrleute aus ganz Deutschland werden bei dieser Großveranstaltung auf ihre Kosten kommen“, verspricht der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes.

Ob historische Spritzen oder modernste Einsatzfahrzeuge und Geräte, die Präsentation der Feuerwehren in

Doppelausstellung „Feuerwehrtage in postalischen Dokumenten“ und „Viele Formen, viele Farben – ein Zweck: Feuerwehrhelme“ eröffnet. Am 30. Juni 2003 startet eine Rundfahrt historischer Feuerwehrautomobile im Alb-Donau-Kreis. Höhepunkt für die Besucher sind sicherlich auch die Leistungswettbewerbe und die Schauübungen: Den Schlusspunkt bildet am Sonntag ein historischer Feuerwehrcorso unter dem Slogan „Steigt auf“. Dabei werden die Feuerwehrhistoriker hochinteressante Einblicke in die Geschichte der Feuerwehrleitern geben – die



Deutscher Feuerwehrverband



auch untrennbar mit dem Namen Magirus verbunden sind.

Die Feuerwehrmusik veranstaltet ein Wertungsspielen,

freuen uns, dass das Jubiläum des Deutschen Feuerwehrverbandes in der Wiege der Feuerwehren gefeiert wird“,



Rund um das Ulmer Münster werden den Fachleuten und dem interessierten Publikum zahlreiche Aktionen zum DFV-Jubiläum und Landesfeuerwehrtag geboten. (Fotos: DFV)

außerdem finden regelmäßig in ganz Ulm Platzkonzerte statt. Jugendfeuerwehren treffen sich zu einem großen Zeltlager.

Die Organisation haben der DFV, der Landesfeuerwehrverband (LFV) Baden-Württemberg und die Stadt Ulm unter Federführung der Ulmer Feuerwehr gemeinsam in die Hand genommen. Hunderte Feuerwehrangehörige wirken vor Ort an der Vorbereitung und Durchführung mit. „Wir

sagt Dr. Frank Knödler, Präsident des Landesfeuerwehrverbandes. „Besonders stolz sind wir auf die große Internationalität; Delegationen aus zahlreichen europäischen Staaten werden zu unserer Großveranstaltung erwartet.“

„Seit 150 Jahren bündelt und vertritt der DFV die Interessen der Feuerwehren, vernetzt Fachleute und Führungskräfte, fördert Innovationen und organisiert die Feuerwehrtage, die Feuerwehr-Ak-

tionswochen und andere Veranstaltungen von bundesweiter Bedeutung“, sagt DFV-Präsident Schäuble. „Im Sinne unseres Leitgedankens in Ulm – schnell, kompetent und zuverlässig – präsentiert sich auch der Deutsche Feuerwehrverband als stets verlässlicher Ansprechpartner für das deutsche Feuerwehrwesen.“

Der Klick zum Jubiläum: Alle Informationen aus dem Internet

Um allen Interessierten möglichst viele Informationen zugänglich zu machen, haben die Veranstalter DFV, Landesfeuerwehrverband und Feuerwehr sowie Stadt Ulm eine gemeinsame Homepage erstellt. Dort stehen alle wichtigen Informationen mit einem Klick bereit und das Programm wird ausführlich dargestellt.

Doch die Programmübersicht ist nicht alles: Auf www.feuerwehrtag2003.de erhalten Interessierte auch Informationen über Unterkünfte, und sie können diese gleich reservieren. Außerdem sind Anmeldungen für die Veranstaltungen möglich. Alle Ausschreibungsunterlagen sind auf der Website dokumentiert. so



150
JAHRE

DEUTSCHER
9. LANDES FEUERWEHR TAG
BADEN - WÜRTTEMBERG
VERBAND

Wenn Träume in der Wüste enden



Ein Tag kann sich unendlich lang hinziehen. Hayat blickt aus dem Zelt über die

guten Noten. Der Vater arbeitet als Fahrer in den Arabischen Emiraten, die Mutter als

Somalia, keine Kämpfer.“, erklärt Hayat. Erzählt von ihrer Tante, die bei der Geburt ihres Kindes starb. Niemand war da, der die Blutungen stoppen konnte: „Für die Familie war das ein Alptraum. Damals entschloss ich mich, Medizin zu studieren“.

Drei Jahre paukt Hayat an der Universität. Halbzeit im Studium, Endzeit in Bagdad. Raketen detonieren. Einmal spürt Hayat, wie der Boden unter ihr wankt.

Mit anderen Freunden flieht sie. Ein alter Bus bringt sie bis zur jordanischen Grenze. Dort wird sie ins Flüchtlingslager Ruweishid des Jordanischen Roten Halbmonds überwiesen. Rund 250 Männer, Frauen und Kinder aus sogenannten Drittländern sind hier untergebracht: Ein Transit für Gestrandete. Gastarbeiter und Studenten aus Somalia, Eritrea, Sudan oder Ägypten finden hier eine erste Zu-



Die kleine Entisar wurde nach Beginn der Bombardement in Bagdad geboren und war gerade eine Woche alt als sie mit ihrer Mutter im Flüchtlingslager ankam.

staubigen Planen der folgenden Reihen. Hinter Camp B in Ruweishid gibt es nur noch Sand und Steine soweit das Auge reicht. Vom Himmel brennt die Sonne, keine Wolke, kein Baum, der Schatten gibt. Die 22-jährige lernt eine bittere Lektion in ihrem jungen Leben. Lernt, was es heisst, ein Flüchtling zu sein.

Bis die Bomben fielen, schien alles so fern. Hayat will in Bagdad nicht daran denken, was Krieg bedeutet. Übersieht so gut es geht die ernsten Gesichter der anderen Studenten. Will nicht hören, über was alle sprechen. „Krieg“. Das Wort hämmert sich in die Köpfe aller. Verdrängt Stück für Stück all das Wissen, dass der Professor im Hörsaal an die schwarze Tafel schreibt.

Bagdad bedeutet für Hayat eine Chance. Mit ihrem Stipendium kann die junge Somali Medizin studieren. Kostenlos. „Und die Ausbildung ist gut“, so Hayat. Ihre Eltern hätten ihr kein Studium finanzieren können, trotz der

Hauswirtschafterin. Der Lohn reicht nicht, um allen Kindern eine gute Ausbildung zu sichern.



Das Flüchtlingslager Ruweishid kann bis zu 25.000 Menschen versorgen.

Die Heimat Somalia hat ein jahrelanger Bürgerkrieg in den Abgrund getrieben. In weiten Teilen des Landes haben Warlords das Sagen. Hier sind Kalaschnikows das Gesetz. „Wir brauchen dringend Ärzte in

flucht. Es ist ein Kommen und Gehen von Hunderten. Viele bleiben nur kurz. Andere warten, dass der Krieg endet. Vor allem dann, wenn in der eigenen Heimat Chaos herrscht.



Die Hoffnung nicht verlieren

„Ich weiß nicht, was ich hier tun soll. Seit über zwei Wochen bin ich jetzt hier. Und die Zeit zieht sich so langsam dahin. Wir werden

getragen. Als sie weitergeht blickt Rania nachdenklich auf den staubigen Boden: „Manchmal bin ich traurig, wenn ich über die ungewissen Schicksale der Menschen im Camp nachdenke. Viele besitzen nur noch das, was sie am Leib tragen“.



Till Mayer arbeitet derzeit als Informationsdelegierter der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften in der Regionaldelegation in Amman.

gut versorgt. Aber Hoffnung kann mir keiner geben. Ich werde nach Somalia zurückkehren. Aber wem kann ich da helfen mit meinem halbfertigen Studium. Ein Doktor versorgt in meiner Heimat Zehntausende.“

Helfer wie Rania versuchen den Flüchtlingen Hoffnung zu geben. Im Spielzelt tollt die 30-jährige mit den vielen Kindern herum, malt mit ihnen Bilder. An der Zeltwand hängen bunte Poster, Kinderhände formen aus Knetmasse fabelhafte Tiere.

Rania und ihr Mann hatten sich beim Jordanischen Roten Halbmond als Freiwillige gemeldet. Seit das Lager steht, leisten die beiden Dienst.

Kraft geben

Die gelernte Krankenschwester gibt Kraft, das haben die Menschen im Camp schnell erkannt. Eine hochschwangere Sudanerin wechselt ein paar Worte mit der Helferin. Ein kurzer Witz, zwei Frauen lachen. Die Afrikanerin trägt zerschlissene Turnschuhe, das Kleid ist ausgebleicht und ab-

Das Lager ist für 5000 Menschen angelegt. Die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondge-

im Lager bereit, Toiletten und Duschen ziehen sich in langer Reihe hin. „Das Camp ist erweiterbar. Bis zu 25.000 Menschen könnten aufgenommen werden“, erklärt Wolfgang Stöckl. Der 42-jährige Österreicher aus Steyr hat Erfahrung im Aufbau von Wasserversorgungs- und Sanitätssystemen: ob in Konfliktländern wie dem Sudan und Afghanistan oder bei Naturkatastrophen wie in Honduras oder 1999 in der Türkei. Die Liste der Rotkreuz-Einsätze Stöckls ist lang.

Die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung hat sich auf mögliche Flüchtlingsbewegungen vorbereitet. In einem Lagerhaus in Amman türmen sich verpackte Zelte, Decken, Kochsets und andere Hilfsgüter für 40.000 Flüchtlinge auf. Bis jetzt sind die großen Flüchtlingsströme ausgeblieben. Trotz der Bombardements. Die Helfer stehen bereit. Denn eines ist sicher: Der Krieg im Irak hat unzählige Verlierer. Menschen wie



Gerade die jüngsten Lagerinsassen können den plötzlichen Wechsel nicht begreifen und brauchen viel Zuwendung.

**(Fotos: IFRC/
T. Thorkelsson)**

sellschaften (IFRC) hat Spezialisten geschickt, um die Nationalorganisation in der Krisensituation zu unterstützen. Mächtige Wassertanks stehen

Hayat, denen die Kämpfe ein Stück Zukunft geraubt haben.
Till Mayer

„rescue 2003“

Für die Johanniter ein voller Erfolg



„Die Messe war ein voller Erfolg.“ So kommentierte der Leiter des Johanniter-Bildungswerkes die Resonanz bei der Fachmesse „rescue 2003“, der Ausstellung für interdisziplinäre Zusammenarbeit im Rettungswesen und in der Gefahrenabwehr, die Anfang Februar in Stuttgart stattfand. Zahlreiche Besucher konnten sich in den drei Tagen von der Vielfalt der Angebote im Johanniter-Bildungswerk und in der Johanniter-Akademie überzeugen.

Die Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern Ute Vogt informierte sich besonders eingehend über die Krisenintervention. Beeindruckt zeigte sie sich auch von der gruppenspezifischen Demonstration der Herz-Lungen-Wiederbelebung zur Verhinderung des „plötzlichen Herztods“, die der Projektbeauftragte für Automatische Externe Defibrillation Christian Schaefer mit den Besuchern an Demonstrationspuppen durchführte.

Jedes Jahr sterben rund 130.000 Menschen in Deutschland den „plötzlichen Herztod“. Die meisten von ihnen könnten gerettet werden, wenn mehr Menschen wüssten, wie sie sich gegenüber dem Betroffenen verhalten sollen, hieß es am Messestand der Johanniter. Neben der Herz-Lungen-Wiederbelebung ist meistens ein lebensrettender Schock der Schlüssel zum Erfolg.

Entscheidend ist, dass dieser Schock sehr früh, möglichst in den ersten fünf Minuten, ausgelöst werden kann. Dank automatischer Defibrillatoren sind dazu zunehmend schon

die Ersthelfer in der Lage. Die Johanniter unterstützen die Einführung dieses lebensrettenden Systems in immer mehr Bereichen seit vielen Jahren. Die einfache Bedienung des Geräts bewiesen die Kinder, die „Ersthelfer von morgen“.

Für die Vorbereitung auf den Notfall bieten das Johanniter-Bildungswerk und die Johanniter-Akademie eine Reihe von Notfalltrainings in Arztpraxen oder Kliniken und die Berufsausbildung zum Rettungsassistenten an. Notfälle

im Notfall den Hund richtig zu versorgen. Denn einiges ist beim Hund doch anders als beim Menschen. Entstanden ist dieses ungewöhnliche Projekt aus dem Engagement der Johanniter im Rettungshundewesen.

Eine christliche Hilfsorganisation wie die Johanniter-Unfallhilfe will aber nicht nur mit notfallmedizinischen Maßnahmen eine Verletzung unter Kontrolle bekommen, sondern auch die psychischen Probleme des Notfalls auffan-



Kinderleicht. Die Johanniter unterstützen die Einführung automatischer Defibrillatoren. (Foto: JUH)

wie Kreislaufschocks reißen das Personal von Arztpraxen, Kliniken oder im Krankentransport aus täglicher Routine und verlangen schnelles Eingreifen.

Besonders beliebt waren bei den Messebesuchern die Präsentationen der Projektbeauftragten „Erste Hilfe am Hund“, Diana Borchelt, mit ihrem Team. Der Hund gilt häufig als des Menschen bester Freund. Doch kaum ein Hundefreund ist in der Lage,

Auch Angehörige, Augenzeugen, Passanten und Helfer werden in diesen Situationen psychisch belastet. Ihnen muss ebenfalls Aufmerksamkeit geschenkt werden. Deshalb stellten die Johanniter bei der „rescue 2003“ vor, wie sie nicht nur bundesweit Helfer für die Notfallseelsorge und Krisenprävention ausbilden, sondern auch in Einsatzdiensten mitwirken und sich beim Aufbau neuer Dienste engagieren.

JUH

Einsatz in der Wüste



Nach über sieben Jahren musste die durch den Malteser Hilfsdienst durchgeführte medizinische Betreuung der UN-Blauhelmission UNIKOM (United Nations Iraq Kuwait Observation Mission) aufgrund der politischen Entwicklungen im Irak im März 2003 beendet werden. Seit 1995 waren insgesamt 15 German Medical Teams (GERMED) für jeweils sechs Mona-

Das von den Maltesern als offizielles deutsches Kontingent betriebene Hospital im UNIKOM-Hauptquartier befand sich in der Hafenstadt Umm Quasr an der Mündung des persischen Golfs. Ausgestattet mit modernem Notfall-Equipment, mehreren Behandlungsräumen, einem Operationsaal sowie einer kleinen Bettenstation wurde so über die Jahre hinweg ein sehr guter medizi-

nette Iraker. Trotz der Warnung durch rote Schilder mit der Aufschrift "Mine" und verstärkter Aufklärungsarbeit durch die UN sind meist irakische Nomaden betroffen, die ihren Kamelen auf jahrhundertalten Routen folgen. Aus dem letzten Golfkrieg sind noch unzählige Landminen und alte Geschossteile verstreut, die eine große Gefährdung für die einheimische Bevölkerung, vor allem für spielende Kinder, darstellen. Zahlreiche Kinder mit mittleren bis schweren Verbrennungen – verursacht durch explodierende Gasöfen – wurden ebenfalls bei GERMED behandelt.

Für viele Mitarbeiter von GERMED stellte die Arbeit bei UNIKOM den ersten Auslandsaufenthalt dar. Insbesondere das Kennenlernen fremder Kulturen und der Kontakt mit einer Vielzahl von Nationen machte für die deutschen Malteser den Reiz dieses Einsatzes aus. Bereits beim letzten Teamwechsel Anfang Januar 2003 war den meisten Mitarbeitern klar, dass der UN-Auftrag nicht mehr bis Juli durchgehalten werden konnte. Gemeinsam mit den militärischen Einheiten von UNIKOM war GERMED in den Sicherheitsplan der UN-Mission eingebunden. "Ab dem 14. März galt Sicherheitsstufe 4, das UNIKOM-Hauptquartier wurde auf die kuwaitische Seite evakuiert. Als wir im vorletzten Fahrzeug des langen UN-Konvois die Grenzregion verließen, kamen uns bereits die alliierten Truppen mit Panzern und anderen Militärfahrzeugen entgegen", beschreibt Dr. Paulus die letzten Tage der Mission, in der er bereits zum vierten Mal als Force Medical Officer eingesetzt war.

*Sonja Greiner,
Malteser Auslandsdienst*



Beim Verlassen der entmilitarisierten Zone am 17. März kamen dem UN-Konvoi schon die Militärfahrzeuge der Alliierten entgegen. (Foto: MHD)

te im Auftrag des Auswärtigen Amtes an der kuwaitisch-irakischen Grenze eingesetzt. Neben fünf Ärzten und zwei Krankenschwestern waren sieben Rettungsassistenten für die allgemein- und notfallmedizinische Versorgung von 1.300 UN-Mitarbeitern aus 53 Nationen in der 210 km langen demilitarisierten Zone (DMZ) in der Wüste zuständig. Zum Auftrag von GERMED gehörte auch die Überwachung und Betreuung aller medizinischen Belange in der Mission wie z. B. die Durchführung von Hygieneinspektionen in den Außenposten sowie die regelmäßige Aus- und Weiterbildung der Militärbeobachter in Erster Hilfe.

nischer Standard erreicht. "Nach den Kämpfen um den irakischen Hafen sind inzwischen große Teile des Hauptquartiers sowie unsere Unterkünfte- und Arbeitsräume komplett zerstört", berichtet der Leiter von GERMED 15, Dr. Michael Paulus, der als einer der letzten UN-Mitarbeiter Mitte März die DMZ verließ.

Zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung auch in den entlegenen Gebieten der DMZ waren jeweils zwei Rettungsassistenten rund um die Uhr auf Außenposten in der Wüste stationiert. Meist kamen Opfer von Verkehrsunfällen innerhalb der DMZ zur Behandlung sowie minenver-

Hochwasser- und Katastrophenschutz

Internationale Messe und Kongress

Die Messe München GmbH veranstaltet vom 24. bis 27. November 2003 die erste umfassende internationale Fachmesse zur Hochwasservorsorge mit angeschlossenen Kongress für Hochwasserschutz, Katastrophenmanagement, Klima und Flussbau.

Das Schutzforum und die Arbeitsgemeinschaften des Katastrophenschutzes (ARKAT) als korporatives Mitglied beraten als fachliche und ideale Träger im Programmkomitee den Veranstalter gemeinsam mit Vertretern des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, des Deutschen Komitees für Katastrophenvorsorge (DKKV), des Technischen Hilfswerks (THW), des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

Zur Planung, Vorsorge und Schadensminimierung bei Hochwasserkatastrophen stehen auf der „acqua alta 2003“ in München vor allem folgende Themenbereiche im Mittelpunkt:

- Klima
 - Die globale Entwicklung und ihre Folgen
 - Strategien
 - Vorhersagen
- Fluss- und Deichbau
 - Ausbau
 - Umbau
 - Rückbau

- Renaturierung
- Langfristige Hochwasservorsorge
 - Raumordnung und -entwicklung
 - Wohnen, Leben, Bauen und Wirtschaften am Wasser
 - Wirtschafts- und Verkehrsplanung
 - Landschafts- und Siedlungsentwicklung
 - Objektplanung
 - Bau- und Systemtechnik
 - Bauprodukte für gefährdete Gebiete
 - Gefährliche Güter und Industrieanlagen
 - Versicherungen
- Katastrophenschutz und Hilfe
 - Warnen
 - Vorbeugen
 - Schützen
 - Selbsthilfe/Selbstschutz
 - Nachsorge
 - Risikokommunikation

Aus Hochwasserkriseinstäben, Forschungsinstituten und Hilfsorganisationen, national wie international, sind Entscheider aller Ebenen der Gefahrenvorsorge nach München gerufen, um u. a.

- die Ermittlung von Faktoren, die Hochwasserentstehung und Hochwassergefahren beeinflussen, zu diskutieren,
- den Austausch von Informationen im meteorologischen und hydrologischen Bereich auf internationaler Ebene zu verbessern und
- praktische Methoden der Risikoeinschätzung sowie Erfahrungen des technischen Hochwasserschutzes zu kommunizieren.

Der Kongress bietet eine willkommene Gelegenheit, die in den zuständigen Bundes- und Landesressorts gegenwärtig in der Umsetzung befindlichen Programme zum vorbeugenden Hochwasserschutz mit aktuell in der Diskussion befindlichen Konzepten für den zivilen Katastrophenschutz ganzheitlich zu thematisieren. Den Kommunen, die im Hochwasserschutz und Katastrophenschutz die zentrale Rolle spielen, eröffnet die Messe in München anhand von Best-Practise-Demonstrationen eine bisher einmalige Transfer-Plattform.

In seinem Beitrag zum 2. Gefahrentag des Deutschen Komitees für Katastrophenvorsorge in Potsdam wies Hoffmann (GTZ) darauf hin, dass alle bisherigen Konzepte der Katastrophenvorsorge noch zu wenig die politisch-ökonomischen Aspekte berücksichtigten. Fehlen würden ökonomische Indikatoren für eine langfristig präventive Vorsorgestrategie. Der notwendigen Weiterentwicklung bestehender Netzwerke durch eine noch intensivere Integration von Akteuren aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft dienen auch die Messe und der Kongress für Hochwasserschutz, Katastrophenmanagement, Klima und Flussbau in München, an deren Vorbereitungen sich Schutzforum und ARKAT unterstützend beteiligten; ein Projekt, zu dem beide Verbände mit vielfältigen Erfahrungen auf dem Gebiet des schützenden Bauens und operativem Know-how beizutragen wissen. *K.-D. Kühn*



Girls Day 2003

Frauenpower im THW

Tonnenschwere Lasten heben, meterdicken Beton zerschneiden, riesige LKW durchs Gelände fahren – das Abenteuer THW erlebten am 8. Mai Schülerinnen aus dem ganzen Bundesgebiet. Zahlreiche Ortsverbände öffneten am Girls Day ihre Tore und zeigten, wie man mit Technik Hilfe leisten

„Wir brauchen nicht nur mehr Mädchen und Frauen, die sich ehrenamtlich engagieren, auch der Beruf THW ist für Frauen vielseitig und interessant“, warb THW-Präsident Georg Thiel für seine Organisation. Und das sollte bewiesen werden. So öffnete auch die THW-Leitung in Bonn die

ser. Denn Petra Jenning ist eine von 810 Zugführern des Technischen Hilfswerks (THW). Bergung von verletzten Menschen, Wiederherstellen der Stromversorgung, Versorgung von Katastrophenopfern – das alles gehört zu den Aufgaben dieser größten Hilfeinheiten der Bundesanstalt.

Mehr als ihr halbes Leben hat Petra Jenning bereits im THW verbracht. Vor fast zwanzig Jahren machte sie als Jugendliche im THW-Ortsverband Reinickendorf die ersten Erfahrungen im Umgang mit Katastrophen. Ihr letzter großer Einsatz war beim Elbehochwasser gefragt, wo sie zuerst im sachsen-anhaltinischen Wörlitz half und dann in der im Bundesinnenministerium angesiedelten „Koordinierungsstelle Hochwasser“ mitarbeitete. Vor zwei Jahren war sie bei einem schweren Unwetter-Einsatz in der Region von Bordeaux mit dabei. Im Juli 2002 hatten sie und ihre Helfer mit den Folgen des „Jahrhundertsturmes“ zu kämpfen. Die Zugführerin erkundete sofort nach Ausbruch des Unwetters die ersten Zerstörungen im Stadtgebiet, zahlreiche umgefallene Bäume mussten weggeräumt werden – auf zwei Kilometern S-Bahn-Gleisen im Berliner Norden allein 25 Stück.

Jenning durchlief die klassische „THW-Karriere“: nach der Jugendgruppe die Grundausbildung mit anschließender Prüfung, dann Fachausbildung in der Bergungsgruppe, Trupp- und Gruppenführerin, währenddessen ständige Weiterbildung, und schließlich das Angebot, ob sie nicht Zugführerin eines der beiden Technischen Züge des Ortsverbandes werden wollte. Das war 1994. „Seitdem bin ich für

**Junghelferin
im
Einsatz.**



kann. Dabei ging es nicht nur um die 1.000 spezialisierten Einsatzgruppen im Inland, sondern auch darum, wie das THW nach Katastrophen wie Erdbeben, Vulkanausbrüchen und Dürren im Ausland humanitäre Hilfe leistet. Denn auf fast allen Kontinenten der Erde sind die Helferinnen und Helfer des THW im Einsatz.

Die Initiatoren des Girls Day wollen Schülerinnen der Klassen 5-10 anhand praktischer Beispiele zeigen, wie spannend der Umgang mit Technik und Naturwissenschaften sein kann und ihnen so neue Zukunftsperspektiven und Berufsfelder eröffnen.

Türen, um interessierten Schülerinnen die Arbeit in der Schaltzentrale der Katastrophenschutzorganisation der Bundesregierung nahe zu bringen.

Wie spannend ehrenamtliches Engagement im THW ist, zeigt das Beispiel der Berliner Zugführerin Petra Jenning, eine von rund 5.000 Frauen und Mädchen im THW. Eine Zahl, die stetig steigt.

„Wenn andere Leute wegrennen, dann rennen wir hin“, umschreibt Petra Jenning ihre Aufgabe. Die 34-jährige Berlinerin hat Erfahrung mit allem, was für Schlagzeilen sorgt: Unwetter, Explosionen, Hochwas-

Technisches Hilfswerk

alles verantwortlich, was in diesem Zug - ein „TZ“ umfasst vierzig Helfer - passiert“, erzählt Jenning.

Das bedeutet viel mehr als nur die Koordination, Organisation und Aufsicht der Einsätze: „Zugführer tragen viel Verantwortung, nicht nur dafür, dass der Einsatz erfolgreich ist. Ich muss genauestens Bescheid wissen über Ausstattung und Kapazität der Helfer, ihren Ausbildungsstand kennen, über die technische Ausstattung mit unseren Geräten Bescheid wissen. Dazu gehört natürlich technisches Know-how, das man in der Ausbildung lernt. Zudem habe ich aber auch eine Sorgfaltspflicht, nicht nur gegenüber den Menschen, denen wir helfen sollen. Ich muss auch auf meine eigenen Leute achten, Gefahren einschätzen und erkennen, wenn sie am Ende ihrer Kräfte angelangt sind“, berichtet Jenning. Denn nicht selten überschätzen die Helfer im Einsatz ihre Kräfte. „Die Fürsorgepflicht bedeutet auch, auf ihre Belastbarkeit zu achten. Das gilt natürlich besonders für Einsätze, wo es gilt, Menschenleben zu retten.“

Ein Zugführer muss ganz besonders belastbar sein, sowohl durch die körperliche Anstrengung im Einsatz - wo die klassische Achtstundenschicht je nach Situation oft durchbrochen wird - als auch durch die besondere Verantwortung als Führungskraft. „Wenn man Zugführer wird, dann weiß man natürlich, was auf einen zukommt. Die Belastbarkeit wird ja schon in der Ausbildung erprobt. Durch die Tätigkeit beim THW habe ich viel über mich und meine Grenzen gelernt. Und je mehr Erfahrungen man im Laufe der Jahre sammelt, um so besser kann man mit den Belastungen umgehen. Wichtig ist vor allem auch, dass ich mich auf meine Leute verlassen kann und sie mir und meinen Anweisungen vertrauen. Im Einsatz ist schnelles und dennoch

überlegtes Handeln gefragt. Ein gutes Team ist deshalb das A und O der Arbeit“, berichtet Jenning und vergisst nicht zu erwähnen, dass sie es auch durch ihren Beruf - sie ist leitende Kundenberaterin bei der Deutschen Telekom - gewöhnt ist, ein Team zu führen.

Belastend ist ihre Aufgabe natürlich ohnehin - denn hin-



Petra Jenning ist eine von 810 Zugführern des Technischen Hilfswerks. Fotos: THW

ter vielen Einsätzen stehen menschliche Schicksale. „Wenn Menschenleben in Gefahr sind oder man sogar schon im Vorfeld weiß, dass es Tote gibt, dann steckt man das nicht so leicht weg. Aber wer zum THW geht, der will ja auch Menschenleben retten.“ Nicht immer aber kann man helfen: „Schlimm war ein Einsatz vor vier Jahren in Berlin, als bei einer Gasexplosion in Steglitz sieben Menschen ums Leben kamen. Als wir die Trümmer des Hauses sahen, war klar, dass es kaum Überlebende geben kann. Unter den Opfern war auch ein Junge. Wenn Kinder betroffen sind, ist es natürlich noch schwerer.“ Wichtig nach solch schweren Einsätzen sei deshalb die Aufarbeitung mit den Kollegen und eine psychologische Betreuung. „Während des Einsatzes hat man ja keine Zeit, über das Erlebte nachzudenken. Aber danach fängt das Denken an.“

Helfen beim THW erfolgt auf ehrenamtlicher Basis. Rund zehn Stunden pro Woche investiert Jenning nach

Feierabend für die Arbeit im Büro, den Gruppenräumen und Werkstätten in Reinickendorf. Doch braucht es als Frau unter vielen Männern eine besondere Portion Engagement? „Grundsätzlich: Es gibt starke und schwache Frauen, aber auch starke und schwache Männer. Ich würde die Führungsqualitäten von Frauen nicht zu sehr von denen der Männer unterscheiden. Doch in der Tat gehen Frauen Belastungen, mögliche Spannungen oder Konflikte mit einer anderen Denkweise an als Männer. Meine Erfahrung ist, dass sich Gruppen anders verhalten, wenn Frauen dabei sind - das gilt sicher nicht nur für extreme Bereiche wie den Katastrophenschutz im THW, sondern auch für andere Berufe. Frauen wirken ausgleichender.“

Mit Vorurteilen gegen das vermeintlich „schwache Geschlecht“ war auch Jenning zu Anfang ihrer weiterführenden Ausbildung beim THW konfrontiert. „Im Gegensatz zu mir haben aber einige Männer die äußerst anstrengende Atemschutz Ausbildung nicht geschafft“, bemerkt sie mit einem Lächeln. „Ich denke, dass Vorurteile und die leider immer noch bestehende klassische Aufgabenteilung im Zivilschutz oder bei der Feuerwehr - die Frauen leisten Erste Hilfe, die Männer sind für Führung und Technik zuständig - generationsabhängig und in Zukunft weniger wichtig sind. Mir hat Technik immer Spaß gemacht. Für unsere Jugendgruppe interessieren sich immer mehr Mädchen, die keine Angst vor dem Umgang mit Werkzeug und schwierigen Geräten haben. Dennoch würde ich es mir wünschen, wenn es schon jetzt mehr Frauen im THW gäbe.“

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Behördenspiegels



Zivilschutzhub- schrauber 2002

Im Jahr 2002 haben die Hubschrauber der Luftrettung in Deutschland insgesamt 76.800-mal schnelle Hilfe aus der Luft gebracht. Dabei wurden die Notärzte an Bord der Helikopter zu mehr als 53.800 Notfällen gerufen. Durchschnittlich starteten die Luftretter dazu 175-mal am Tag.

Die 16 Stationen, an denen Zivilschutzhubschrauber eingesetzt werden, haben mit über 6700 geflogenen Stunden einen wesentlichen Anteil daran. Die Beamten des BGS, der die Piloten stellt und für die

Havariekonzept“, sagte der Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Ralf Nagel, am 8. April 2003 bei einem Besuch der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS).

Er würdigte die am 1. Januar 2003 in Kraft getretene Vereinbarung über die Kooperation zwischen der DGzRS und dem Havariekommando. Damit unterstelle sich die Gesellschaft der zentralen Einsatzleitung des Havariekommandos und übernehme dabei die Suche und Rettung von Menschen in Seenot sowie deren medizinische Erstversorgung. „Die enge Kooperation zwischen dem Havariekommando

Schiffen, Inseln oder Halligen zum Festland.



Staatssekretär Ralf Nagel (Mitte) im Gespräch mit Mitarbeitern der DGzRS. (Foto: DGzRS)

Beeindruckt zeigte sich der Staatssekretär von der Spendenbereitschaft der Bevölkerung, die es ermögliche, dass der Such- und Rettungsdienst für den Bund kostenneutral sei. Auch der Elan, mit dem die DGzRS und ihre Rettungsmänner diese humanitäre Aufgabe wahrnehmen und die Qualität der ihnen hierfür zur Verfügung stehenden Flotte hätten einen nachhaltigen Eindruck bei ihm hinterlassen.

BMVBW

Station	Standort	Einsätze gesamt	Fehlereinsätze	Transportierte Patienten	Primärversor- gungen
Christoph 2	Frankfurt	1272	139	688	441
Christoph 3	Köln	1362	206	244	661
Christoph 4	Hannover	1538	175	442	921
Christoph 5	Ludwigstafeln	1309	164	650	482
Christoph 7	Kassel	1426	80	263	1078
Christoph 8	Lünen	1039	135	517	386
Christoph 9	Duisburg	1111	216	338	556
Christoph 12	Eutin	1083	105	178	800
Christoph 13	Bielefeld	1237	146	264	825
Christoph 14	Traunstein	1258	105	558	580
Christoph 17	Kempten	1622	187	710	713
Christoph 34	Güstrow	847	42	443	362
Christoph 35	Brandenburg	1119	43	181	895
Christoph 36	Magdeburg	685	34	177	474
Christoph 37	Nordhausen	936	59	272	604
Christoph 38	Dresden	1000	95	295	601
gesamt		18864	1991	6220	10579

Tab.1: Statistik der Zivilschutzhubschrauber.

Einsatzbereitschaft der Hubschrauber verantwortlich ist, haben zusammen mit dem medizinischen Personal ihren festen Platz im weltweit beispielhaften Luftrettungsnetz in Deutschland. Schröer

und der DGzRS ist unentbehrlich für das neue einheitliche Unfallmanagement für komplexe Schadenslagen“, erklärte Nagel.

Die Erfolgsbilanz der Gesellschaft spreche für sich, bekräftigte der Staatssekretär. Seit ihrer Gründung haben die Seenotretter rund 70.000 Menschen gerettet oder aus lebensbedrohlicher Situation auf See befreit. Allein im Jahr 2002 gab es 2563 Einsätze. Dabei wurden 248 Menschen aus Seenot gerettet, 1192 Personen aus kritischen Situationen befreit, 89 Schiffe und Boote vor Totalverlust bewahrt und 975 Hilfeleistungen für Wasserfahrzeuge aller Art geleistet. Außerdem transportierten die Helfer 485 Kranke und Verletzte von

Staatssekretär Nagel besucht DGzRS

„Die Seenotrettung durch die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger ist ein wichtiger Baustein in unserem

Kulturdenkmäler von nationaler Bedeutung

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Kulturstaatsministerin Christina Weiss, stellt 2003 rund 14 Millionen Euro aus dem Denkmalschutzprogramm „National wertvolle Kulturdenkmäler“ für die Substanzerhaltung und Restaurierung von gesamtstaatlich bedeutenden Baudenkmalern, archäologischen Stätten und historischen Parks und Gärten zur Verfügung.

Aus diesem bereits 1950 begonnenen Programm werden Kulturdenkmäler gefördert, die herausragende kulturelle, politische, geschichtliche, ar-

chitektonische, städtebauliche oder wissenschaftliche Leistungen des Gesamtstaates deutlich machen oder für die kulturelle oder historische Entwicklung der deutschen Kulturlandschaften entscheidend sind. Von 1950 bis 2002 konnten aus diesem Programm 489 Kulturdenkmäler mit 236 Millionen Euro erhalten und restauriert werden. Trotz angespannter Haushaltslage stehen 2003 weitere Fördermittel von rund 14 Millionen Euro zur Verfügung. Damit können in diesem Jahr etwa 130 Kulturdenkmäler in Ost und West vor dem weiteren Verfall bewahrt und restauriert werden.

Geförderte Kulturdenkmäler sind beispielsweise die Dome in Aachen, Speyer, Brandenburg, Meißen und Güstrow, die Schlösser in Torgau, Wernigerode, Eutin, Weimar und Pommersfelden, die Klöster in Fulda-Frauenberg, Waldsassen und Oybin, die Festungen, Burgen oder Stadtmauern in Kronach, Büdingen, Braubach-Marksburg, St. Goar, Lenzen, die Nikolai- und die Peterskirche in Leipzig, die St. Marienkirchen in Wismar und Lübeck, die Predigerkirche in Erfurt und die St. Michaeliskirche in Hamburg, die historische Museumsbahn Wutachtal im Schwarzwald, das Erzbergwerk Rammelsberg bei Goslar, die Arbeitersiedlung „Alte Schmelz“ in St. Ingbert sowie der Kaiserbahnhof in Potsdam.

BPA

phenschutzes von 2002 bis 2004 insgesamt 9,75 Millionen Euro. Der Feuerwehr kommen sogar 12 Millionen Euro zuzugute. Der Fördersatz für das Sonderförderprogramm beträgt 50 %. „Mit diesem Beschaffungs- und Zuschussprogramm über fast 22 Millionen Euro wollen wir die Ausstattung im Katastrophenschutz und bei den Feuerwehren an die neuen Dimensionen von Schadensereignissen und Großschadenslagen anpassen“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich des 2. Feuerwehrfachforums am 5. April 2003 in Hirschaid.

zu geben. Meist liegt die entsprechende Literatur in sperrigen Formaten vor und ist für die Ersthilfe zu unübersichtlich und zu ausführlich.

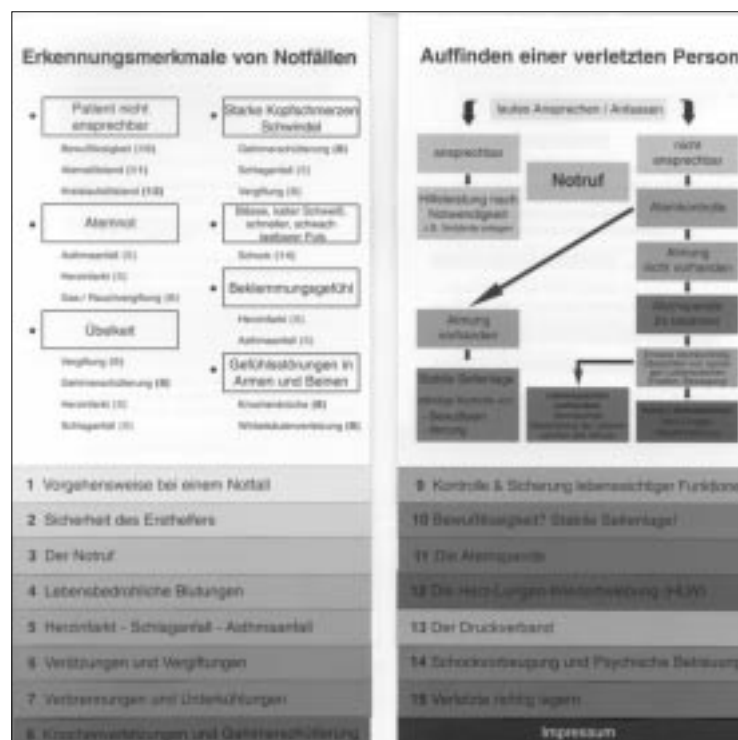
Die Firma Infoflip aus Ulm hat nun eine interessante Alternative vorgelegt. Dank klarer Stichworte und farblicher Unterlegungen findet man sich schnell zurecht; Suchen und Herumblättern entfallen weitgehend, die jeweiligen Kapitel lassen sich mit einem Finger aufklappen. Das hilft nicht nur dem Lernenden, den Überblick zu behalten, sondern ist auch ideal zum Auffrischen fast schon wieder vergessenen Wissens.

Die Broschüre misst zusammengeklappt nur 10,5 x 21 cm und kann problemlos verstaut werden. Darüber hinaus machen Material und Verarbeitung einen robusten Eindruck; nach Auskluft des Herstellers ist der Infoflip witterungsbeständig.

Erhältlich ist der praktische Ratgeber in Apotheken oder

Erste Hilfe im Taschenformat

Ein Problem bei der Ausbildung von Ersthelfern ist si-



Dank klarer Stichworte und farblicher Unterscheidungsmöglichkeiten gelangt man schnell zu den empfohlenen Maßnahmen und Vorgehensweisen.

Sicherheitspaket Bayern

Als Konsequenz aus dem 11. September 2001 hat die Bayerische Staatsregierung das Sicherheitspaket Bayern aufgelegt. Dafür stellt sie in den Jahren 2002 bis 2006 zusätzlich 200 Millionen Euro bereit. Davon fließen allein in Maßnahmen des Katastro-

cher, den Ausgebildeten ein kompaktes Nachschlagewerk zu empfehlen oder an die Hand

im Internet unter: www.Erste-Hilfe-Infoflip.de.

Für Sie gelesen

Katastrophenschutz: Handbuch für EDV-gestützte Übungen

Von Winfried Glass
Walhalla-Fachverlag
Regensburg
ISBN 3-8029-9991-6

Winfried Glass, ein Fachmann und Kenner der Materie, hat für Feuerwehren, Tech-



nisches Hilfswerk, Hilfsorganisationen, den Bereich der Zivil-militärische Zusammenarbeit und Behörden ein Handbuch für EDV-gestützte Katastrophenschutzübungen geschrieben.

Organisationsübungen sind im Katastrophenschutz von entscheidender Bedeutung, um die Führungsfähigkeiten von Mitarbeitern zu schulen und zu überprüfen. Dabei ist deren Umsetzung mit modernsten Mitteln enorm gestiegen. Durch das Handbuch steht ein methodischer Ratgeber zur gezielten Anwendung der EDV bei Übungen für alle Bereiche des Katastrophenschutzes zur Verfügung.

Beginnend beim Übungsauftrag, über Übungsanleitung, Übungsmittel, Organisation der Vorbereitung, der Übungsdurchführung, Übungsablauf, Auswertung und Nachbereitung ist das Handbuch eine praxisnahe und in allen Schritten nachvollziehbare Anleitung. Des Weiteren sind Ar-

beitshilfen für die Übungsleitung sowie zahlreiche Checklisten zur Überwachung der Übungen – einschließlich umfassender Informationen zur Beschreibung bestehender Systeme, Programme und Konzepte – enthalten.

Dem Autor ist wieder ein sehr praxisbezogenes Fachbuch gelungen. *rs*

Jahrbuch 2003

Hrsg.: Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Bremen

Das Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) gibt einen umfassenden Einblick in das Thema Seenotrettung.

Neben den beeindruckenden Einsatzzahlen für das vergangene Jahr (2563 Einsatzfahrten, 248 Menschen aus Seenot gerettet, ...) und interessanten Einsatzschilderungen enthält das Jahrbuch auch Darlegungen über Arbeitsweise und Struktur dieser ausschließlich von Spendengeldern getragenen Organisation, Analysen



über Tendenzen und Notwendigkeiten im Seenotrettungsdienst und, für technisch Interessierte, Daten über die Flotte der DGzRS.

Insgesamt eine empfehlenswerte Lektüre, die sich auch als Nachschlagewerk eignet. *nps*

KOPF- NUSS

So wird's gemacht:

Das Lösungswort ergibt sich - in richtiger Reihenfolge - aus den Buchstaben in den farbigen Feldern. Schreiben Sie die Lösung auf eine Postkarte und senden Sie diese bis zum 30.06.2003 (Poststempel) an:

Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivilschutz
- Preisrätsel -
Deutschherrenstraße 93-95
53177 Bonn

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, das Lösungswort per Fax: (01888-3585824) oder e-mail: (redaktion.zfz@bva.bund.de) zuzusenden

Unter allen richtigen Lösungen werden folgende Preise ausgelost:

1. ein Autofeuerlöscher
2. eine Löschdecke
3. ein Rauchmelder
- 4.-10. je ein Infopaket

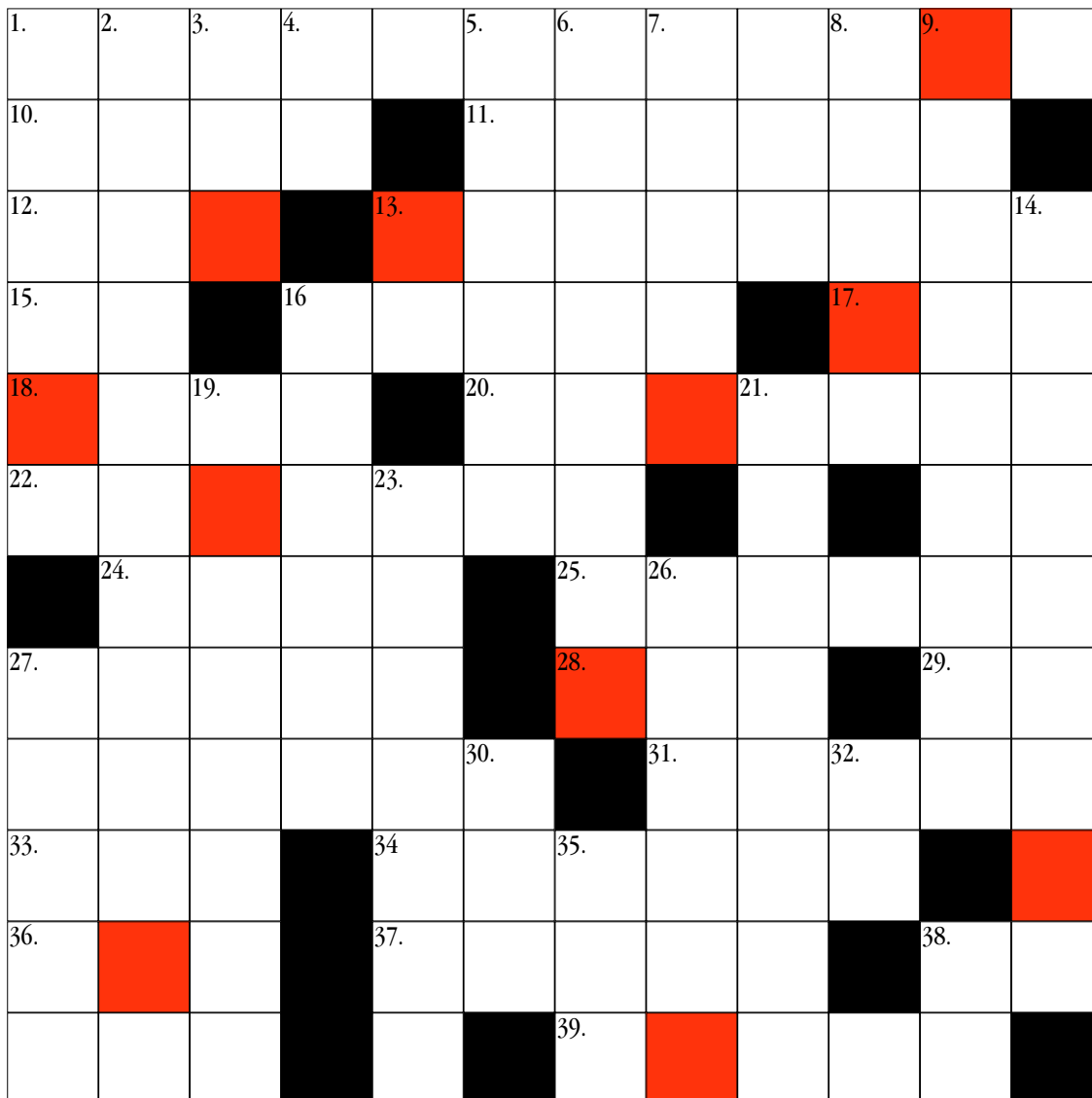
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitarbeiter des BVA und deren Angehörige dürfen nicht teilnehmen.

Die Lösung des Rätsels aus Heft 1/2003 lautete:

BIOTERROR

Die Gewinner werden per Post benachrichtigt

Kopfnuss



KOPFNUSS

WAAGERECHT:

- 1 Wesentliche Aufgabe des Zivilschutzes
- 10 Problem für (Bush)²
- 11 Chef des Zivilschutzes
- 12 Kern im TZ
- 13 Rheinische Haupt-Stadt
- 15 Könnte Typenzeichen mobiler Wohneinheiten sein
- 16 Besitzen vernünftige Lateiner
- 17 Französischer Opa vom Cent
- 18 Schippert an des Nachbarn Küste
- 20 Nein, nicht parallel
- 22 Reimte in Österreich
- 24 Verstand sich vor 100 Jahren gut mit Türmen und Bauern
- 25 So reicht ´s dem Engländer
- 27 Sein Problem war der Weg über die 7 Brücken in Königsberg
- 28 Wunsch auf Friedhöfen
- 29 Wenn ´s so ist, dann ist ´s in Ordnung
- 31 Winterlicher Befehl zum Haftungsausschluss
- 33 Nur so oder mit ist oder trip
- 34 Viel Stein
- 36 Alles das macht der Mai in Athen
- 37 Was der Vatikan für Rom war dies für Konstantinopel
- 38 33 waagerecht mal französisch
- 39 Vorgebirge einer kanarischen Insel

SENKRECHT:

- 1 Gibt der Blinker
- 2 Das, was hier steht
- 3 Dieses und Order gehört vielfach zusammen
- 4 Ordnet sich der höchsten zweistelligen Primzahl unter
- 5 Berühmte Fliege, die stottert
- 6 Braucht man für Waffen und für Leitungen
- 7 Gelbmacher
- 8 Wenn der Schmiss deutlich ist, liegt es an ihr
- 9 Mit ihrer Hilfe wird die Verbrecherkartei sortiert
- 13 So sieht ´s aus, wenn Ford Auto englisch schreibt
- 14 Hat man gern beim Pokern und bei der Geburtstagsfeier
- 16 Wenn sie kommen, wird geholfen
- 19 Fahrzeug einer Ostseeanrainer-Stadt
- 21 Schrecken für jedes Holzhaus
- 23 Wenn dieses Tier Halsschmerzen hat, tut's besonders weh
- 26 Japaner mit hebräischem Monatsnamen
- 27 Wenn der erste Buchstabe zum letzten wird, wird die Not zum Köperteil
- 30 Wichtige Zeit für Engländer
- 32 Problematisches Edelgas
- 35 Dieser Arzt sollte besser nicht medizinisch handeln
- 38 Ja, nein, ja, nein, ...

Terminkalender

Termine 2003

20. bis 21. Mai 2003:

Symposium „Management nach Flugunfall“

Ort: Hamburg

Info: Landesfeuerwehrschule Hamburg 040/428 4581 bis 4585

*

22. bis 24. Mai 2003:

RETTmobil. 3. Fachausstellung für Rettung und Mobilität.

Ort: Fulda

Info: www.rettmobil.com

*

24. Mai 2003:

Tag der offenen Tür. Brandschutz und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge

Ort: Heyrothsberge

Info: www.mi.sachsen-anhalt.de/bks-heyrothsberge.

Tel.: 039292-61-200;

Fax: 039292-2184;

e-Mail:

Gerlinde.Oddoy@bks.mi.lsa-net.de

*

25. bis 28. Mai 2003:

Jahresfachtagung der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V.

Ort: Baden-Baden

Info: www.vfdb.de

*

26. bis 28. Mai 2003:

13. Münchner Gefahrgut-Tage 2003

Ort: München

Info: www.gefahrgut-tage.de

*

29. Mai bis 1. Juni 2003:

XV. Internationale Feuerwehrsternfahrt

Ort: Schlemma

Info: www.feuerwehrsternfahrt.de

*

29. Mai bis 1. Juni 2003:

4. Sommertreffen der Interessengemeinschaft für historischen Luft- und Katastrophenschutz

Ort: THW-Bundesschule in Hoya

Info: info@ls-kats.de oder

Tel.: 04131/31593

26. bis 28. Juni:

Kongress „Forum Feuerwehr“

Ort: München-Erding

Info: www.m-i-c.de/mic/veranstaltungen/873313.html

*

5. Juli 2003:

150 Jahre Deutscher Feuerwehrverband zusammen mit dem 9. Landesfeuerwehrtag Baden-Württemberg.

Ort: Ulm

Info: www.dfv.org

*

2. bis 5. Oktober 2003:

21. Fortbildungstagung für Notfallmedizin der agbn (Arbeitsgemeinschaft der in Bayern tätigen Notärzte e.V.)

Ort: Coburg

*

15. bis 17. Oktober 2003:

Internationales Symposium Wasser-sicherheit, anschließend Festakt zum 90. Jubiläum der DLRG

Ort: Bad Nenndorf

Info: 0 57 23 / 95 54 21

*

24. bis 26. Oktober 2003:

FireEngineering. Messe - Training - Kongress für Feuerwehrtechnik, Rettungswesen, Brand- und Katastrophenschutz

Ort: KölnMesse

*

27. bis 30. Oktober 2003:

A+A, Kongress Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Ort: Messe Düsseldorf

Info: www4.aplusa-online.de

*

26. bis 28. November:

19. Münchner Gefahrstoff-Tage

Ort: München

Info: g.schwaiger@m-i-c.de

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Postfach 20 03 51, 53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverwaltungsamt, Zentralstelle für Zivilschutz, Deutschherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:

Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivilschutz

Internet: <http://www.bva.bund.de>

E-Mail: redaktion.zfz@bva.bund.de

Bevölkerungsschutz

erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluss ist jeweils der 10. des Vormonats.

Vi.S.d.P.: Alexander Krapf

Telefon 01888-358-5318

Redaktion:

Nikolaus Stein Tel.: 01888-358-5317

Rainer Schramm 01888-358-5323

Telefax 01888-358-5824

Layout: Nikolaus Stein

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Werbedruck GmbH

Horst Schreckhase

Postfach 1233

34283 Spangenberg

Telefon (0 56 63) 94 94

Telefax (0 56 63) 8 13

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis € 1,90

Abonnement jährlich € 7,50

zzgl. Porto und Versandkosten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



Heute: Die Spitalkirche St. Johannes in Kelheim, Bayern

Die Stadt Kelheim in Bayern liegt an der Mündung der Altmühl in die Donau. Die heute 16.000 Einwohner zählende Stadt wurde 866 erstmals urkundlich erwähnt und erhielt 1181 Stadtrechte; Kelheim war damals Residenz des ersten Bayernherzogs aus dem Hause Wittelsbach, Otto I. Als Otto 1183 starb, folgte ihm sein Sohn Ludwig I. nach, der mit politischem Geschick und kluger Heiratspolitik die Herrschaft der Wittelsbacher in Bayern festigen und die Stellung des Landes im Reich stärken konnte. In seiner 48-jährigen Herrschaft über das Land gründete Ludwig unter anderem die Städte Landshut (1204) und Straubing (1218).

Das Leben des Landesherren endete jäh am 15. September 1231 in Kelheim. Auf dem Weg von seiner Burg in die Stadt wurde Ludwig unter einem Torbogen von einem Mann angegriffen und mit einem Messer erstochen. Der Herzog verschied kurz nach dem Attentat in den Armen seiner Begleiter. Der Mörder und sein Motiv sind unbekannt geblieben, weil er unmittelbar nach der Tat von den Begleitern des Herzogs getötet wurde. In der bayerischen Geschichtsschreibung ist es schon vor Jahrhunderten üblich geworden, Herzog Ludwig I. mit dem Beinamen „der Kelheimer“ zu versehen. Dieser Beinamen ist nicht Hinweis auf den Geburtsort des Herzogs, sondern erinnert an das nie aufgeklärte Attentat. An die Mordtat von 1231 erinnert immer noch ein Steinkreuz, das die Inschrift trägt: „Hic obiit Ludovicus Kelheimensis, 15. Sept. 1231“ (hier starb Ludwig der Kelheimer).

Zwei Jahre nach den Ereignissen ließ der Sohn und Nachfolger, Herzog Otto II.,



Die Spitalkirche in Kelheim, links, mit dem Steinkreuz, der vermauerte Torbogen, unter dem der Mord geschah.

das Tor sperren und in eine Gedächtniskapelle umwandeln, deren Patrone der Apostel Johannes und Johannes der Täufer wurden. Dazu stiftete er ein Spital. 1260 wurden Kapelle und Spital an das Schottenkloster in Regensburg übergeben.

Das Kloster errichtete in Kelheim zunächst ein Priorat mit sechs Geistlichen und wandelte dieses um 1500 in eine Propstei um. 1600 wurde die Kapelle durch das Anfügen eines Kirchenschiffes erweitert. Aus dieser Zeit stammt auch die Schrifttafel über dem Eingang der kleinen Kirche: „Anno 1231 Jar hat regirt 47 Jar Hertzog Ludwig der Erst des Namens unter den Herren von Bayern. Er hat gebaut Landshut, Straubing, Landau. Dießer Fürst ist hie zu Kelheim vor dieser Kapelen von einem Narn Erstochen worden, da die Herrn von Bayrn die Kapelen und Probstei gestiftet...“. Durch einen päpstlichen Erlass vom September 1862 wurde das Schottenkloster in Regensburg aufgelöst.

Damit endete nach über 600 Jahren auch das Wirken des Klosters in Kelheim.

Zwar regierten Otto II und für 300 Jahre seine Nachfolger Bayern von Landshut aus, aber die historische Bedeutung des ermordeten Herzogs und seiner Residenzstadt rechtfertigen sicher noch vor dem hohen Alter der Anlage die Deklaration als schützenswertes Kulturgut. *Tatjana Hilbich*



Der Freistaat Bayern kommt der Kennzeichnungspflicht konsequent nach.

Fotos: Tatjana Hilbich



Die Vorhersagen der Klimaforscher lassen Schlimmes erwarten und die Hochwasserkatastrophen der letzten Jahre scheinen dies zu bestätigen. Stärkere und häufigere Stürme auf Nord- und Ostsee, zunehmender Schiffsverkehr mit immer größeren Schiffen – Experten sehen auch auf See zunehmende Sicherheitsrisiken, auf die es vorbereitet zu sein gilt. So hat das Havariekommando am 1. Januar 2003 seinen Betrieb aufgenommen (Bericht S. 12) und die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) einen hochmodernen und leistungsfähigen Seenotkreuzer bauen lassen, der jüngst in die Erprobungsphase eingetreten ist (Bild oben, Bericht S. 36). Überlegungen zu einer europäischen Küstenwache (S. 7) verdienen vor diesem Hintergrund sicherlich Beachtung.

(Titelfoto: V. Frenzel / Foto oben: DGzRS)